Preußische Allgemeine

Nr. 30 · 30. Juli 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Lehren aus Afghanistan Der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch ist Geschichte. Gedanken über die Folgen einer schon heute historischen Mission Seite 3





AUFGEFALLEN

"Endlich eine Frau!"

Die Bayreuther Festspiele sind eröffnet. Seit vergangenem Sonntag lädt das Festspielhaus auf dem Grünen Hügel Richard-Wagner-Jünger aus aller Welt dazu ein, die neuesten Interpretationen der "Meistersinger von Nürnberg", des "Tannhäuser" und der "Walküre" zu sehen und zu hören.

Zum "Mythos Bayreuth" gehört neben dem Bewusstsein, der Person Wagners nirgendwo näher zu kommen als hier - die Phalanx an großen Namen der Musik- und Bühnenwelt, die seit 1876 vor Ort gewirkt haben. Darunter neben dem Komponisten selbst seine zweite Ehefrau Cosima, die beiden Enkel Wieland und Wolfgang sowie die Regisseure Werner Herzog, Heiner Müller und Christoph Schlingensief. Unter den Bayreuth-Dirigenten finden sich so klangvolle Namen wie Richard Strauss, Wilhelm Furtwängler, Herbert von Karajan, Daniel Barenboim und Christian Thielemann.

In diesem Jahr stand bei der Eröffnung mit dem "Fliegenden Holländer" erstmals in 145 Jahren mit Oksana Lyniw eine Frau am Dirigentenpult. "Endlich eine Frau!", erscholl es dazu unisono aus allen medialen Kanälen. "Endlich!" soll Berichten zufolge auch der knappe Kommentar der Bundeskanzlerin gewesen sein, die mit ihrem Ehemann wieder anwesend war.

Schade nur, dass nichts darüber zu hören war, wie Oksana Lyniw dirigierte. Kein Wort darüber, ob das Publikum begeistert war oder laut buhte. Dabei wären ein paar Worte zur musikalischen Leistung der Dirigentin vermutlich mehr gerecht geworden als die Reduktion auf ihr Geschlecht. *neh*

POLITI

Die unsichtbaren Quellen von Empathie und Solidarität

Die Reaktionen auf die Flut an Ahr und Erft zeigen einmal mehr, dass eine Gesellschaft nicht allein auf Rechtsnormen und materielle Güter aufgebaut ist

VON RENÉ NEHRING

ie Hochwasserflut im Westen Deutschlands hat unser Land verändert. Gleich im Anschluss an die Starkregenfälle, in deren Folge Ahr, Erft, Nette und andere Nebenflüsse des Rheins über die Ufer traten und über 180 Menschen allein in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen in den Tod gerissen sowie zahllose Häuser, Straßen und Brücken weggespült wurden, entfaltete sich eine riesige Welle spontaner Hilfsbereitschaft.

Tausende Menschen aus allen Teilen des Landes machten sich seitdem auf den Weg in das Krisengebiet, um dringend benötigte Hilfsgüter abzugeben und vor Ort bei den Aufräumarbeiten anzupacken. Viele opferten ihren Sommerurlaub, um in fremden Häusern Schlamm aus den Kellern zu schaufeln, Schutt von den Straßen zu räumen oder auch nur, um den Betroffenen Trost zu geben. Die Geldspenden an die im "Aktionsbündnis Katastrophenhilfe" zusammengeschlossenen karitativen Organisationen gehen inzwischen in die hunderte Millionen Euro.

In einer Welt, die im Alltag allzu oft das Gefühl vermittelt, dass nur noch harte materielle Werte zählen, dass jedes menschliche Handeln zur taxierbaren Ware wird und dass für jede Leistung eine Gegenleistung erwartet wird, in einer solchen Welt zeigen die Reaktionen auf die Flut, dass der oft gescholtene *Homo sapiens* trotz mancher Egoismen letztendlich doch ein Herdenwesen ist – und dass eine Gemeinschaft auf anderen Fundamenten beruht als auf Rechtsnormen und Rechnungsbeträgen. Empathie und Anteilnahme sowie vor allem die Bereitschaft, zuhause alles stehen und liegen zu lassen, um Anderen in deren Not zu helfen, können von keinem Staat verordnet werden.

Wurzeln der Anteilnahme

Allerdings erwachsen Mitgefühl und praktische Solidarität keineswegs aus dem Nichts. Vielmehr sind sie das Ergebnis einer von den Helfenden real empfundenen Verbundenheit mit den Betroffenen – gerade dann, wenn die Not Menschen trifft, die man nicht persönlich kennt und die einem dennoch nicht egal sind.

Die Wurzeln dieser Verbundenheit können durchaus verschieden sein. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein wurde sie vor allem über den Glauben und das Bewusstsein, Kinder des gleichen Gottes zu sein, gestiftet. Schon die jüdische Thora und das Alte Testament fordern bekanntermaßen: "Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst!" Jesus von Nazareth erhob dann das Gebot der Nächstenliebe und der Barmherzigkeit zu einem zentralen Auftrag des Christentums.

Mit dem Beginn des Industriezeitalters und der Herausbildung der modernen Staaten traten dann zunehmend die Nation und/oder die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe an die Stelle der Religionsgemeinschaften. Die Versuche der Sozialisten, die Industriearbeiter in Deutschland, Frankreich, England und andernorts zu einem internationalen "Klassenbewusstsein" zu erziehen sowie zu einem Gefühl der Verbundenheit mit den Schicksalsgenossen in anderen Ländern, waren keinesfalls erfolglos. Sie waren jedoch bei Weitem nicht so wirkmächtig wie die Zugehörigkeit zur gleichen Kultur- und Sprachgemeinschaft, die im Laufe der Zeiten - zum Beispiel durch die beiden Weltkriege oder auch die gemeinsam erlebten politischen Zusammenbrüche und kollektiven Neuanfänge - zu einer echten Schicksalsgemeinschaft wurde.

Die Geschichte zeigt, dass die Solidarität in der Not umso größer ist, je näher die Beziehungen zwischen den Notleidenden und den Helfenden sind. Insofern werden diejenigen Politiker, Leitartikler und sonstigen Großdenker, für die die postmoderne Gesellschaft lediglich eine Masse von aus ihren Gruppenzwängen befreiten Individuen ist, durch die Reaktionen auf Naturkatastrophen wie diejenige an Ahr, Erft und andernorts eines Besseren belehrt.

Auch die überwiegend materielle Gesellschaft unserer Tage lebt von Voraussetzungen, die sie weder geschaffen hat, noch selbst schaffen kann – ohne die sie jedoch nicht zu bestehen vermag.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Großstädter wollen im Berliner Speckgürtel naturnah wohnen **Seite 5**

Kultur

Eine Ausstellung in Nürnberg über Leben und Sterben im Schweizer Kurort Davos **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die Deutschen in Allenstein konnten endlich wieder im Freien feiern

Seite 13

Lebensstil

Vor 200 Jahren wurde der Pariser Koffermacher Louis Vuitton geboren

Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Flutkatastrophe Statt größenwahnsinnig "Erderwärmung" verhindern zu wollen, sollte die Politik die beschränkten Ressourcen lieber dazu nutzen, das Land auf Unwetter besser vorzubereiten

Warum "Klimaschutz" nichts bringt

Das Klima ist nicht signifikant menschenunfreundlicher geworden. Das Klima lässt sich nicht wesentlich vom Menschen beeinflussen

VON WOLFGANG KAUFMANN

ass die diesjährige Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz derart folgenschwer und opferreich ausfiel, lag nicht in erster Linie am Wetter oder am Klima, sondern – wie auch schon oft in der Vergangenheit – am menschlichen Machbarkeitswahn. So haben sich zunehmend mehr Menschen in Gebieten angesiedelt, die aufgrund von geographischen Besonderheiten sichtlich überflutungsgefährdet sind.

Das zeigt das Beispiel des Ahrtales. Dessen steile Hänge bestehen aus Schiefergestein, das fast komplett wasserundurchlässig ist. Deshalb gab es hier schon am 30. Mai 1601 und am 21. Juli 1804 sowie am 12./13. Juni 1910 verheerende Flutereignisse mit unzähligen Toten. Dennoch wuchsen die Ortschaften im Tal kontinuierlich weiter.

Menschlicher Machbarkeitswahn

Der Machbarkeitswahn zeigt sich auch darin, dass statt großzügig in die Katastrophenvorsorge und unmittelbar wirksame bauliche Maßnahmen gegen Hochwasser zu investieren, die knappen Ressourcen immer stärker für den "Klimaschutz" eingesetzt wurden. Sollte es den Klimawandel tatsächlich geben, wäre der Mensch besser beraten, sich darauf zu konzentrieren, dessen Folgen abzumildern, anstatt Unsummen für den größenwahnsinnigen Versuch zu verschwenden, die Temperatur der Erdatmosphäre nach unten zu korrigieren. Denn deren Steigen oder Sinken resultiert aus vielen nicht zu beeinflussenden Faktoren wie beispielsweise der Sonnenaktivität und keineswegs nur aus der menschlichen Kohlendioxidproduktion.

Aber genau die soll nun die "Erderwärmung" und damit auch die diesjährige Flutkatastrophe verursacht haben. Und deswegen müsse man den Kampf gegen den Klimawandel intensivieren und den Kohlendioxidausstoß noch drastischer reduzieren, so die nahezu einhellige Botschaft der Politik und der staatsnahen Medien. Das entsprechende Narrativ lautet folgendermaßen: Mehr Wärme führe



Flutkatastrophen begleiteten den Menschen auch schon vor der Industrialisierung: Gemälde der Sintflut von Joachim Wtewael

dazu, dass mehr Wasser verdunste und in die Atmosphäre gelange. Dieses Wasser komme dann wieder herunter. Parallel erwärme sich die Arktis und deswegen schwinde die Temperaturdifferenz zwischen Nordpol und Äquator. Das habe eine Abschwächung des Jetstreams zur Folge, also der Höhenströmung, welche die Hoch- und Tiefdruckgebiete normalerweise recht zügig von West nach Ost verschiebe. Daher könne dann mehr Regen an ein und derselben Stelle fallen.

Deutscher Wetterdienst

Doch so einfach, wie dies klingt, ist es nicht. Deshalb konstatierte der Diplom-Meteorologe Andreas Friedrich vom Deutschen Wetterdienst schon kurz nach der Katastrophe: "Ein solches regionales Unwetter ist ein Einzelereignis, das ist Wetter. Die Behauptung, der Klimawandel ist schuld, ist so nicht haltbar." Und tatsächlich gibt es einige gewichtige Argumente dafür, dass das, was nun in den beiden Bindestrichstaaten passierte, eine der ewigen Launen der Natur darstellte und durch keine noch so ambitionierte Klimaschutzmaßnahme zu verhindern gewesen wäre.

Zum Ersten sind stationäre Tiefdruckgebiete über Mitteleuropa ein uraltes Phänomen, das seine Ursache in den Temperaturdifferenzen zwischen dem kühlen Meer und der wärmeren Festlandfläche hat. Stärke und Richtung des Jetstreams spielen hierbei nur eine sehr untergeordnete Rolle.

European Geosciences Union

Zum Zweiten zeigen die Statistiken keine sichtbare Zunahme von Hochwassern entlang der mitteleuropäischen Flüsse seit dem Jahre 1500. Und die schlimmsten Überflutungen fanden hierzulande bereits in vorindustrieller Zeit statt, nämlich 1342 und 1501. Dazu passt das Resümee von Wissenschaftlern der European Geosciences Union nach einer Untersuchung sämtlicher Flutereignisse ab 1970: Es gibt "keine nachweisbaren Anzeichen eines vom Menschen verursachten Klimawandels bei … Hochwasserschäden in Europa."

University of New South Wales

Zum Dritten vermeldete der Deutsche Wetterdienst angesichts der aktuellen Flutkatastrophe im Widerspruch zu den Aussagen der öffentlich-rechtlichen Medien und Politiker: "Seit 1951 hat sich die Anzahl der Tage pro Jahr mit Starkniederschlag von mehr als 30 mm in Deutschland geringfügig und nicht signifikant er-

höht." Der Leiter der Abteilung Klimaüberwachung beim DWD, Florian Impery, ergänzte: "Wir sehen in den Beobachtungsdaten für Mitteleuropa für den Herbst, Winter und das Frühjahr ... eine Zunahme der Starkniederschlagsereignisse, für die Sommermonate aber nicht unbedingt. Da ist die Variabilität von Jahr zu Jahr bedeutend stärker als etwas, das man Trend oder Tendenz nennen kann. Wir tun uns deshalb schwer zu sagen, dass wir heute schon einen klaren Zusammenhang mit dem Klimawandel sehen." Das wird durch die im Mai 2021 veröffentlichte Analyse des Umweltbundesamtes bezüglich der Veränderungen der Niederschlagshöhen zwischen 1881 und 2020 bestätigt: Es gebe zwar einen "leichten Anstieg ... in der Zeitreihe der jährlichen Niederschläge in Deutschland", jedoch nicht in den warmen Sommermonaten. Ganz im Gegenteil: Während die Winterniederschläge etwas zugenommen hätten, seien "die Niederschläge im Sommer geringfügig zurückgegangen".

UN-Weltklimarat

Und die Prognosen für die Zukunft fallen sehr viel besser aus, als es die Klima-Apokalyptiker, die ständig auf "wissenschaftliche Erkenntnisse" verweisen, glauben machen wollen. So veröffentlichte ein Forscherteam um Maurice F. Huguenin von der australischen University of New South Wales im April vergangenen Jahres einen Artikel in der Fachzeitschrift "Geophysical Research Letters" mit dem Titel "Fehlende Veränderungen bei der projizierten Frequenz und Persistenz atmosphärischer Zirkulationstypen über Mitteleuropa", in dem es hieß, dass die Klimamodelle "wärmere und trockenere zukünftige Sommerbedingungen in Mitteleuropa ... prognostizieren". Noch deutlicher wurde der UN-Weltklimarat (IPCC), dessen Berichte als "Goldstandard" der Klimaforschung gelten und der eigentlich zu den Vorreitern des Klima-Alarmismus zählt, im Jahre 2019 in seiner Studie "Der Einfluss von 1,5 Grad globaler Erwärmung auf natürliche und menschliche Systeme": Wenn die Temperatur derart steige, werde es in Zukunft weniger Hochwasser in Westdeutschland geben.

BAUSÜNDEN

Was wirklich etwas bringen würde

Weniger Flächen versiegeln. Flüsse weniger umleiten. Weniger Mais anbauen. Mehr Rückhaltemöglichkeiten bereithalten

Der menschliche Machbarkeitswahn, der sich unter anderem darin äußert, Regionen zu besiedeln, in denen es regelmäßig Naturkatastrophen gibt, ist auch eine Folge dessen, dass die früheren Schadensereignisse verdrängt werden, sobald sie nur lange genug zurückliegen. Und wenn man sich doch erinnert, dann obsiegt der Glaube an die heute sehr viel größeren technischen Möglichkeiten zur Vorsorge. Doch statt von diesen tatsächlich Gebrauch zu machen, wird lieber Geld in den "Klimaschutz" investiert.

Dazu kommen Bausünden, wie beispielsweise die zunehmende Versiegelung von Bodenflächen, sodass kein Wasser mehr versickern kann. Jeden Tag verschwindet in der Bundesrepublik Deutschland eine Fläche von 100 Hektar unter Asphalt oder Beton.

Zudem wurden lange Zeit viele der kleineren Flüsse kanalisiert und dabei in unnatürliche Richtungen gelenkt. Das erhöht die Gefahr, dass sie bei starker Wasserführung in ihr altes Bett zurückkehren. So wie die Weißeritz, die im August 2002 statt in einem aufgezwungenen Links-Knick zu fließen, den früheren geraden Weg wählte, der nun schnurstracks durch den Hauptbahnhof und das historische Stadtzentrum von Dresden führte.

Der Drang, Wasserläufe nach Gutdünken umzuleiten, ist seit der industriellen Revolution und dem schnellen Wachstum der Städte besonders ausgeprägt. Dabei wurde und wird kaum einmal wirklich komplex gedacht. Deshalb finden sich in den Mittelgebirgsregionen, in denen die Hochwasser letztlich meist entstehen, viel zu wenige Rückhaltemöglichkeiten. Oder die Staubecken liegen an der falschen Stelle, sprich nicht oberhalb, sondern unterhalb der zu schützenden Ortschaften. So geschehen beispielsweise im Falle von Remagen-Unkelbach, was die Fraktion der Freien Wähler im Kreistag Ahrweiler schon vor Jahren kritisierte.

Neben solchen Fehlern zeitigt der aus Sicht des Katastrophenschutzes grundsätzlich kontraproduktive "Kampf gegen den Klimawandel" fatale Folgen. Vielfach resultiert die Bodenversiegelung im Bereich von Wald- und Wiesenflächen aus dem Bau unzähliger Windkraftanlagen. Jede einzelne davon braucht ein massives Betonfundament von bis zu 20 Metern Durchmesser.

Ähnlich schädlich ist der großflächige Anbau von Mais zum Zwecke der ErzeuDie Probleme sind bekannt und auch relativ einfach lösbar. Aber die Politik kapriziert sich lieber weiter auf das utopische Stoppen der "Erderwärmung" gung von Biokraftstoffen oder Biogas. Die Mais-Plantagen haben überall Getreidefelder und Wiesen verdrängt, die ungleich größere Regenmengen aufnehmen können. Ansonsten sind aber auch Landwirtschaftsbetriebe, die keinen Mais produzieren, Bremser in puncto Hochwasserschutz. Sie verhindern die Wiederherstellung der ursprünglichen Flusslandschaften, weil sie das dafür benötigte Land nicht freigeben und stattdessen auf den Erhalt von Deichen und ähnlichem pochen. Dadurch fehlen Überschwemmungsflächen, was flussabwärts zu höheren Wasserständen führt.

All diese Probleme sind bekannt – und auch relativ einfach lösbar. Aber die Politik kapriziert sich lieber weiter auf das utopische Stoppen der "Erderwärmung"

Ursachen und Folgen eines Scheiterns

Nach fast zwanzig Jahren zog die Bundeswehr Ende Juni aus Afghanistan ab. War die Truppe einst mit großen Zielen an den Hindukusch gezogen, waren zuletzt alle Beteiligten froh, dass es vorbei ist. Die Auswirkungen strahlen bis in die Sahelzone aus

VON RICHARD DREXL

nd dann schiebt sich das Taxi, auf dem Mittelstreifen der Autobahn, langsam am Bus vorbei. Deutsche Soldaten sitzen darin, am Ende ihres Einsatzes, auf dem Weg zum Flughafen von Kabul, sie sollen in die Heimat zurückkehren.

Eine Explosion, eine Detonation, eine Druckwelle. Das Taxi hat 150 Kilogramm Sprengstoff geladen, der Bus fliegt durch die Luft. Vier Soldaten sterben, 29 werden zum Teil schwer verletzt, die meisten kämpfen seither mit ihrem Kriegstrauma. Und führen ein schwer beschädigtes Leben. Das Attentat fand vor vielen Jahren statt, am 7. Juli 2003 in Kabul. Und doch steht zu befürchten, dass viele der Überlebenden weiterleben wie tot."

Mit diesen Schilderungen beginnt ein vor wenigen Tagen erschienener Artikel, in dem sich eine deutsche Krankenschwester nach ihrem Einsatz in Afghanistan an einen der schwärzesten Tage gleich zu Beginn der Mission am Hindukusch erinnert. Sie saß zwar selbst nicht im Bus, hatte aber den Abend vorher mit drei der vier gefallenen Soldaten zusammengesessen. Nach diesem Anschlag sei alles anders gewesen: "Plötzlich war jegliches Vertrauen weg und wir wagten uns nur noch in gepanzerten Fahrzeugen raus." Jedem Zivilisten waren ab diesem Zeitpunkt potentiell Attentate zuzutrauen.

Das Gefühl von Sinnlosigkeit

Jeder Zivilist konnte nun zur Gefahr werden, "Ziel erreicht" dürften sich die Taliban-Auftraggeber des Anschlags gesagt haben. Die Angst entwickelte sich fortan zu einer Art Trennmauer zwischen den fremden Truppen und der afghanischen Zivilbevölkerung. Die Militärs gingen nicht mehr ohne Hemmungen auf die Einwohner zu, jeder konnte zur Bedrohung durch einen Bombengürtel oder Schlimmeres werden. Vor dem Verteilen von Süßigkeiten an Kinder stand plötzlich die Sorge um die eigene Gesundheit.

Die Folgen liegen auf der Hand: Der unbefangene Umgang mit den Menschen, um die es bei dem Einsatz eigentlich gehen sollte, war dahin, ein Gefühl der Verunsicherung legte sich über die Truppe. Jeder Gesprächstermin und jede Fahrt außerhalb des geschützten Lagers bedurften einer sorgfältigen Vorbereitung, die Eigensicherung nahm viel Zeit und Energie in Anspruch. Was nicht zu kritisieren ist, wir als Beteiligte hätten in einer vergleichbaren Situation ähnlich gehandelt. Dafür sorgt schon der Überlebenswille des Menschen. Schließlich war der geschilderte Anschlag ja auch nur der Anfang einer langen Reihe von Angriffen auf die fremden Soldaten im Land.

Der Krankenschwester zufolge wurde die Arbeit bis dahin von den eigenen Truppen, vor allem aber von den Ärzten und Pflegern im eingerichteten Militärhospital mit großem Engagement verrichtet. Es herrschte eine gewisse Zuversicht, die Situation im Lande verbessern und Sinnvolles bewirken zu können. Hilfsbedürftige seien scharenweise gekommen und hätten um Hilfe gebeten: Verletzte durch Minen und Brände, kranke und Not leidende Menschen aus allen Richtungen. Nach dem Anschlag war die vorurteilslose und oft genug lebensrettende Hilfe ohne sorgfältige Absicherungsmaßnahmen kaum noch möglich.

In der Folge hinterfragten die Soldaten auch zunehmend den Nutzen ihrer Mission, mit den Ängsten machte sich ein Gefühl der Sinnlosigkeit breit. Zunehmend schlichen sich Fragezeichen in die internen Diskussionen: Lassen sich Demokratie und moderne Staatsorganisation tatsächlich exportieren? Hatten nicht vor langer Zeit bereits die Eng-



Auf den Hindukusch folgt die Sahelzone: Bundeswehrsoldaten im Einsatz in Mali. In dem afrikanischen Land ist die Truppe mit ähnlichen Problemen konfrontiert wie in Afghanistan

jets vergeblich versucht, Afghanistan militärisch zu kontrollieren?

Wie eine Besatzungsmacht

Aus den ersten tragischen Erfahrungen hat die Bundeswehr Konsequenzen gezogen und massiv aufgerüstet. Es dauerte zwar Jahre, doch nach und nach wurden Transportfahrzeuge mit dickem Panzerstahl angeschafft, schusssichere Westen ausgegeben, regelmäßige Fahrtrouten variiert und vieles andere mehr. Die Kehrseite der Medaille war, dass die deutschen Soldaten in ihren riesigen Fahrzeugen bald wie die Amerikaner daherkamen: als Mitglieder einer Besatzungsmacht. Spätestens ab dieser Phase - mithin vor bereits 15 Jahren – hätte eine ernsthafte Diskussion über Ziele und Grenzen des Militäreinsatzes einsetzen müssen.

Die Erfolgsaussichten des "Brücken bauen und Mädchenschulen einrichten" durch zum Eigenschutz bewaffnete Bundeswehrkontingente schwanden dahin. Sie verwehten im innerafghanischen Gegeneinander der Völkerschaften wie auch im Gegenwind der im Untergrund und in Pakistan lauernden Widerstandsgruppen.

Es fehlte offenkundig vor Ort eine auch nur halbwegs tragfähige Ausgangsbasis, auf die die Hilfen westlicher Staaten in der frakturierten und rückständigen Gesellschaft hätten aufbauen können. Als 2002/2003 die Schreckensherrschaft der Taliban weggebombt war, wäre der kriegerische Teil der UN-Mandate zu beenden gewesen. Mehr war nicht zu erreichen, dieses Land muss seinen eigenen Weg gehen. Eine bittere Erkenntnis, die seither gefallenen und traumatisierten Soldaten mitsamt dem immensen Aufwand

länder sowie in den 1980er Jahren die Sow- haben nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Ob unter diesen Umständen der Wiederaufbau des Landes über die zivile Mission der Vereinten Nationen UNAMA (United Nations Mission in Afghanistan) hätte weitergehen können, wäre damals allerdings nicht weniger fraglich gewesen als dies heute nach dem Abzug der NATO-Truppen fraglich ge-

Es fehlte

offenkundig

eine auch nur

halbwegs

tragfähige

Ausgangsbasis,

auf die die

Hilfen westlicher

Staaten in der

frakturierten

und rück-

ständigen

Gesellschaft

hätten aufbauen

können

Hier wird auch die Unwucht deutlich, in die sich das Afghanistan-Szenario insgesamt entwickelt hat. In weiten Teilen der Medien wird das westliche Engagement auf den militärischen Einsatz reduziert. Das war aber lediglich ein kleiner Ausschnitt der ursprünglichen Absichten der Vereinten Nationen. Der Großteil des Aufwandes sollte - mit militärischer Absicherung - in den Aufbau staatlicher Strukturen und die Entwicklung des Landes gesteckt werden. Im Laufe der Zeit scheint dies in den Hintergrund geraten zu sein. Dafür wären auch ein sehr viel längerer Atem und ein x-Faches an zivilen Ressourcen erforderlich gewesen. Den Verantwortlichen scheint immerhin klar gewesen zu sein, dass dem Land mit militärischen Mitteln allein nicht zu helfen ist.

Die Bundeswehr soll zu Hause bleiben

Nachdem sich im Laufe der Zeit die Fragezeichen zum Afghanistan-Einsatz häuften, erstaunt umso mehr, dass die deutsche Politik fast zwanzig Jahre daran festgehalten hat. Schließlich hat sich Deutschland mit dem prägenden Faktor der schwierigen deutschen Geschichte zu einem pazifistisch geprägten Sonderfall im Bündnis wie auch in der Europäischen Union entwickelt. Jedes Land unseres Kulturkreises vermeidet nach Möglichkeit gefallene Söhne und Töchter, das sollte Nationen aber zum politischen Instrumentenkasten gehört, auch mit militärischen Mitteln nationale Interessen außerhalb der eigenen Landesgrenzen durchzusetzen, gilt dies in Deutschland gesellschaftlich mehr oder weniger als verpönt. Dies verstärkt zusätzlich die überaus starke Schutzhaltung den eigenen Einsatzkräften gegenüber. Das Leben und die körperliche Unver-

selbstverständlich sein. Wenn es in anderen

sehrtheit von Soldaten genießen einen immens hohen Stellenwert. Die beste Ausrüstung für gefährliche Einsatzaufgaben ist gerade gut genug und das ist gut so. Andererseits dürfte aber auch kein Feuerwehrmann mehr auf eine Leiter geschickt werden, sollte jegliche Gefährdung ausgeschlossen werden.

Nicht sehr verwunderlich in dieser Gemengelage ist, dass die beschriebenen Ohnmachtsgefühle der Soldaten vor Ort auch genährt werden durch Verwandten- und Freundeskreise zu Hause, in denen es nicht selten ebenfalls an Unterstützung für die Auslandseinsätze fehlt. Repräsentative Umfragen ergeben ein überwiegend eindeutiges Bild: Die Bundeswehr soll zu Hause bleiben und Auslandseinsätze anderen überlassen.

Diese Skepsis, die die Bevölkerung mittlerweile laut diversen Umfragen zu 70 bis 75 Prozent teilt, wirkt auf die Soldaten zurück, die sich in ihren oft gefährlichen Einsätzen wenig wertgeschätzt fühlen. Nach Rückkehr sich fragen lassen zu müssen, was wir eigentlich in Afghanistan verloren haben, verfehlt seine demoralisierende Wirkung nicht.

Scheitern droht auch in der Sahelzone

Womit wir beim Bundeswehreinsatz in Mali angelangt wären. Dort liegt ein Bombenanschlag mit schwerverwundeten deutschen Soldaten erst wenige Tage zurück. Im Detail zwar nicht vergleichbar, unterscheidet sich die Lage dort aber auch nicht grundsätzlich von derjenigen in Afghanistan. Korrupte Regierungen herrschen in der Sahel-Zone über rückständige Staaten mit steinzeitlich-religiösen Bevölkerungen, die sich nicht nach westlichem Demokratie- und Entwicklungsmodell organisieren lassen. Zudem wirken die langen Jahre und Jahrzehnte unter französischer Kolonialherrschaft bis heute nach.

Wie nun dort weiter agiert werden soll, ist in Anbetracht der Afghanistan-Erfahrungen ein entscheidender Punkt. Einerseits darf die Sahelzone nicht sich selbst überlassen werden. Dieser Unruheherd wirkt in vielfältiger Weise bis nach Europa. Andererseits sind Militäreinsätze ohne Anbindung, besser noch Unterstützung der Bevölkerung zur Erfolglosigkeit verurteilt. Diese ist aber mit den geschilderten militärischen Mechanismen nicht zu erreichen.

Das ist die ins Auge stechende Parallele zwischen diesen kaputten Winkeln auf unserem Globus. Wenn in Mali, besser noch der ganzen Sahelzone, nicht mit langem Atem in die Gesellschaften und die dortigen Wirtschaften investiert wird, wird die Militärintervention auch dort erfolglos bleiben müssen. Über dieses Dilemma helfen weder die Mandate der UN-Stabilisierungsmission MINUSMA noch die Beschlüsse zur EU-Trainingsmission EUTM Mali hinweg. Das ist eine der Lehren, die wir aus dem Scheitern in Afghanistan zu ziehen haben. Den Stein der Weisen zum Umgang mit diesen Ländern werden wir mit militärischen Mitteln allein niemals finden.

• Richard Drexl ist Oberst a.D. der Luftwaffe, Kommunalpolitiker (Freie Wähler) und Autor. Seit 2014 ist er Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. Vor Kurzem erschien die komplett überarbeitete Neuauflage seines gemeinsam mit Josef Kraus verfassten Buches "Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise".

www.m-vg.de

 $4_{\,\,_{
m Nr.\,30\cdot30.\,Juli\,2021}}$ DEUTSCHLAND Preußische Allgemeine Zeitung

MELDUNGEN

Mehrheit gegen Gendersprech

Mainz - Mehr als zwei Drittel der wahlberechtigten Deutschen lehnen eine Gender-Sprache in den Medien ab. Das hat eine vom ZDF in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen ergeben. Laut der Umfrage für das ZDF-Politikbarometer finden 71 Prozent der Menschen Gendersternchen und Sprechpausen, den sogenannten Glottisschlag, in den Medien nicht gut. Lediglich ein Viertel der Befragten äußerte seine Zustimmung. Als "sehr wichtig" stuften sechs Prozent die sogenannte "geschlechtergerechte Sprache" in den Medien ein, 20 Prozent finden sie "wichtig". Als "überhaupt nicht wichtig" bewerteten 48 Prozent eine "geschlechtergerechte Sprache" in den Medien. Weitere 25 Prozent antworteten mit "nicht so wichtig".

Beschäftigung von Asylsuchern

Berlin - Nach Angaben der Bundesregierung ist die Beschäftigungsquote von Asylsuchern der acht Herkunftsländer von Dezember 2015 bis Dezember 2020 insgesamt von 17,9 auf 37,8 Prozent gestiegen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in dem Zeitraum von 13,1 auf 32,3 Prozent. Diese Zahlen geben allerdings laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung keine Auskunft über die den tatsächlichen Integrationsverlauf. Befragungen von Asylanten hätten ergeben, dass die Dynamik der Integration mit der Aufenthaltsdauer in Deutschland zusammenhängt. Hierzu werden Zahlen aus dem Zeitraum 2013 bis 2016 angeführt. Laut den befragten Schutzsuchenden aus den Hauptasylherkunftsländern liegt die Beschäftigungsquote drei Jahre nach dem Zuzug in die Bundesrepublik bei durchschnittlich 32 Prozent, vier Jahre nach dem Zuzug bei 41 und fünf Jahre nach dem Zuzug bei 50 Prozent. Die Regierung geht davon aus, dass mit zunehmender Aufenthaltsdauer auch mit einem Anstieg der Beschäftigung zu rechnen sei.

Graue Wölfe in Hessen

Wiesbaden – Der türkischen rechtsextremen Organisation "Graue Wölfe" werden in Hessen rund 2500 Anhänger zugerechnet. Das geht aus einer Antwort des hessischen Innenministers Peter Beuth auf eine Kleine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion hervor. Nach Angaben des Christdemokraten sei analog zu anderen extremistischen Gruppierungen davon auszugehen, dass die Grauen Wölfe vor allem Jugendliche für ihre verfassungsfeindlichen Ideen und Sichtweisen begeistern wollen. Dies könne mit einer gezielten Ansprache geschehen, oft aber auch durch auf den ersten Blick unverfängliche Sport- oder Musikveranstaltungen. Wie aus der Antwort der Landesregierung weiter hervorgeht, sind in Hessen in den Jahren 2014 bis 2020 vier konkrete Straftaten durch die Grauen Wölfe registriert worden. Laut Beuth wurden diese der politisch motivierten Kriminalität im Bereich ausländische Ideologie zugeordnet. N.H.

DEUTSCHER BUNDESTAG

Keine reelle Chance auf Verkleinerung

Bertelsmann-Stiftung schließt Vergrößerung des Parlaments auf um die 1000 Abgeordnete nicht aus



Bei der Montage zusätzlicher Abgeordnetensitze: Handwerker im Deutschen Bundestag

Foto: action press

VON PETER ENTINGER

erzeit gehören dem Deutschen Bundestag 709 Mandatsträger an. Hinzu kommen mehrere tausend Mitarbeiter. Das Parlament hat somit 111 Abgeordnete mehr als vorgesehen und kostet über eine Milliarde Euro im Jahr.

Das liegt vor allem an den sogenannten Überhangmandaten, die entstehen, wenn eine Partei mehr Direktmandate und damit garantierte Sitze im Bundestag bekommt, als ihr nach ihrem Anteil an den Zweitstimmen zustehen würden. Davon profitiert vor allem die Union, die längst nicht mehr so gute Ergebnisse hat wie früher, aber in den meisten Wahlkreisen trotzdem noch stärkste Partei ist.

Im vergangenen September konnte sich die Regierung nur auf eine kleinere Reform einigen, die nach Expertenmeinung kaum Auswirkungen haben wird. Ende April wurde dann schließlich eine Kommission zur Änderung des Wahlrechts eingesetzt. Sie soll auch Fragen wie ein Wahlrecht ab 16 Jahren, eine Verlängerung der Wahlperiode und die gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern im Bundestag behandeln. Doch das Problem der Überhangmandate wurde nur mit spitzen Fingern angefasst.

Überhang- und Ausgleichsmandate

Nach dem aktuellen Wahlrecht werden alle Überhangmandate ausgeglichen. Die anderen Parteien bekommen so viele zusätzliche sogenannte Ausgleichsmandate, dass ihr Anteil an den Mandaten dem an den Zweitstimmen entspricht. Künftig sollen bis zu drei Überhangmandate nicht mehr ausgeglichen werden. Das würde einerseits die Aufblähung des Parlaments nicht wirklich verhindern und andererseits dafür sorgen, dass nicht mehr alle Parteien entsprechend ihrem Zweitstimmenanteil im Hohen Haus vertreten sind.

Die Große Koalition habe das Thema "vergeigt", sagt der FDP-Innenpolitiker Konstantin Kuhle. Friedrich Straetmanns von der Linken spricht von einer "reinen Hinhaltetaktik" der Union. "Sie haben nach wie vor gar kein Interesse an einem modernen Wahlrecht." An Mahnungen hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt. Selbst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte die Parteien wiederholt aufgefordert, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments im Auge zu behalten.

Doch viele Abgeordnete treibt die Existenzangst. Der Stimmenanteil der Union droht bei der kommenden Wahl Richtung 30-Prozent-Marke zu sinken. Ein Einzug über die Landesliste ist eigentlich nur noch in den großen Bundesländern möglich. Bereits jetzt sind lediglich 15 Abgeordnete der CDU/CSU über die Zweitstimme eingezogen. 231 haben ihren Wahlkreis direkt gewonnen.

Die Forscher der Bertelsmann-Stiftung machen das taktische Wahlverhalten vieler Bürger für die vielen Überhandmandate verantwortlich. Viele Unions-Anhänger würden beispielsweise ihre Zweitstimme der FDP geben, um bessere Koalitionsmöglichkeiten zu haben. Da die Liberalen ebenso wie die AfD, die Linke und die Grünen bislang nur in wenigen

Kreisen Chancen auf ein Direktmandat hatten, würde mit der Erststimme vieler ihrer Anhänger der Direktkandidat der Union gewählt werden.

Analog hätten sich bislang viele Wähler verhalten, die mit der Zweitstimme die Grünen gewählt haben. In SPD-Hochburgen seien ihre Erststimme an den jeweiligen sozialdemokratischen Direktkandidaten gegangen.

Mittels eines Prognose-Rechners sind die Bertelsmann-Mitarbeiter zu dem Ergebnis gelangt, dass der künftige Bundestag künftig fast 1000 Abgeordnete umfassen könnte, sollte es der Union gelingen, mehr als 280 der 299 Wahlkreise zu gewinnen.

"Gescheiterte Wahlrechtsreform"

Ein derartiger Erfolg der CDU/CSU ist nicht völlig ausgeschlossen, aber nicht sehr wahrscheinlich. Robert Vehrkamp von der Bertelsmann-Stiftung legte im Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" denn auch Wert auf die Feststellung, dass die Rechnungen keine Prognosen darstellten. "Es geht nicht darum, vorherzusagen, wie groß der Bundestag wird, sondern zu zeigen, dass ein extrem großes Parlament überhaupt nicht unwahrscheinlich ist. Am Wahlabend sollten wir deshalb gleich beide Daumen drücken: Den einen für die Partei der eigenen Wahl, und den anderen für eine akzeptable Größe des Bundestags."

Am wahrscheinlichsten ist wohl, dass sich nichts Wesentliches ändert. Stimmen die aktuellen Wahlkreis-Prognosen, dann wird die CDU ähnlich viele Direktmandate wie 2017 erreichen. Die Folge wäre eine Parlamentsgröße wie bisher.

"Die traurige Lehre aus der gescheiterten Wahlrechtsreform dieser Wahlperiode lautet: Je größer der Bundestag, umso größer sind auch die Widerstände gegen seine Verkleinerung", sagt Bertelsmann-Forscher Vehrkamp. Das sagt einem auch der gesunde Menschenverstand. Denn eine Verkleinerung des Parlaments vermindert die Chance des einzelnen Abgeordneten, auch weiterhin mit dabei zu sein. Und wie sagte schon der vielleicht umstrittene, aber doch weise einstige FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff? "Man kann nicht erwarten, dass die Frösche den Sumpf trockenlegen."

EINWANDERUNGSPOLITIK

"Endlich sagt es die Kanzlerin mal so klar"

Zum Ende ihrer Amtszeit mahnt Angela Merkel die Afghanen, nicht nach Deutschland zu kommen

Kurz vor ihrem Abtritt als Bundeskanzlerin hat Angela Merkel bei ihrem letzten großen Auftritt vor der Hauptstadtpresse die zusätzliche Aufnahme afghanischer Asylsucher, von denen Millionen den Wunsch geäußert haben, nach Deutschland zu kommen, abgelehnt. Vor sechs Jahren hatte sie ihre Arme für Migranten noch weit ausgebreitet. Ihr damaliges Motto "Wir schaffen das!" hat angesichts einer drohenden Immigrationswelle aus Afghanistan also definitiv ausgedient.

Die deutsche Kanzlerin schlägt nach ihrer Willkommenspolitik von 2015 zum Ende ihrer Amtszeit einen anderen Ton in der Einwanderungspolitik an. Was sie damals im Gegensatz zu anderen europäischen Spitzenpolitikern noch abgelehnt hatte, nämlich einen Aufruf an Migrationswillige, in ihrem Land zu blei-

ben, machte sie diesmal selbst. Vor den Medien forderte sie diese Woche Afghanen indirekt auf, in ihrem Land zu bleiben. "Wir haben schon sehr viele afghanische Flüchtlinge aufgenommen", sagte die Kanzlerin, Deutschland könne nicht alles kompensieren, "was in Afghanistan an Schwierigem passiert". Nicht alle diese Probleme "können wir dadurch lösen, dass wir die Menschen aufnehmen". "Wir müssen anders an die Sache herangehen", so die Regierungschefin.

In Afghanistan stehen Millionen von Menschen in den Startlöchern, sich aus Angst vor den Taliban auf die Reise nach Europa zu begeben. Das Geld dafür haben sie sich durch intensivierten Drogenanbau bereits besorgt. Die radikal-islamischen Taliban, die sich ebenfalls durch im Koran verbotenen Drogenanbau finanzieren, sind auf dem Vormarsch, "... wir können sicherlich nicht alles, was in Afghanistan an Schwierigem passiert, jetzt als Deutschland wieder kompensieren"

Angela Merkel Bundeskanzlerin de

Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland seit die USA und die Nato ihre Truppen aus dem Land zurückziehen.

In der "Bild"-Zeitung kommentierte der FDP-Abgeordnete Alexander Graf Lambsdorff: "Endlich sagt es die Kanzlerin mal klar: Migration kann nur geordnet verlaufen." Eine indirekte Folge von Merkels Asylpolitik von 2015, die sie unter Umgehung des Bundestags durchgeboxt habe, sei, dass die politische Kultur nachhaltig beschädigt worden sei. Der Einzug der AfD in alle Länderparlamente und den deutschen Bundestag von 2017 wäre ohne diese Einwanderungspolitik Merkels kaum erfolgt. Lambsdorff sagte am Ende: "Die Kanzlerin lässt jetzt eine gewisse Einsicht erkennen, leider zu spät." Mit den Folgeschäden von Merkels verfehlter Migrationspolitik werden ihre Nachfolger und alle Deutschen noch lange kämpfen müssen. Bodo Bost

BERLINER SPECKGÜRTEL

Großstädter wollen naturnah wohnen

Lärm, hohe Mieten und knapper Wohnraum in Berlin – Das Umland schiebt sich in die Spitzenklasse

VON NORMAN HANERT

b München, Hamburg, Berlin oder Köln – Deutschlands Großstädte haben in der Vergangenheit wie Magnete neue Bewohner angezogen. Inzwischen zeigt sich jedoch, dass das Wachstum der Metropolen kein Selbstläufer mehr ist.

Zumindest als Wohnort verlieren die Stadtzentren zunehmend an Attraktivität, gefragt ist vor allem das Umland jenseits der Stadtgrenzen. Ob sich diese schon seit einigen Jahren abzeichnende Entwicklung durch die Corona-Pandemie verstärkt hat, war eine Frage, mit der sich das Münchner ifo-Institut beschäftigt hat. Zusammen mit dem Immobilienportal immowelt haben die Münchner Wirtschaftsforscher dazu deutschlandweit mehr als 18.000 Personen befragt. Dabei gab fast jeder Achte, der in einer Großstadt mit mehr als einer halben Million Einwohnern lebt, den Wunsch an, bis zum Sommer 2022 wegziehen zu wollen.

Jeder achte Großstädter will weg

Es waren vor allem Menschen im mittleren Alter und insbesondere Familien mit Kindern, die solche kurzfristigen Wegzugspläne aus den Metropolen haben.

Darüber hinaus förderte die Befragung zutage, dass auf längere Sicht sogar noch wesentlich mehr Großstadtbewohner Wegzugsgedanken haben. Weitere 18,5 Prozent gaben an, sie würden im Zeitraum von zwei bis sechs Jahren einen Wegzug planen. Als Umzugsziele wurden meist Städte mit weniger Einwohnern und die sogenannten Speckgürtel der Metropolen genannt.

Zum Teil profitiert von den Umzugswünschen auch Kleinstädte und Dörfer abseits der Ballungsräume. Immerhin knapp elf Prozent der Befragten gaben ländliche Regionen als ihr Umzugsziel an. Fast die Hälfte (46 Prozent) derjenigen mit den kurzfristigen Umzugsplänen erklärte, die Corona-Pandemie habe ihre Entscheidung beeinflusst.

"Viele Befragte geben an, in Zukunft weniger Kompromisse bei den eigenen Wohnverhältnissen machen zu wollen, da sie aufgrund der Pandemie mehr Zeit zu Hause verbringen", so Jan-Carl Mehles, Leiter der Marktforschung bei immowelt und Ko-Autor der Studie.



Viele Berliner zieht es nach Brandenburg: In Hennigsdorf entstehen Neubauwohnungen

Foto: pa

Fast zwei Drittel der befragten Großstädter gaben als Grund für ihre Umzugspläne den Wunsch nach mehr Naturnähe und einer Aufwertung der eigenen Wohnverhältnisse an. Ganz oben rangierte dabei der Wunsch nach mehr Wohnfläche und nach einem besseres Wohnumfeld für die Familie.

Die Abwanderung aus den Stadtzentren bringt nach Ansicht des ifo-Instituts neue Herausforderungen mit sich, etwa in der Verkehrsinfrastruktur. Der suburbane Raum muss besser als bisher an den urbanen Raum angeschlossen werden. Durch den Zuzug von Familien muss in den betroffenen Kommunen auch die Bildungsinfrastruktur ausgebaut werden.

Zusätzlich zu diesen vom ifo-Institut genannten Punkten könnte sich eine weitere Frage ergeben, falls die Abwanderungsbewegung langfristig anhält. Wie sinnvoll ist es beispielsweise, die Berliner Innenstadt immer mehr für zusätzlichen Wohnungsbau zu verdichten, wenn es ein gutes Viertel der Einwohner ohnehin ins Umland oder aufs Land zieht?

Die Politik muss sich auch darauf vorbereiten, dass die demographische Entwicklung für einen grundlegenden Wandel auf dem Arbeitsmarkt sorgen wird. In den kommenden Jahren steht nämlich auf breiter Basis der Rückzug der sogenannten Baby-Boomer-Generation aus dem Arbeitsleben an.

Bereits ab 2025 ist damit zu rechnen, dass ein Mangel an Arbeitskräften vielerorts das Wirtschaftswachstum bremsen wird

Arbeitskräftemangel prognostiziert

Das Hamburger Prognos-Institut geht in einer sogenannten Langfrist-Konjunkturprognose, die es im Auftrag des "Handelsblatts" angefertigt hat, davon aus, dass bis zum Jahr 2030 nur noch 15 deutsche Regionen einen Zuwachs an Erwerbstätigen haben werden.

Gleichzeitig sehen die Forscher aber das Angebot an Arbeitskräften als den entscheidenden Faktor an, ob Kommunen und Regionen zukünftig zu den Gewinnern oder den Verlierern gehören werden. Vor diesem Hintergrund sieht das Beratungsunternehmen insbesondere für Städte und Gemeinden in den östlichen Bundesländern gute Chancen.

Rostock zählt für die Forscher beispielsweise bundesweit zu den zehn Standorten mit den besten Aussichten. Arbeitsmarktchancen, ein gutes Wohnungsangebot, Hochschulen und das Kulturleben machen auch Potsdam und Leipzig zu Magneten für Zuzügler.

Mit Blick auf die Landkreise Dahme-Spreewald und Oder-Spree im Speckgürtel Berlins spricht Prognos sogar von einem "Tesla-Effekt". Für beide Landkreise prognostiziert das Beratungsunternehmen, dass sich Teslas Giga-Fabrik und der neue Flughafen Berlin Brandenburg zu starken Jobmotoren entwickeln.

Diese beiden Landkreise sowie Potsdam und Potsdam-Mittelmark sieht Prognos zusammen mit Städten und Regionen wie Wolfsburg, Regensburg, Darmstadt und drei Landkreisen im Münchner Umland bis 2030 zu den wachstumsstärksten Regionen in Deutschland überhaupt.

KOLUMNE

CSD kennt keine Gefahr

VON THEO MAASS

Der sogenannte Christopher Street Day (CSD), der vergangenes Wochenende in Berlin stattfand, war die Bankrotterklärung der politischen Corona-Maßnahmen. Während die von der Obrigkeit weniger geschätzten öffentlichen Veranstaltungen der "Querdenker"-Szene verboten, reglementiert oder sogar zusammengeknüppelt werden, gelten für die LGBTQ-Szene offenbar Sonderrechte. Bilder der CSD-Parade zeigen Menschenmassen ohne Abstand und oft auch ohne Maske. 65.000 Teilnehmer wurden gezählt. Der Veranstalter sprach sogar von 80.000 Menschen. Das alles spielte sich vor den Augen der Polizei ab, die nicht einschritt, weil der Berliner Senat das offenbar billigte.

Die Querdenker-Demonstrationen wurden dagegen in der Vergangenheit mehrfach aufgelöst, weil sich die Teilnehmer nicht an Maskenpflicht und Abstandsgebot hielten. Ende April wurden bei einer Demonstration in Berlin deshalb sogar 152 Demonstranten vorübergehend festgenommen. Hier beim CSD nun mal ganz anders: Die Polizei bestätigte Gedränge und fehlende Masken. Die Lautsprecherdurchsagen: "Maske auf, Abstand bitte" wurden ignoriert. Kultursenator Klaus Lederer (Linke) will Berlin zur "queeren Freiheitszone" machen und schimpfte auf die Regierung von Polen und Ungarn.

Klarer konnten der Öffentlichkeit die unterschiedlichen Rechtsstandards nicht demonstriert werden. Karl-Eduard von Schnitzler – Parteigenosse des Berliner Kultursenators – wusste schon: "Ist die Macht in guten Händen, ist es eine gute Politik – ist die Macht in schlechten Händen, ist es eine schlechte Politik." Wir lernen: CSD-Parade = gute Politik, Anti-Corona-Demo = schlechte Politik. Hoffentlich wundert sich niemand, wenn die Corona Maßnahmen immer weniger Akzeptanz finden.

POLITISCHER KUHHANDEL

Polen will das Flussbett der Oder vertiefen

Grüne protestieren - Berlin fordert im Gegenzug Ausbau der "Klützer Querfahrt"

Mit der Flutkatastrophe im Südwesten Deutschlands ist erneut der Hochwasserschutz in anderen Teilen Deutschlands in den Blick geraten. Politische Brisanz steckt beispielsweise in Plänen der polnischen Regierung zum Ausbau der Oder.

Mit Hilfe von Mitteln der Weltbank und der EU soll ab 2023 das Flussbett im nördlichen Teil der Oder vertieft und auf der östlichen Seite durch Längsdämme verengt werden. Offiziell begründet Warschau dies mit dem Ziel, den Hochwasserschutz verbessern zu wollen. Demnach soll eine Vertiefung des Flusses insbesondere den Einsatz der deutsch-polnischen Eisbrecherflotte erleichtern. Grundlage der Ausbaupläne ist ein Wasserstraßen-Abkommen über die gemeinsame Verbesserung der Situation, das 2015 vom Bundesverkehrsminister und vom polnischen Umweltminister unterzeichnet wurde.

Naturschützer kritisieren allerdings, dass die polnische Regierung unter dem Deckmantel "Hochwasserschutz" tatsächlich einen Ausbau der Oder für große Binnenschiffe vorantreibt.

Gefahr für das Untere Odertal

Kritiker sehen durch die polnischen Pläne eine Verschlechterung des Hochwasserschutzes und zudem eine massive Gefahr für den Auen-Nationalpark Unteres Odertal. Dirk Treichel, Leiter des Nationalparks, fürchtet fatale Auswirkungen auf Flora und Fauna in der Oder, an den Ufern und auf angrenzenden Flächen.

Aus Sicht des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei werden die Ausbaumaßnahmen "wertvolle Lebensräume vieler seltener und vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten auf polnischer und deutscher Seite des Flusses unwiederbringlich zerstören". Auch auf politischer Ebene sieht man in den polnischen Plänen destruktives Potential. In Brandenburgs rot-schwarz-grüner Landesregierung steht Umweltminister Axel Vogel (Grüne) dem Oderausbau kritisch gegenüber.

Brandenburgs Umweltministerium hat bereits im vergangenen Jahr Widerspruch gegen einen Beschluss der Regionalen Umweltdirektion Stettin zum Ausbau der Oder eingelegt. Die Rückendeckung der beiden Koalitionspartner SPD und CDU für den Kurs des Umweltministers hält sich allem Anschein nach jedoch in Grenzen. Als im Potsdamer Landtag vergangenes Jahr ein Antragsentwurf formuliert wurde, in dem Ministerpräsident Dietmar Woidke in seiner Funktion als Polenbeauftragter der Bundesregierung aufgefordert werden sollte, gegen das

Vorhaben in Warschau zu intervenieren, drängten CDU-Abgeordnete, die Passage wieder zu streichen. Auch die Bundesregierung steht in der Kritik.

In einer Online-Petition gegen den Ausbau wird der Bundesregierung vorgeworfen, sie lehne den Ausbau nicht ab und wolle "außer den üblichen Beteiligungsverfahren bislang nichts dagegen unternehmen". Die Autoren der Petition äußern gar den Vorwurf, dass hinter dem "Feigenblatt Hochwasserschutz" aus wirtschaftlichen Interessen quasi ein politischer Kuhhandel ablaufen soll.

Dabei würde Berlin der polnischen Seite den Ausbau der Oder für große Binnenschiffe zugestehen, im Gegenzug ermöglicht Warschau durch den Ausbau der "Klützer Querfahrt", dass große Schiffe zwischen Stettin und der Papierfabrik LEIPA in Schwedt verkehren. N.H.

MELDUNG

Das Schloss soll wieder weg

Berlin - Parallel zur Eröffnung des Humboldt-Forums im rekonstruierten Berliner Schloss am 13. Juli forderte eine Initiative den Abriss des Gebäudes. Offensichtlich inspiriert vom Beispiel des Fördervereins Berliner Schloss wollen die Aktivisten einen Wiederaufbau des zu DDR-Zeiten errichteten "Palast der Republik" durchsetzen. Der Zeitplan des "Fördervereins Palast der Republik" sieht als Zwischenziel die Errichtung einer Musterfassade im Jahr 2030 vor. Schloss und Humboldt-Forum sollen bis 2050 abgerissen werden. Anschließend soll nach den Vorstellungen der Aktivisten der "Palast der Republik" in seinem Zustand vor dem Abriss 2005 wiederaufgebaut werden. Forderungen nach einem Abriss des Schlosses kommen auch von einem "Aktionsraum Spreeufer". Dieser Zusammenschluss mehrerer Initiativen hat bereits am 9. Juli eine Ausstellung mit dem Titel "Re-Move Schloss" eröffnet. N.H.

6 Nr. 30 · 30. Juli 2021 AUSLAND Preußische Allgemeine Zeitung

MELDUNGEN

Hinweis auf Menschenwerk

Canberra - Um den tierischen Zwischenwirt zu finden, von dem das Virus SARS-CoV-2 auf den Menschen übergesprungen sein soll, untersuchten vier australische Wissenschaftler mithilfe von Hochleistungs-Computermodellen, mit welcher Wahrscheinlichkeit sich das Spike-Protein des Coronavirus an die Rezeptoren des Menschen sowie auch von zwölf Tierarten bindet. Wie das Team nun in einem Artikel im Fachblatt "Scientific Reports" schreibt, gelangte es dabei zu dem Ergebnis, dass der Erreger am ehesten an menschliche Zellen andockt. Dieser Befund widerspricht der These vom Ursprung des Virus in der Tierwelt. Damit erhält der Verdacht, man habe es bei Corona mit einer Laborzüchtung beziehungsweise Biowaffe zu tun, neue Nahrung. Auf jeden Fall kann das Virus nicht von Fledermäusen stammen, denn an deren Organismus ist es auffallend schlecht angepasst.

Jamaika will Reparationen

Kingston – Die Karibikinsel Jamaika gehörte ab 1509 zum spanischen Weltreich und war zwischen 1655 und 1962 eine britische Kolonie. Bis zum Verbot des Sklavenhandels 1807 wurden rund 600.000 Schwarzafrikaner nach Jamaika verschleppt, wo sie auf den dortigen Zuckerrohr- und Bananenplantagen Schwerstarbeit leisten mussten. Nun hat der Parlamentsabgeordnete Mike Henry von der derzeit regierenden Jamaica Labour Party (JLP) eine Petition gestartet, die der britischen Königin Elizabeth II., die das formelle Staatsoberhaupt des Commonwealth-Mitglieds ist, vom Generalstaatsanwalt in Kingston zugestellt werden soll. Darin heißt es, die britische Regierung solle die Nachfahren der Sklaven von einst mit 7,6 Milliarden Pfund (8,9 Milliarden Euro) entschädigen. Denn genau diese Summe hätten umgerechnet auch die Sklavenhalter auf der Insel erhalten, als man sie zwang, ihre Sklaven freizulassen.

Routine bleibt auf der Strecke

New York/Genf - Weil die Impfungen gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 weltweit auf Hochtouren laufen, fehlen in vielen Ländern des Mittleren Ostens, Nordafrikas, Südostasiens und Lateinamerikas Geld und Personal für die bisher üblichen Routine-Impfungen. Laut dem UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) führt das dazu, dass die Immunisierung von Kindern gegen Infektionskrankheiten wie Diphtherie, Wundstarrkrampf, Masern, Poliomyelitis und Keuchhusten genauso schleppend verläuft wie während der zurückliegenden Lockdowns. Die Zahl der komplett ungeimpften Kinder stieg infolge der Corona-Krise um 3,5 Millionen auf nunmehr 17 Millionen. Außerdem hätten auch viele Nachimpfungen nicht stattgefunden, weil die Gesundheitsbehörden den Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Covid-19 Vorrang eingeräumt hätten. Nun warnt die WHO vor Epidemien, welche aus den versäumten Impfungen resultieren. W.K.

TÜRKEI

Das ist selbst vielen Türken zu viel

Durch eine Panne wurde bekannt, dass Erdoğan sich einen vierten Dienstpalast hat bauen lassen

WOLFGANG KAUFMANN

er türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan lebt gerne auf großem Fuß. Ihm stehen mehrere Regierungsflugzeuge sowie auch Hubschrauber zur Verfügung, und sein Fahrzeugkonvoi umfasst oft über 100 Luxuswagen. Darüber hinaus hat er eine Vorliebe für kostspielige Domizile.

Davon zeugt zuallererst Erdoğans Präsidentenpalast in Ankara. Dieser pompöse Bau mit 1000 Räumen wurde unter Missachtung der Naturschutzbestimmungen und diverser gerichtlicher Verbote mitten in ein Waldgebiet gesetzt. Kostenpunkt: umgerechnet 500 Millionen Euro. Für die gleiche Summe hätten 700 Schulen gebaut werden können.

Zum Zweiten wäre da Erdoğans Residenz in Istanbul. In der stattlichen Villa Huber Köskü mit ihrem 34 Hektar großen

Park am Bosporus repräsentierten einst die Vertreter der deutschen Rüstungskonzerne Krupp und Mauser, die das Osmanische Reich mit Waffen belieferten.

Zum Dritten verfügt der türkische Staatspräsident über einen großen Sommerpalast in Ahlat am Vansee in Ostanatolien. Auch dieser Komplex mit 1071 Quadratmetern Wohnfläche entstand trotz fehlender Baugenehmigungen.

"Baum-Massaker" für Zufahrt

Jetzt ist noch ein viertes Objekt bei Marmaris an der Küste der Ägäis zwischen Bodrum und Fethiye hinzugekommen. Der kürzlich fertiggestellte "Landsitz" im neo-osmanischen Stil mit ausgedehnter Poolanlage ersetzte das bescheidene Ferienhaus von Erdoğans Amtsvorgänger Turgut Özal. Dieses Bauvorhaben finanzierte der türkische Steuerzahler mit weiteren 640 Millionen Lira (umgerechnet 62 Millionen Euro). Dafür hat der Staats-

präsident nun einen halbmondförmigen Privatstrand, dessen Sand aus 200 Kilometern Entfernung herangekarrt wurde. Anreisen kann Erdoğan über eine neu angelegte 17 Kilometer lange Zufahrtsstraße, für die rund 50.000 Bäume weichen mussten. In der Türkei spricht man in diesem Zusammenhang von einem "Baum-Massaker"

Bis vor Kurzem noch wurde die Existenz dieses Anwesens wie ein Staatsgeheimnis behandelt, denn der Präsident will mit Blick auf die Krise im Lande verständlicherweise den Eindruck vermeiden, öffentliche Mittel zu verschwenden. Doch dann fand die ebenso auflagenstarke wie regierungskritische Tageszeitung "Sözcü" (Sprecher) auf der Internetseite des renommierten türkisch-belgischen Architekten Şefik Birkiye ein Dutzend Skizzen des Riesenanwesens. Birkiye, der auch den Präsidentenpalast in Ankara entworfen hat, hatte diese Zeichnungen

versehentlich online gestellt. Mittlerweile wurde sein Internetauftritt zwar komplett gesperrt, doch trotzdem kennt nun die ganze Türkei das vierte Prachtdomizil von Erdoğan.

Absturz auf 26 Prozent

Entsprechend hoch schlagen die innenpolitischen Wellen. Zwar versuchen regierungsnahe Medien verzweifelt, die teure Baumaßnahme mit dem Argument zu rechtfertigen, der Präsident müsse schließlich auch irgendwo sicher und vor Anschlägen geschützt Urlaub machen können. Doch das überzeugt kaum noch irgendjemanden im Lande. Angesichts einer Inflationsrate von aktuell 17,5 Prozent und der Tatsache, dass inzwischen mehr als jeder fünfte Türke unter der Armutsgrenze lebt, ist das Maß für viele Leute voll. "Der Präsident hat immer gesagt, dass er normale Menschen vertritt, und er hat selbst bescheidene Wurzeln, aber jetzt sehen wir, dass er wie ein Sultan lebt, während alle anderen kämpfen", wird ein wütender Rentner aus Istanbul von der im Mittleren Osten sehr populären Internetplattform "The National" zitiert.

Das sehen die türkischen Oppositionspolitiker ähnlich. "Der Mann baut sich einen Sommerpalast, während die Leute verhungern", sagte der Vorsitzende der kemalistisch-sozialdemokratischen Cumhuriyet Halk Partisi (CHP, Republikanische Volkspartei), Kemal Kılıçdaroğlu, vor Vertretern seiner Parlamentsfraktion. Und der Chef der radikal-islamischen Saadet Partisi (SAADET, Partei der Glückseligkeit), Temel Karamollaoğlu, schloss in seine Kritik auch gleich noch Erdoğans bekanntermaßen verschwendungssüchtige Ehefrau Emine ein. Denn die hatte kürzlich die Dreistigkeit besessen, den Türken zu empfehlen, künftig etwas weni-

Laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Turkiye Raporu ist das Wählerpotential für Erdoğans Partei Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) inzwischen auf 26 Prozent gesunken – der bisher niedrigsten Wert seit Gründung der Partei. Würde jetzt gewählt werden, würde Erdoğan gegen jeden seiner drei politischen Hauptgegner verlieren. Doch Wahlen gibt es erst wieder im Jahre 2023.



 $Der\ t\"{u}rkische\ Pr\"{a}sident\ und\ seine\ Ehefrau\ lieben\ es\ prachtvoll:\ Emine\ und\ Recep\ Tayyip\ Erdo\"gan\ im\ Pr\"{a}sidentenpalast\ in\ Ankara$

GROSSBRITANNIEN

London repariert "kaputtes Asylsystem"

Regierung will Strafen für Schleuser und illegale Einwanderer drastisch erhöhen

Seit dem Brexit hat die illegale Zuwanderung nach Großbritannien per Schlauchboot über den Ärmelkanal sehr stark zugenommen. Angesichts dieser Zunahme will die britische Regierung nun die Strafen für Schleuser und illegale Immigranten deutlich verschärfen. Die Höchststrafe für illegale Einwanderung soll durch die Asylreform von sechs Monaten auf vier Jahre steigen, wie das britische Innenministerium mitteilte. Für Schleuser sieht der Gesetzesentwurf eine Anhebung der Höchststrafe auf lebenslange Haft vor.

Ähnlich wie Dänemark möchte auch Großbritannien in Zukunft Asylzentren nach außerhalb Europas auslagern. Anders als das skandinavische besitzt das britische Königreich jedoch noch eine Reihe von Territorien im Atlantik und Pazifik, die für eine solche Auslagerung in Frage kämen. Architekt des neuen Asylsystems ist die britische Innenministerin

Priti Patel, die selbst Nachkomme von Indern ist, die unter Idi Amin aus Uganda vertrieben wurden.

Illegale "Asyl Shopper"

Damit Großbritannien weiterhin wirkliche Flüchtlinge und Schutzbedürftige willkommen heißen könne, müsse man den massenhaften Missbrauch des Asylsystems verhindern und gegen die illegalen und gefährlichen Überfahrten vorgehen. Patel sprach in diesem Zusammenhang von einem "kaputten Asylsystem, das die Taschen der abscheulichen kriminellen Banden gefüllt hat, die das System betrügen". Die neuen Bootsimmigranten in Großbritannien, die aus einem sicheren EU-Land kommen, in dem sie Asyl hätten beantragen können, bezeichnete die Ministerin als "Asyl-Shopper".

Ein Grund des Brexit-Votums der Briten war die von Angela Merkel verantwor-

tete Massenzuwanderung von 2015/16 in die EU, da Großbritannien bei den Irakern und Afghanen zu den Lieblingszielen in der EU gehörte. Damals hatten sich auf der französischen Seite des Ärmelkanals bei Calais und Dünkirchen illegale Zeltstädte von Emigranten aus diesen Ländern gebildet, die in Resten immer noch existieren. Diese Zuwanderer versuchten lange Zeit, als blinde Passagiere auf den Lastwagen, die den Ärmelkanaltunnel per Zug durchquert haben, nach Großbritannien zu gelangen.

Seit dem Vollzug des Brexit im letzten Jahr sind diese Laster Zollkontrollen unterworfen, was diese Form der illegalen Einwanderung unmöglich machte. So kam es trotz wiederholter Warnungen der Behörden seit letztem Jahr zu einem starken Anwachsen der illegalen und gefährlichen Bootsfahrten über den vielbefahrenen Ärmelkanal. Allein in den ersten

sechs Monaten dieses Jahres gelang insgesamt fast 6000 Migranten die gefährliche Überfahrt. In diesem Juni sollen es laut der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt BBC mehr als 2000 gewesen sein. Die Immigranten benutzten dabei meistens Schlauchboote und mussten fast immer von Rettungskräften aus Seenot gerettet werden.

Bis zu lebenslang für Schleuser

Zu einem Aufschrei in der britischen Öffentlichkeit hatte der Tod von 39 vietnamesischen Asylsuchern geführt, die im Oktober 2019, eingepfercht in einem Lastkraftwagen, in Dover einen qualvollen Erstickungstod gestorben sind, obwohl sie für ihre Schleusung 15.000 Euro pro Kopf bezahlt hatten. Die beiden verantwortlichen Schleuser wurden vor Kurzem zu 27 beziehungsweise 20 Jahren Haft verurteilt.

Preußische Allgemeine Zeitung WIRTSCHAFT Nr. 30 \cdot 30. Juli 2021 7

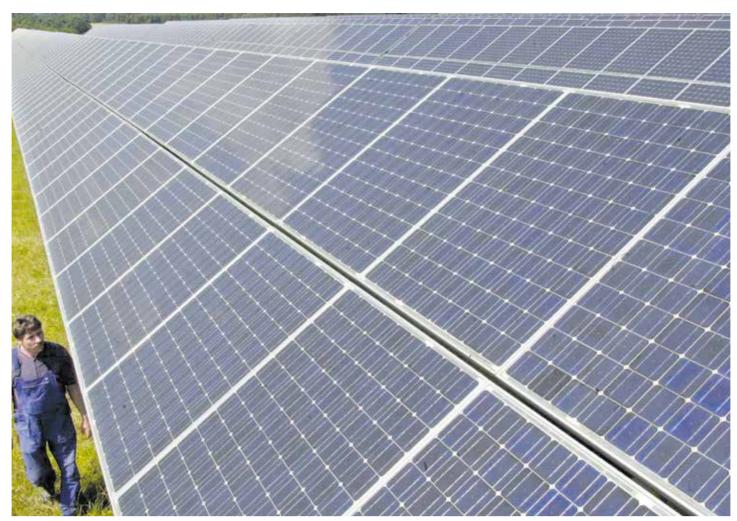
VON NORMAN HANERT

ach Landschaften, die durch Windräder verspargelt werden, und großflächigen Monokulturen für Energiepflanzen greift im Zuge der Energiewende nun eine weitere Entwicklung in den ländlichen Regionen um sich. Investoren und Landwirte wollen immer öfter Ackerflächen oder Grünland in Solarparks umwandeln. Besonders ambitionierte Pläne gibt es für die Uckermark im Nordosten des Bundeslandes Brandenburg. Für diesen relativ sonnenreichen Teil Brandenburgs liegen nach Informationen des Senders rbb mittlerweile Anfragen von Investoren zum Bau von Solaranlagen auf 1500 Hektar vor. Besonders groß fällt ein Projekt aus, das im Boitzenburger Land geplant ist. Dort will ein Landwirt drei Fotovoltaik-Anlagen auf etwa 200 Hektar Ackerflächen bauen. Zur Begründung führt der Landwirt an: "Die Bedingungen für landwirtschaftliche Betriebe sind in den vergangenen Jahren immer schlechter geworden." Ganz konkret verweist der Agrarunternehmer auf einen Preisverfall für Landwirtschaftsprodukte und hohen Konkurrenzdruck. Als weiteren Grund, sich nach Alternativen umzuschauen, führt der Landwirt das Problem langer Trockenheit an: "Wir haben mittlerweile Trockenperioden von vier, fünf, sechs Wochen, wo wir keinen Regen mehr bekommen haben, und das zeichnet sich deutlich in den Erträgen ab."

Landwirte zahlen drauf

Die Argumente sind nachvollziehbar. Ein Blick in die USA zeigt jedoch, dass mit der Umwandlung von Ackerflächen in Solaranlagen auf die Landwirtschaft insgesamt ein Problem zurollt. In den USA hat der Trend zu Solarfarmen im ländlichen Raum bereits einige Jahre früher als in Deutschland eingesetzt. Zu beobachten war dabei ein Verdrängungswettbewerb: Sobald die Landwirte mit Solarfirmen um landwirtschaftliche Flächen konkurrieren, treibt dies schnell die Pachtpreise in die Höhe. In diesem Rennen sind es regelmäßig die Farmer, die bei den Preisen nicht mehr mithalten können, die von den Energieversorgern geboten werden. Auch hierzulande zahlen Betreiber von Solaranlagen mittlerweile jährliche Pachtpreise von bis zu 2000 Euro je Hektar. Zum Vergleich: Der bundesweite Durchschnittspreis bei Neuverpachtungen von Ackerland liegt derzeit bei 430 Euro je Hektar.

Da die Pachtverträge über Jahrzehnte laufen, können die Verpächter sogar über einen langen Zeitraum mit hohen Einnahmen rechnen. Als Folge stehen allerdings immer mehr Flächen nicht mehr für die landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung. In den USA war in einigen Regionen des Nordostens schließlich sogar ein Verschwinden der Landwirtschaft zu beob-



Solarfläche in der Uckermark: Nach dem Willen von Investoren und Landwirten sollen weitere solcher Anlagen entstehen Foto: pa

ENERGIEWENDE

Umwandlung von Agrar- in Industrieland birgt Gefahren

Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte und hoher Konkurrenzdruck – immer mehr Landwirte wollen Photovoltaik-Anlagen auf ihren Feldern bauen

achten. Nach den Erkenntnissen des Ökonomen Ron Heiniger, der sich an der North Carolina State University schon länger mit der Solarproblematik im ländlichen Amerika beschäftigt, führt die Verdrängung der Landwirtschaft durch Solaranlagen auch zur Abwanderung weiterer Unternehmen, etwa von Händlern und Dienstleistern. Diese Entwicklung des ländlichen Raums ist möglicherweise sogar dauerhaft:

Durch die in die Höhe getriebenen Pachtpreise rechnet sich eine landwirtschaftliche Nutzung der Böden gar nicht mehr. Der Agrarökonom Heiniger hat zudem auf die Gefahr hingewiesen, dass die Ackerböden durch die Solarfarmen langfristig runinert werden. Die Betreiber sind nämlich gezwungen, gegen das Aufkommen von Unkräutern oder Sträuchern unter den Solarpaneelen vorzugehen. Dazu greifen die Betreiber der Anlagen zum Teil auf Herbizide zurück, zum Teil aber auch auf Unkrautschutzgewebe, das mit Kies

bedeckt wird. Ob sich solche Flächen nach Jahrzehnten überhaupt noch als Ackerflächen eignen, wird sich erst in der Zukunft erweisen. Fraglich ist ebenso, ob sich die bereits in den USA zu beobachtende negative Entwicklung hierzulande noch verhindern lässt.

Verlust landwirtschaftlicher Flächen

Bundes- und Landesregierungen sehen derzeit im Ausbau der "erneuerbaren Energien" eines ihrer wichtigsten Politikziele überhaupt. Bereits seit 2017 haben die Bundesländer die Möglichkeit, selbst Freiflächen für Photovoltaik festzulegen. Bayern und Baden-Württemberg nutzen diese Möglichkeit bereits und erlauben die Errichtung von Solarparks auf Ackerflächen. In Rheinland-Pfalz sind Solaranlagen bislang nur auf Grünland in benachteiligten Gebieten möglich.

Der Schweriner Landtag beschloss im Juni auf Antrag von SPD und CDU, auch in Mecklenburg-Vorpommern die Errichtung von großen Solaranlagen auf Ackerflächen zu ermöglichen. Freigeben will das Land nach Angaben von Landeslandwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) bis zu 5000 Hektar. Der Trend zur Umwandlung von Landwirtschaftsflächen zur Erzeugung von Solarstrom ist umstritten:

Der Bayerische Bauernverband (BBV) sprach sich in einem Positionspapier ganz generell für den Ausbau von Fotovoltaik als zusätzliches Standbein für Landwirte aus. Allerdings sollten nach Ansicht des Verbandes dafür vorrangig Dachflächen genutzt werden. Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht die Nutzung von Ackerflächen für riesige Solarparks kritisch. Wie der Bayerische Bauernverband vertritt auch der BUND den Standpunkt, Ackerflächen sollten der Nahrungs- und Futtermittelproduktion dienen.

MELDUNGEN

Unklarheit über Verbrauch

Berlin - Eine von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier vorgelegte aktuellen Stromverbrauchsprognose geht von einem Bruttostrombedarf von bis zu 665 Terawattstunden im Jahr 2030 aus. Auf Grundlage einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos aus dem vergangenen Jahr war die Bundesregierung zuvor von einem Bruttostromverbrauch von 591 Terawattstunden im Jahr 2030 ausgegangen. Der Christdemokrat begründete die Korrektur der Prognose damit, dass sich im vergangenen Jahr einige Parameter verändert hätten. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) geht sogar davon aus, dass der Stromverbrauch bis zum Jahr 2030 auf 700 Terawattstunden ansteigen wird, während der Bundesverband Erneuerbarer Energie (BEE) rechnet von einem Bedarf von bis zu 740 Terawattstunden ausgeht. N.H.

Starker Preisanstieg

Wiesbaden - Die Erzeugerpreise sind im Juni so stark angezogen wie zuletzt während der zweiten Ölkrise im Jahr 1982. Laut dem Statistischen Bundesamt waren die Produzentenpreise um 8,5 Prozent höher als im Juni des Vorjahres. Im Vergleich zum Vormonat lagen die Preise, die Hersteller für Waren erhielten oder zahlen mussten, um 1,3 Prozent höher. Als wichtige Preistreiber machte das Bundesamt die Preisentwicklung bei Vorleistungsgütern und der Energie aus. Demnach verteuerten sich Vorprodukte für die Fertigung seit dem Vorjahresmonat um 12,7 Prozent. Besonders hoch fiel der Preisanstieg seit dem Vorjahr bei metallischen Sekundärrohstoffen aus. Bei Eisen-, Stahlund Aluminiumschrott betrug er 88,1, bei Nadelschnittholz 84,6 und bei Betonstahl in Stäben 62,3 Prozent. Die Energiepreise waren im Juni um 16,9 Prozent höher als im Vorjahres-

Chinese führt "Blitzkrieg"

Shanghai – Die Corona-Krise hat der europäischen Hotellerie schwer zugesetzt. Diesen Umstand versucht derzeit der chinesische Unternehmer Ji Qi für ein höchst aggressives Übernahmeprojekt zu nutzen. Sein Unternehmen Huazhu Hotels Group hatte bereits im November 2019 die Hotelgruppe Deutsche Hospitality, vormals Steigenberger, für 700 Millionen Euro erworben. Die soll nun unter der Leitung des Schweizers Marcus Bernhardt expandieren und zu einer der drei größten Hotelgesellschaften in Europa avancieren. Innerhalb von vier Jahren will Ji Qi statt momentan noch 122 um die 700 Hotels auf unserem Kontinent besitzen. In China gehören der Huazhu-Gruppe insgesamt schon 7000 Hotels - die meisten davon sind allerdings günstige Ein- bis Drei-Sterne-Herbergen. Ji Qi, welcher der Führung der Kommunistischen Partei Chinas nahe steht und ein großer Verehrer des Diktators Mao Zedong ist, nennt seine Ankaufsstrategie in Europa ganz unverhohlen "Blitzkrieg".

E-AUTOS

Fehler bei der Berechnung der Klimabilanz

Wissenschaftler aus sechs Ländern legen der EU-Kommission Überprüfung ihrer Förderpolitik nahe

Batteriegetriebene Elektrofahrzeuge gelten als Wunderwaffe im Kampf gegen die Klimaerwärmung, weil bei ihrem Betrieb angeblich weniger Kohlendioxid freisetzt wird als bei der Benutzung von Autos mit Verbrennungsmotoren. Und zwar auch unter Berücksichtigung der Klimabilanz des Stromes für das Laden der Akkus. Deshalb subventionierte die Bundesregierung den Kauf von E-Autos alleine im Zeitraum von Juni 2020 bis Juni 2021 mit mehr als 1,9 Milliarden Euro.

Dazu kommen die Einnahmeausfälle bei der Mineralölsteuer und infolge der Befreiung von der KfZ-Steuer sowie die immensen Kosten für den Ausbau der Lade-Infrastruktur. Das alles könnte sich als Fehlinvestition erweisen, wie ein dreiseitiges Schreiben von 171 Wissenschaftlern von Technischen Hochschulen aus sechs Ländern der Europäischen Union an die EU-Kommission nahelegt. Darin appellieren Ingenieure und Antriebs-Experten wie Professor Thomas Koch vom Karlsruher Institut für Technologie, welche sämtlich der International Association of Sustainable Drivetrain and Vehicle Technology Research (IASTEC) angehören, an die politisch Verantwortlichen, anzuerkennen, dass der "ökologische Fußabdruck" der Elektrofahrzeuge falsch berechnet worden sei.

Die Forscher argumentieren folgendermaßen: Man habe die CO₂-Bilanz der E-Autos auf der Basis eines durchschnittlichen Strom-Mixes aus fossiler Energie

und diversen Erneuerbaren Energien ermittelt. Allerdings stünde die Energie aus umweltschonenden Quellen nicht immer zur Verfügung, weshalb der Anteil des mit fossilen Brennstoffen erzeugten Stromes deutlich höher liege als angenommen. In der Praxis wirke sich das so aus: Angeblich solle das "Volks-Elektroauto" ID3 von VW mit einem Normbedarf von 16 Kilowattstunden pro 100 Kilometer und einer Gesamtlaufleistung von 224.000 Kilometern binnen 16 Jahren für CO₂-Emissionen im Umfang von 14 Tonnen sorgen. Tatsächlich würden beim Betrieb des Fahrzeuges aber rund 30 Tonnen Kohlendioxid freigesetzt. Und hier seien der Bau des ID3, das häufigere Nachladen bei winterlichen Temperaturen und die eventuellen Verluste beim

Schnellladen noch nicht berücksichtigt. Das veranlasste die Wissenschaftler zu der Aufforderung an die EU-Kommission: "Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass die realen CO₂-Emissionen deutlich höher sein können als angenommen." So liege bei vielen Anwendungsfällen durchaus auch eine Verdoppelung im Bereich des Möglichen. Die IASTEC-Mitglieder empfehlen den Einsatz von CO2-neutral hergestellten synthetischen Kraftstoffen in effektiv arbeitenden Verbrennungsmotoren sowie auch dieselelektrischen Hybrid-Antrieben. Doch - so die Verfasser des Schreibens weiter – gerade diese "Antriebstechnologie von Autos mit dem niedrigsten CO₂-Ausstoß" werde "politisch und wirtschaftlich anscheinend komplett ausgebremst." W. Kaufmann

KOMMENTARE

Grüner Alarmismus

NORMAN HANERT

Derzeit wird darüber spekuliert, ob die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock mit dem Thema "Klima" den Abwärtstrend ihrer Partei stoppen kann. Anlass für solche Überlegungen ist das verheerende Hochwasser, das Teile des Südwestens Deutschlands heimgesucht hat. Erneut ist ein Phänomen zu beobachten, dass mittlerweile mit Regelmäßigkeit einsetzt. Medien und Politik ziehen jede mögliche Wetterlage als Beleg für die These vom menschengemachten Klimawandel und einer sich anbahnende Klimakatastrophe heran. Unterentwickelt ist dafür jedoch das Bewusstsein, dass extreme Wetterereignisse immer wieder in der Geschichte aufgetreten sind.

Dabei spielt mangelnde historische Bildung eine Rolle, aber auch simples Opportunitätsdenken. Das verheerende Magdalenenhochwasser vom Juli 1342, das Teile Mitteleuropas heimsuchte, eignet sich eben nicht zur Untermauerung der These, extreme Wetterereignisse als Folge der industriellen Revolution zu sehen. Auch beim vom Hochwasser schwer zerstörten Ahrtal lohnt ein Blick in die Geschichtsbücher. An der Ahr wurde schon 1804, 1888, 1910, 1918, 1920 und 1954 starke Hochwasser verzeichnet. Die Beispiele zeigen: Unsere Gesellschaft sollte darauf vorbereitet sein, immer wieder mit extremen Wetterereignissen konfrontiert zu werden.

Wenige Tage nach Anlaufen der Aufräumarbeiten in den Hochwassergebieten, steht für die öffentlich-rechtliche ARD allerdings fest: "Der Druck wächst beim Thema Klimaschutz." Auch für die Grünen-Kanzlerkandidatin ist das Unwetter Anlass für die Warnung: "Die Klimakrise macht vor uns nicht halt."

Ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik zeigt: Die Rolle der Angstmacher hat sich für die Grünen bislang meistens ausgezahlt. Die Grünen konnten meist dann Wahlerfolge einfahren, wenn die öffentliche Stimmung und vor allem die veröffentlichte Meinung von drohenden Umweltkatastrophen und Weltuntergangsszenarien geprägt waren. Bereits als die Grünen 1983 mit 5,6 Prozent erstmalig in den Bundestag einzogen, beherrschten Schlagzeilen wie "Der Wald stirbt" die bundesdeutschen Medien. Mit Dauerwarnungen vor saurem Regen, Atomtod, Ozonloch,

Gentechnik und seit einigen Jahren vor einem menschengemachten Klimawandel befeuern die Grünen mittlerweile seit Jahrzehnten eine alarmistische Stimmung in der Gesellschaft. Das Konzept ist so einfach wie effektiv: Es werden Untergangsängste geschürt. Gleichzeitig wird eine vermeintliche Lösung

Sinnvollere Krisenvorsorge

Die Rolle des Angstmachers mag sich für eine einzelne Partei durchaus auszahlen, für die Gesellschaft insgesamt bringt der Daueralarmismus mehrere Risiken mit sich. Unterstützt von Medien und verschiedensten Verbänden ist es den Grünen mit ihrem Politikansatz gelungen, die Regierungspolitik stark zu prägen, obwohl sie selbst die meiste Zeit in der Opposition oder in Regierungsverantwortung bestenfalls Juniorpartner waren. Folge dieser erfolgreichen Strategie ist Deutschlands Energiewende, die letztendlich auch eine gigantische Allokation von Kapital darstellt.

Angebracht ist eigentlich die Frage, ob ein Bruchteil der Investitionssummen für die Energiewende nicht in der Vorsorge für extreme Wetterereignisse sinnvoller eingesetzt wäre.

In der modernen Mediengesellschaft gilt die Aufmerksamkeit der Menschen zudem als knappes Gut. In diesem Sinne verstellen die regelmäßig vorgebrachten Erderhitzungsphantasien den Blick auf Probleme, die für die Menschen hierzulande möglicherweise eine hohe Relevanz haben. Österreichs Bundesheer schätzt beispielsweise die Möglichkeit eines flächendeckenden Stromausfalls als "das größte Risiko für eine nächste Systemkrise in Österreich" ein. Mit dessen Eintritt sei "binnen der nächsten fünf Jahre zu rechnen", so die Österreichische Gesellschaft für Krisenvorsorge in ihrer "Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2021".

Derzeit häufen sich bei Verfassungsgerichten Klagen junger Menschen, die argumentieren, zu wenig "Klimaschutz" bringe sie um ihre Zukunftsaussichten. Genauso naheliegend wären eigentlich Verfassungsbeschwerden, weil die bisher praktizierte Zuwanderungspolitik, die hohen Staatsschuldenquoten in der Eurozone oder die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank alles andere als nachhaltig sind und die Stabilität der Gesellschaft gefährden.



"Sehnsucht nach einer heilen Stadt": Die Kuppel des in den historischen Fassaden des Berliner Schlosses aufgebauten Humboldt-Forums von der Schlossbrücke aus gesehen Foto: pa

LEITARTIKEL

Das Schloss der Bürger

RENÉ NEHRING

as Berliner Humboldt-Forum ist eröffnet. Nach einem Vierteljahrhundert Debatten über den Wiederaufbau der Fassaden des Berliner Schlosses und jahrelangen Diskussionen über die inhaltliche Konzeption dieses größten Projektes deutscher Kulturpolitik der Gegenwart steht das Haus nun mit gleich sechs ersten Ausstellungen offen (siehe PAZ vom 23. Juli 2021).

Keineswegs vorbei ist erwartungsgemäß das Ringen um die Deutung dessen, was dort in der historischen Mitte Berlins entstanden ist. Von "Stein gewordener Kompromiss" (Gregor Mayntz in der "Allgemeinen Zeitung") über "Kolonialwarenladen eröffnet" ("taz") und "Charme eines Lastwagenabstellplatzes" (Nikolaus Bernau im rbb) bis zu "Aus diesem Haus kann etwas werden" (Christoph Stölzl in der "Welt am Sonntag") reichten die ersten Kommentare in den Medien.

Alles in allem positiv und zufrieden zeigte sich der Unternehmer Wilhelm v. Boddien, der Anfang der 90er Jahre zu

den Initiatoren der Idee eines Wiederaufbaus des Berliner Schlosses gehörte, 1994 mit dem von ihm gegründeten Förderverein eine Simulation des Schlosses in die Mitte der Hauptstadt setzte und seitdem als im positiven Sinne "Quälgeist" gegenüber Politikern, Architekten, Kunsthistorikern, Journalisten und letztlich der ganzen Öffentlichkeit solange für das Projekt warb, bis der Bundestag 2002 mit annähernder Zweidrittelmehrheit für einen Neubau mit einer Nachbildung der historischen Schlossfassaden stimmte.

Neben der Freude über die Fertigstellung des Baus ist Boddien nun vor allem darüber erfreut, dass er mit den vielen Mitstreitern seines Fördervereins die zugesagten 105 Millionen Euro Spenden für die Wiederherstellung der historischen Fassaden liefern konnte.

Dieser Teil der Geschichte ging in den Kommentaren zur Eröffnung des Humboldt-Forums jedoch weitgehend unter. Es waren die Bürger, die die historischen Fassaden wollten. Und es waren die Bürger (nicht nur Berlins), die bereit waren, dafür zum Teil tief in das Portemonnaie zu greifen - und zwar anders als die Politik durchaus in die eigene Geldbörse. Einen öffentlichen Dank dafür erhalten haben sie selten. Ganz im Gegenteil mussten sich Mäzene wie Inga Maren Otto, Witwe des Versandhausgründers Werner Otto, die mit einer Spende von einer Million Euro die Wiederherstellung des goldenen Kuppelkreuzes über dem Eingang finanzierte, auch noch Hohn und Spott gefallen lassen. Doch unbeirrt davon haben die zahllosen Spender das Humboldt-Forum zu etwas gemacht, was anfänglich niemand für möglich gehalten hat: ein Bürger-Schloss.

An diesen Willen der Bürger und ihre offenkundige Sehnsucht nach einer Reparatur der zahllosen städtebaulichen Wunden Berlins zu erinnern ist gerade jetzt geboten. Denn nach dem Humboldt-Forum, dessen inhaltliche Ausgestaltung sich noch finden muss, stehen weitere Debatten über die noch offenen Flächen in der historischen Mitte Berlins an, allen voran die unmittelbare Umgebung des Schlosses. Dass dort anstelle des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals nun die "Wippe der Einheit" entstehen soll, lässt allerdings nichts Gutes befürchten.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel: Kultur, Lebensstil. Leserbriefe: Harald Tews: Geschichte. Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung:

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin). Edyta Gladkowska (Allenstein)

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.'

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16.50 Euro, Luftpost 20.50 Euro, Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann Es gilt Preisliste Nr. 34

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb)

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

(040) 4140 08-0 Telefon Telefon Redaktion (040) 4140 08-32 Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50 Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32 (040) 4140 08-42 Telefon Vertrieb (040) 4140 08-51

Fax Vertrieb Internet: www.paz.de

E-Mail:

redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Der Katastrophen-Schuster

Wenn die Alarmsirene nicht funktioniert, nützt es wenig, wenn man auf den Alarmknopf drückt. Hinterher kann man immer noch behaupten, es wenigstens versucht zu haben, andere zu warnen. So ähnlich muss es Armin Schuster ergangen sein. Der Präsident des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) redete sich beim Versagen seiner Behörde bei der Flutkatastrophe in Westdeutschland damit heraus, dass sein Amt formal alle Richtlinien erfüllt hätte.

"Die Warninfrastruktur ist nicht unser Problem gewesen", ließ Schuster wissen, "sondern die Frage, wie sensibel reagieren Behörden, aber auch die Bevölkerung." Regionale Einrichtungen und die Menschen vor Ort seinen also schuld gewesen. Bleibt die Frage, wer denn dafür verantwortlich ist, dass Warnmeldungen ankommen. Ist es nicht die Aufgabe des BBK, dass Warnketten funktionieren?

Dabei war das BBK selbst bereits gewarnt genug, dass es 75 Jahre nach Kriegsende mit dem Katastrophenschutz im Lande nicht mehr weit her ist. Am 10. September vergangenen Jahres endete eine bundesweite Warnübung ihrerseits mit einem katastrophalen Ergebnis. Kaum eine Sirene war zu hören.

Als Konsequenz daraus wurde der Gründungsdirektor des BKK, Christoph



Bevölkerungsschützer Schuster

Unger, entlassen. Aus den Erfahrungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 und dem Elbehochwasser 2002 baute er ab 2004 die Behörde für den Bevölkerungsschutz auf. Sein Nachfolger wurde der CDU-Bundestagsabgeordnete Schuster, ein reiner Verwaltungs-Karrierist, der vor seinem Einzug in den Bundestag 2009 Direktor des Bundespolizeiamts in Weil am Rhein war.

2018 scheiterte sein Bemühen, Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu werden. Kanzlerin Merkel hatte ihr Veto eingelegt, weil er sich 2015 kritisch über sie bei der Flüchtlingskrise geäußert hatte. Als Krisenbewältiger bei der Flut hat der 60-jährige Andernacher bislang ebenso wenig geglänzt. Sollten er und das BKK keine Lehren daraus ziehen, wäre wohl die deutsche Bevölkerung Terrorangriffen, einem Kriegsfall oder einem weiteren Unwetter schutzlos ausgeliefert. H. Tews

Leben und Sterben in Davos

Lungenkranke, Künstler und NS-Größen trafen sich einst in dem Schweizer Kurort – Eine Ausstellung in Nürnberger erzählt davon

VON VEIT-MARIO THIEDE

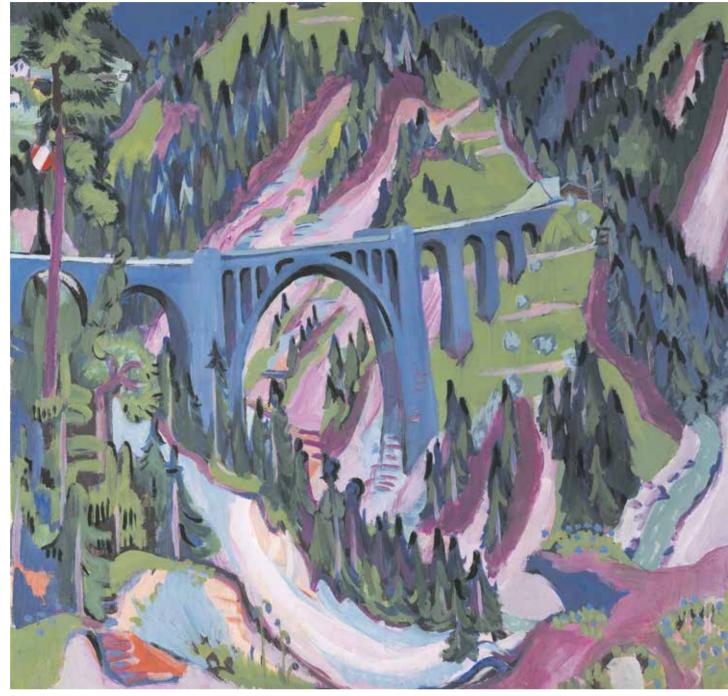
Preußische Allgemeine Zeitung

hne die Zugewanderten wäre Davos wohl ein schlichtes schweizerisches Bergbauerndorf geblieben. Wie es zur mondänen Alpenmetropole aufstieg, kann man im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg nacherleben. Die mit 200 Exponaten ausgestattete Schau "Europa auf Kur" präsentiert uns die eng mit dem internationalen Geschehen verknüpfte Davoser Kulturgeschichte von 1860 bis 1938.

Seinen glanzvollen Aufstieg verdankte Davos dem Elend der an Lungentuberkulose Erkrankten. Diese Volksseuche war im 19. Jahrhundert Todesursache Nummer eins. Man glaubte damals, es gäbe Orte, an denen die Tuberkulose aus klimatischen Gründen nicht auftrete. Zu einem solchen erklärte der nach der gescheiterten Märzrevolution 1849 in die Schweiz geflüchtete Alexander Spengler das Davoser Hochtal, in dem er als Landarzt praktizierte. Seine Höhenluftkur zielte auf die Kräftigung und Abhärtung der Patienten ab.

Die Abteilung "Spucknapf und Liegekur" stellt uns Spenglers Kuren und andere historische Methoden der Tuberkulosebekämpfung vor. Eine ihrer Koryphäen war der Karlsruher Karl Turban, der sich als Assistent Robert Kochs in Berlin mit dem neuen Fachgebiet der Bakteriologie vertraut gemacht hatte. Koch wies 1882 das "Mycobacterium Tuberculosis" als Erreger der Tuberkulose nach. Sie wird durch Einatmen infektiöser Aerosole von Mensch zu Mensch übertragen.

Seit Ende der 1940er Jahre wird die Tuberkulose mit Streptomycin und anderen Antibiotika erfolgreich behandelt. Zuvor wurde beharrlich Fieber gemessen und geröngt und gehörten die Liegekur sowie die zeitweilige Stilllegung eines Lungenflügels mit Hilfe des Pneumothoraxapparates zu den gängigen Therapiemaßnahmen. Auch in Thomas Manns 1924 veröffentlichtem Roman "Der Zauberberg" spielen sie und die "Blauer Heinrich" genannte Taschenspuckflasche tragende Rollen. Anregungen zu diesem weltberühmten Werk bezog Mann aus Davos, wo er 1912 seine Ehefrau Katia be-



Brückenschlag nach Davos: Ernst Ludwig Kirchners Gemälde "Die Brücke bei Wiesen" (1926)

Foto: Kirchner Museum Davos

suchte. Sie kurierte in einem Sanatorium einen Lungenspitzenkatarrh aus. Zu sehen sind Tage- und Notizbücher Thomas Manns. Als unbeteiligter Beobachter der Davoser Verhältnisse sprach er von "wunderlichen Milieueindrücken".

Andere Schriftsteller und Künstler kamen als Patienten. Der aus Württemberg stammende Philipp Bauknecht ließ sich 1910 wegen seiner schweren Tuberkuloseerkrankung in Davos nieder - und stellte auf seinen Bildern die erschreckenden

Seiten des Kurlebens dar. Sein gespenstischer Holzschnitt "Hochsaison in Davos" (1917/18) lässt uns in die Etagen eines Sanatoriums spähen: Wir sehen einen Sternengucker, einen Selbstmörder, ausgelassene Tänzer und einen Patienten auf dem Sterbebett.

Den deutschen Expressionisten Ernst Ludwig Kirchner trieb die Angst vor dem Fronteinsatz im Ersten Weltkrieg ins Davoser Hochtal. Die Welt der Bergbauern gab ihm nach tiefer Lebenskrise neuen

Halt und künstlerischen Elan, wie die gezeigten Graphiken und Gemälde beweisen. Kirchners Kunst konzentriert sich auf die angenehmen Seiten des Hochgebirgslebens bis hin zum Wintersport, dem er das Gemälde "Der Skispringer" (1927) gewidmet hat. Es hängt in der Ausstellungsabteilung "Schlittelsport und Eisarena". In ihr steht der vom Deutschen Klub Davos 1906 gestiftete "Kaiser-Wilhelm-II.-Becher", um den alljährlich das "Kaiser-Wilhelm-II.-Bobrennen" ausgetragen wurde. Der Kaiser hielt sich nie in Davos auf. Aber Kronprinz Friedrich Wilhelm und seine Gattin Cecilie waren wiederholt da, um Bobrennen zu fahren.

Mord und Selbstmord in Davos

In der Abteilung "Friedensinsel und Kriegsdämmerung" spielt der in Schwerin geborene Wilhelm Gustloff eine unrühmliche Rolle. Wegen seines chronischen Lungenleidens ließ er sich 1917 in Davos nieder, wo er an dem vom Königsberger Strahlenexperten Carl Dorno gegründeten Physikalisch-Meteorologischen Observatorium arbeitete. Gustloff trat 1927 der NSDAP bei. Ab 1932 war er hauptamtlicher Landesgruppenleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in der Schweiz. Er überzog die Eidgenossenschaft mit einem Netz von Stützpunkten und Ortsgruppen.

Deutsche, die damals in die Schweiz geflüchtet waren, ließ er bespitzeln. Am 4. Februar 1936 erschoss ihn der jüdische Student David Frankfurter in Davos. Traurige Berühmtheit erlangte das nach Gustloff benannte Kreuzfahrtschiff, das am 30. Januar 1945 von einem sowjetischen U-Boot in der Ostsee versenkt wurde. Beim größten Schiffsunglück aller Zeiten starben mehr als 9000 Menschen, die meisten waren ostpreußische Flüchtlinge.

Der Ausstellungsrundgang aber endet mit Kirchner. An der Wand hängt seine 1922 angefertigte Radierung eines einsamen Wanderers durch die Bergwelt. In der Vitrine davor liegt die Pistole, mit der Kirchner am 15. Juni 1938 Selbstmord beging. Im Jahr zuvor gehörte er zu den Künstlern, deren Schaffen die Nationalsozialisten als "entartet" diffamierten. Nach Kirchners Selbstmord äußerte seine Lebensgefährtin Erna: "Meine Kraft reichte nicht, ihn von der unseligen Tat zurückzuhalten. Diese Diffamierung fraß an ihm, dazu kam, dass er das Gefühl hatte, im luftleeren Raum zu schaffen."

• Bis 3. Oktober im Germanischen Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr. Eintritt: 8 Euro. Die Museums-Webseite www.gnm.de informiert über Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen. Dort finden sich auch diverse Online-Angebote zur Sonderschau

KUNSTAUSSTELLUNG

Dem Volk ins Gesicht geschaut

Berliner Gemäldegalerie präsentiert eindrucksvolle Zusammenstellungen von Meisterwerken der Spätgotik

Die Berliner Museen sind wieder geöffnet, und die Gemäldegalerie am Kulturforum lockt gleich mit einem Juwel: "Spätgotik - Aufbruch in die Neuzeit" lautet die bis zum 5. September dauernde Ausstellung, in der die Umbruchzeit von Mittelalter zur Renaissance am Beispiel der Kunst dokumentiert wird. Gezeigt werden Gemälde und Altaraufsätze, Druckgraphik, Skulptur und Kunsthandwerk aus dem mittel- und westeuropäischen Raum.

Es ist eine kleine, aber ungemein informative Ausstellung mit Meisterwerken aus allen genannten Bereichen. Was generell an dieser politisch und künstlerisch so bewegten Umbruchzeit vom Mittelalter zur neueren Geschichte fasziniert, ist die Diskrepanz zwischen noch weitgehend traditioneller Mentalität und neuen technischen Errungenschaften wie Hochund Tiefdruckstichen, Buchdruck (eine Gutenberg-Bibel wird auch in der Ausstellung gezeigt). Mit der Erfindung des Papiers wurde kurz vor 1400 das teure Pergament zugunsten sehr viel billigerer Darstellungsmöglichkeiten abgelöst. Das löste fast schlagartig eine größere Verbreitung von Graphik und Zeichnung aus.

Die traditionellen, stark von christlichen Überlieferungen geprägten Darstellungen überwiegen noch. Die gezeigten Kreuzigungsszenen haben einen drastischen, oft bei den brutalen Kriegsknechten geradezu sadistischen Ausdruck. Andererseits zeigen Mariendarstellungen bei Christi Geburt nicht mehr eine schier unnahbare Himmelskönigin, sondern eine junge Frau gleichsam aus dem Volk. Für ersteres steht die siebenteilige virtuose Karlsruher Passion (um 1450), für letz-



Ausgeprägte Individualität: Ein "Männliches Bildnis" (Anonym, um 1470-1480)

teres Werke etwa des Elsässer Malers Martin Schongauer (um 1475).

Neben Künstlern wie Albrecht Dürer und Tilman Riemenschneider, dessen vier Evangelisten des Münnerstädter Altars aus dem Bode Museum als Höhepunkt spätmittelalterlicher Skulptur gelten, lernt man damals ebenso beliebte Zeitgenossen wie Hans Multscher, Hans Pleyenwurff oder Jakob Elsner kennen. Die berührende, aus Kalkstandstein geformte Skulptur "Bildnis eines Melancholikers" von Niclaus Gerheart von Leyden, eine Leihgabe aus Straßburg, unterscheidet sich in ihrer Expressivität kaum von Werken des deutschen Expressionismus im 20. Jahrhundert. Dirk Klose

Zeitfensterkarten unter Telefon (030) 266424242 oder shop.smb.museum

MELDUNG

Durchlüften bei den Humboldts

Berlin - Im Rahmen der schrittweisen Öffnung des Humboldt Forums lädt die Veranstaltungsreihe "Durchlüften - Open Air im Schlüterhof" vom 6. August bis 11. September immer freitags zu einem Besuch in den zentralen Innenhof des wiederrichteten Berliner Schlosses ein, das jüngst eröffnet wurde (die PAZ berichtete). Bei freiem Eintritt sind ab 19 Uhr wechselnde Bühnenprogramme mit Konzertauftritten und Gesprächsrunden zu erleben. Immer sonnabends gibt es ab 12.30 Uhr und 16 Uhr ein Familienund Jugendprogramm. Daneben gibt es für Kinder ab vier Jahren ein mehrsprachiges Erzählforum, eine begehbare Installation und einen "Kunst-Kiosk". Programm und Kartenbuchung unter: humboldtforum.org. tws

HANNS SEIDEL

Ein vergessener Gestalter Bayerns

Der Name des ehemaligen Ministerpräsidenten Hanns Seidel ist selbst in Bayern für die meisten wohl höchstens noch im Zusammenhang mit der nach ihm benannten politischen Stiftung präsent. Dabei hat er nachhaltig dazu beigetragen, die CSU zur Volkspartei zu formen und den Freistaat zum wirtschaftlichen Erfolgsmodell zu entwickeln.

Geboren wurde er am 12. Oktober 1901 in Schweinheim, heute ein Stadtteil von Aschaffenburg. Der Vater, ein Kaufmann, starb früh. Seidel wurde Rechtsanwalt. Er engagierte sich ab 1932 in der Bayerischen Volkspartei, 1933 wurde er kurzzeitig durch die Nationalsozialisten verhaftet. Nach



Vor 60 Jahren gestorben: Hanns Seidel

Kriegsteilnahme und Kriegsgefangenschaft wurde er im Oktober 1945 Landrat von Aschaffenburg.

Noch im selben Jahr trat er der CSU bei. Ein Jahr später erhielt er ein Landtagsmandat. Unter Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) wurde Seidel 1947 bayerischer Wirtschaftsminister, 1952 kam der Bereich Verkehr hinzu. Bundeskanzler Konrad Adenauer hätte ihn gern als Staatssekretär im Bonner Kanzleramt gesehen, aber Seidel lehnte ab. Er blieb Minister in Bayern, bis der SPD-Politiker Wilhelm Hoegner 1954 dort eine Regierung ohne die CSU bildete.

1955 wurde Seidel Ehards Nachfolger als CSU-Vorsitzender. Im Gegensatz zu Franz Josef Strauß, gegen den er sich in einer Kampfabstimmung durchsetzte, lag ihm der öffentliche Auftritt weniger. Das wirkte sich allerdings auch ansonsten kaum nachteilig auf seine Erfolge aus. Laut einem CSU-Kenner, dem Journalisten Roman Deininger machten Seidels organisatorische Reformen "die CSU zu der schlagkräftigen Partei, die sie bis heute ist". Auch um die Klärung des damals äußerst problematischen Verhältnisses zwischen den Konfessionen innerhalb der CSU machte er sich verdient.

Nachdem Hoegners Regierungskoalition auseinandergebrochen war, wurde Seidel 1957 dessen Nachfolger. Die Öffentlichkeit nahm insbesondere das unter ihm auf den Weg gebrachte Lehrerbildungsgesetz wahr. Vor allem aber hatte er die Umformung des Freistaates vom Agrar- zum Industrieland im Blick.

1958 erlitt er einen Autounfall, von dem er sich nie wieder ganz erholte. 1960 trat er als Ministerpräsident zurück, ein Jahr später gab er auch den CSU-Vorsitz auf. Vor 60 Jahren, am 5. August 1961, ist Hanns Seidel in München gestorben. *Erik Lommatzsch*

NORDRHEIN-WESTFALEN

Von Briten erschaffen, aber auf deutschen Entwürfen beruhend

Vor 75 Jahren vereinigten die britischen Besatzer den von ihnen besetzten Teil der Rheinprovinz, die sogenannte Provinz Nordrhein, mit Westfalen zum heute bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik

VON WOLFGANG REITH

or 75 Jahren wurde mit der Militärverordnung Nr. 46 der britischen Besatzungsmacht vom 23. August 1946 das heutige Bundesland Nordrhein-Westfalen geschaffen. Ebenso wie die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg ging es aus der Erbmasse des Freistaates Preußen hervor, den die Siegermächte allerdings erst durch Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 offiziell auflösten.

Hugo Preuss

Gut zwei Monate vor der Militärverordnung, am 21. Juni 1946, hatte die britische Regierung den Beschluss gefasst, den nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz mit den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln sowie die ebenfalls preußische Provinz Westfalen zu einem Land zu vereinen. Am 17. Juli gab Sholto Douglas den Beschluss auf einer Pressekonferenz des Alliierten Kontrollrates bekannt. Drei Tage später erhielt der Düsseldorfer Oberstadtdirektor Walter Kolb die Mitteilung, dass seine Stadt künftig Hauptstadt des neuen Landes sein werde. Zum designierten Ministerpräsidenten wurde am 24. Juli Rudolf Amelunxen ernannt. Nach der offiziellen Gründung des Landes konnte der vorher und später dem Zentrum angehörende, aber zu dieser Zeit parteilose Politiker sein Amt antreten. Am 29. August stellte der gebürtige Kölner sein Kabinett vor. Am 2. Oktober 1946 fand schließlich die konstituierende Sitzung des Landtages statt, dessen Abgeordnete ebenso wie der Ministerpräsident noch von der Besatzungsmacht ernannt waren.

Walther Vogel

Oft ist das Bindestrichland als "künstliches Konstrukt" oder als Produkt einer Zwangsvereinigung bezeichnet worden. In der Tat war die Bevölkerung der beiden Provinzen zu dieser von den Briten als "Operation Marriage" (Operation Hochzeit) bezeichneten Gründung nicht befragt worden. Allerdings handelte es sich nicht um eine willkürliche Grenzziehung landfremder Mächte am grünen Tisch wie teilweise in

Afrika. Vielmehr hatte die Besatzungsmacht deutsche Fachleute zu Rate gezogen, die auf bereits in der Weimarer Republik diskutierte Pläne zurückgriffen.

Hans Baumann

Der sogenannte Vater der Weimarer Verfassung, der in Preußens Hauptstadt geborene linksliberale Staatsrechtslehrer und Politiker Hugo Preuss, hatte bereits nach dem Ersten Weltkrieg einen Vorschlag für die Neugliederung des Reichsgebietes unterbreitet, gemäß dem dieses in 14 Freistaaten aufgeteilt werden sollte. Er konnte sich damit nicht durchsetzen, doch tagten bis 1930 immer wieder Konferenzen und Kommissionen, die zahlreiche Modelle vorschlugen, dazu Karten und Statistiken erarbeiteten und sogar Beschlüsse fassten, die aber nie in die Tat umgesetzt wurden. Diesen Diskussionen um eine Reichsreform lag der Gedanke zugrunde, den Einfluss des vermeintlich übermächtigen Preußen zurückzudrängen, ja den Staat gar zu zerschlagen. In diesem Sinne hatte der im sächsischen Chemnitz zur Welt gekommene Historiker und Hochschullehrer Walther Vogel 1919 eine Schrift mit dem Titel "Deutschlands bundesstaatliche Gestaltung" vor-

Drei Jahre später promovierte Hans Baumann mit einer 1925 veröffentlichten Dissertation über das mitteldeutsche Braunkohlengebiet, in welcher der im

preußischen Landsberg an der Warthe geborene Ingenieur, Eisenbahner, Redakteur und Hochschullehrer für die Neugliederung des Reiches in elf oder zwölf "Wirtschaftsgebiete" plädierte. In diesem Zusammenhang entwarf er den Plan einer Teilung der Rheinprovinz entlang der Grenze zwischen den Regierungsbezirken Köln und Koblenz. Die Kreise Wittgenstein und Lippe-Detmold der Provinz Westfalen gliederte er mit Schaumburg-Lippe einem neuen Land mit der Bezeichnung "Niedersachsen" an. Den verbleibenden Rest der Provinz Westfalen und den Nordteil der Rheinprovinz vereinigte er zu einem Gebilde, das er "Rheinland-Westfalen" nannte und dessen Hauptstadt Köln sein sollte. Das Territorium dieses geplanten Rheinland-Westfalen entsprach weitgehend dem von NRW, allerdings erweitert um die Kreise Altenkirchen und Waldeck. Den südlichen Teil der Rheinprovinz wollte er mit Hessen zu einem Land "Rhein-Main" zusammenlegen. All diese Entwürfe orientierten sich ausschließlich an wirtschaftlichen, verkehrstechnischen, sozialen und demografischen Aspekten und ließen Traditionen wie historische Grenzen außer Acht. Das war den Menschen nur schwer zu vermitteln und minimierte die Realisierungschance von Baumanns Plan.

Helmuth James Graf von Moltke

Wie aus der Weimarer gibt es auch aus der NS-Zeit Pläne, das Reichsgebiet neu zu gliedern. Im Kriegsjahr 1943 gab es im Kreisauer Kreis um den Grafen Helmuth James von Moltke Planungen, das Reichsterritorium in zehn Länder zu gliedern. Die Kreise Minden, Warburg und Siegen-Wittgenstein von der Provinz Westfalen sollten abgetrennt und der Rest mit dem Nordteil der Rheinprovinz, ergänzt um den Regierungsbezirk Osnabrück, das Emsland und das Oldenburger Münsterland, zu einem Land mit dem Namen "Niederrhein-Westfalen" vereinigt werden.

Hermann Pünder

Die Briten ließen sich 1945/46 von deutschen Politikern aus der Weimarer Zeit beraten, die all diese Überlegungen kannten und seinerzeit zum Teil selbst in sie involviert gewesen waren. Wichtiger Ansprechpartner war vor allem Robert Lehr, seit Oktober 1945 Oberpräsident von Nordrhein. Nordthein war eine von den Besatzern am 5. Juni 1945 geschaffene Provinz und bestand aus den drei zur britischen Besatzungszone gehörenden Regierungsbezirken der Rheinprovinz Aachen, Düsseldorf und Köln. Schon am 6. Mai 1945, also noch vor der Kapitulation der Wehrmacht, hatte der vormals der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) angehörende spätere Mitbegründer der CDU ein Memorandum erstellt, in dem er sich für die Zusammenlegung des nördlichen Rheinlands mit Westfalen zu einem Land "Rheinland-Westfalen" einsetzte. Unterstützung erhielt er dabei von Hermann Pünder und Karl Zuhorn. Der im November 1945 ernannte Oberbürgermeister von Köln und der im Juni 1945 wieder eingesetzte Oberbürgermeister von Münster befürworteten wie Lehr ein solches Land. Und schließlich hieß auch der rheinische CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer, der als namhafter Politiker von den Briten um Rat befragt worden war, die angedachte Lösung für gut.

Zwei Oberpräsidenten und ihr Chef



Als Trost für die Westfalen, die ein eigenes Land erhofft hatten, wurde deren letzter Oberpräsident, **Rudolf Amelunxen**, der erste NRW-Ministerpräsident



Der Royal-Air-Force-Offizier **Sholto Douglas** war vom Mai 1946 bis zum November 1947 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone in Deutschland



Robert Lehr machte später noch in der Bundespolitik Karriere. Nach Gustav Heinemanns Rücktritt wurde er 1950 Bundesinnenminister, was er bis 1953 blieb

Nordrhein-Westfalen Westfalen

Das Wappen von NRW zeigt dessen Wurzeln: Der stilisierte Rhein, der durch eine grüne Landschaft fließt, findet sich bereits in den Wappen der Rheinprovinz und Nordrheins; das sogenannte Sachsen- oder Westfalenross stammt aus dem Wappen Westfalens; und die unten zu findende Lippische Rose der Edelherren zur Lippe stammt aus dem Wappen des Landes Lippe

Foto: Kno-Biesdorf

Karl Zuhorn

Alle vier Persönlichkeiten waren in den 1920er Jahren an den Debatten um eine Reichsreform beteiligt gewesen: Pünder als Chef der Reichskanzlei von 1926 bis 1932, Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrates von 1921 bis 1933, Lehr als Oberbürgermeister von Düsseldorf von 1924 bis 1933 und Mitglied des Deutschen Städtetages sowie Zuhorn als Landesrat beim Provinzialverband der Provinz Westfalen von 1922 bis 1932 und Oberbürgermeister von Münster von 1931 bis 1933.

Konrad Adenauer

So darf abschließend zusammengefasst werden, dass die Bildung des Landes und späteren Bundeslandes vor einem Dreivierteljahrhundert zwar eine britische Schöpfung war, sie aber gleichwohl auf deutschen Entwürfen beruhte, die schon zwei Jahrzehnte zuvor angedacht worden waren. Der Vollständigkeit halber soll nicht unerwähnt bleiben, dass es seit 1947 noch einen Dritten im Bunde gibt. Dem aus den Provinzen Nordrhein und Westfalen gebildeten Nordrhein-Westfalen, das in der Militärverordnung Nr. 46 vom 23. August 1946 bezeichnenderweise noch "Nordrhein/Westfalen" mit Schrägstatt mit Bindestrich geschrieben wurde, wurde durch die Militärverordnung Nr. 77 vom 21. Januar 1947 noch das Land Lippe als dritter Landesteil angeschlossen.



Die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches: Eine der zu Hamburgs Kaiser-Wilhelm-Denkmal gehörenden vier vollplastischen, überlebensgroßen allegorischen Bronzegruppen, die auf je eine Errungenschaft des Kaiserreiches hinweisen

BÜRGERLICHES GESETZBUCH

Kaiserliches Zivilrecht hält bis heute

Ausländische Gesetzgeber ließen sich vom heute noch gültigen BGB inspirieren. Vor 125 Jahren wurde es von Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet und im Reichsgesetzblatt verkündet

VON WOLFGANG KAUFMANN

b der Kauf der Preußischen Allgemeinen oder die Errichtung des Großflughafens Berlin Brandenburg, ob die Eröffnung eines Bankkontos oder die Klärung von Unterhaltsverpflichtungen infolge Ehescheidung, ob die Erstellung eines Testaments oder die Durchführung von Glücksspielen – all das erfordert die Berücksichtigung der einschlägigen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Gäbe es diese voluminöse Zusammenstellung von mittlerweile 2385 Rechtsvorschriften nicht, würde unser Miteinander durch permanenten Streit und zahllose Unsicherheiten geprägt sein. Das BGB ist eine Errungenschaft des Kaiserreichs und wird dieser Tage 125 Jahre alt.

Das 1871 gegründete Deutsche Reich war zunächst kein einheitlicher Rechtsraum, sondern ein Flickenteppich von mehr als einhundert verschiedenen Rechtsregionen. Dieser Zustand war der Vollendung der inneren Einheit und auch dem wirtschaftlichen Aufschwung des neuen Nationalstaates hinderlich. Allerdings stand der Herstellung der Rechtsgleichheit die der Reichsgründung vorausgegangene lange Zeit der deutschen Kleinstaaterei entgegen. Sie hatte jede Menge Fürsten hervorgebracht, deren politischer Eigensinn und stures Beharren auf Gewohnheiten die reichsweite Vereinheitlichung des Rechts zu verhindern drohte. Deshalb brachten Reichstag und Bundesrat 1873 eine Änderung der Reichsverfassung auf den Weg, welche die Gesetzgebungskompetenz des Reiches auf das Gebiet des bürgerlichen Rechts ausdehnte.

Im darauffolgenden Jahr, am 17. September 1874, trat im Reichskanzleramt in der Berliner Wilhelmstraße eine Kommission aus elf führenden deutschen Rechtsexperten zusammen, deren Aufgabe darin bestand, den "Gesamtbestand" des im Reiche geltenden Privatrechts, darunter auch die entsprechenden Teile des Allgemeinen Landrechts für die Preußischen Staaten von 1794, auf "Zweckmäßigkeit, innere Wahrheit und folgerichtige Durchführung" zu prüfen und auf dieser Basis einen Entwurf für ein reichseinheitliches Zivilrecht zu erarbeiten.

Diese Arbeit zog sich über mehr als 13 Jahre bis zum Dezember 1887 hin. Was lange währt, wird endlich gut, lautet ein Sprichwort – das für den Vorschlag der Kommission aber weniger zutraf. Das meinten zumindest die zahlreichen Kritiker, die nicht nur aus dem Kreise der Fachleute und Politiker stammten. Zu unsozial, unzeitgemäß, undeutsch, unverständlich und unsensibel gegenüber regionalen Besonderheiten sei das Werk, hieß es.

Erst die staatliche Einigung ...

Die 600 negativen Stellungnahmen von Rechtsgelehrten ließen sich nicht wegdiskutieren. Also sorgte der rührige preußische Staats- und Justizminister Hermann von Schelling dafür, dass 1890 eine zweite Kommission unter einem neuen Vorsitzenden mit nunmehr 27 Mitgliedern zusammentrat, um den Zivilrechtsentwurf

zu überarbeiten. Parallel setzte Schelling juristisch sehr versierte Beamte an die Aufgabe. Diese versorgten die Kommission mit vergleichsweise griffigen und klugen Formulierungen für die einzelnen Abschnitte des Gesetzeswerkes, welche die Adressaten schwerlich ablehnen konnten. Parallel hierzu ließ Schelling die Verhandlungen in Reichstag und Bundesrat eng takten. So waren die zahlreichen Bedenkenträger außerstande, einen wirksamen

Die Weimarer Republik, das Dritte Reich und lange auch die DDR haben das Werk aus der Kaiserzeit beibehalten

Widerstand gegen ihnen unerwünschte Passagen des neuen Gesetzbuches zu formieren. Dieses galt umso mehr, als sie im Gegensatz zu den preußischen Beamten nicht über das damals brandneue Kommunikationsmittel Telefon verfügten.

Und trotzdem wäre das Projekt bei der entscheidenden Schlussdiskussion und -abstimmung im Reichstag am 1. Juli 1896 beinahe noch an nebensächlichen Detailfragen gescheitert. Da wirkte es möglicherweise zielführend, dass den Volksvertretern trotz brütender Hitze keine Pause vergönnt war.

... dann der einheitliche Rechtsraum

Am 18. August 1896 wurde das "Bürgerliche Gesetzbuch" (BGB) wie die zentrale Kodifikation des deutschen allgemeinen Privatrechts nun genannt wurde, von Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet und im Reichsgesetzblatt verkündet. Über drei Jahre später, am 1. Januar 1900, trat es in

Obgleich sich bald angesichts der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Verbesserungsbedarf zeigte, erlangten die im BGB enthaltenen Leitbilder der Entscheidungsfreiheit, persönlichen rechtlichen Autonomie und juristischen Gleichheit aller Menschen innerhalb eines Staates große Popularität. Die Weimarer Republik übernahm vom Kaiserreich das Bürgerliche Gesetzbuch.

Nach ihrer "Machtergreifung" planten die Nationalsozialisten zwar, das BGB durch ein sogenanntes Volksgesetzbuch (VGB) abzulösen, doch kam es nie dazu. Es blieb dem mitteldeutschen "Arbeiterund Bauernstaat" vorbehalten, das Bürgerliche Gesetzbuch 1976 durch etwas anderes zu ersetzen, das "Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik" (ZGB). Dessen Intermezzo endete wie die DDR mit der deutschen Vereinigung 1990. Letztlich hat das Bürgerliche Gesetzbuch bereits zwei Weltkriege und eine Hyperinflation sowie (in Mitteldeutschland) zwei Diktaturen und vier Systemwechsel überstanden.

PHILATELIE

Traktoren zum Lkw-Jubiläum

Wie das erste Auto wurde auch der erste Lastkraftwagen in Deutschland gebaut. Ab 1894 hatte Gottlieb Daimler, Begründer der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Cannstatt bei Stuttgart, mit seinem Mitarbeiter Wilhelm Maybach an diesem Laster gearbeitet. Er war viereinhalb Meter lang, eineinhalb Meter breit und eineinhalb Tonnen schwer. Seine Nutzlast betrug ebenfalls eineinhalb Tonnen und seine Höchstgeschwindigkeit zwölf Kilometer in der Stunde.

Angetrieben wurde das Nutzfahrzeug von einem Motor, der aus dem Personenkraftwagenbau stammte. Dieser Viertakter hatte zwei Zylinder mit zusammen 1,06 Liter Hubraum. Er leistete 2,9 Kilowatt (vier PS) bei 700 Umdrehungen in der Minute.

Vor 125 Jahren, am 1. Oktober 1896, verkaufte Daimler den ersten motorisierten Lastwagen. Käufer war das British Motor Syndicate aus der Hauptstadt des Mutterlands der Industrialisierung. Bei diesem Auto handelte es sich noch um ein Einzelstück, aber bereits im selben Jahr hatte die Daimler-Motoren-Gesellschaft als weltweit erster Fahrzeugbauer ein ganzes Modellprogramm von Lastkraftwagen im Angebot mit einer Spannweite von 2,9 über 4,4 und 5,9 bis 7,4 Kilowatt. Noch heute gehört Daimler zu den führenden Lkw-Produzenten.



Daimler Motor-Lastwagen von 1896

Dieses Jubiläum wäre sicherlich eine deutsche Sonderbriefmarke wert. Und in der Tat gibt das Bundesfinanzministerium kommenden Monat nicht nur eine, sondern gleich drei Sonderpostwertzeichen "Historische Nutzfahrzeuge" in der Serie "Für die Jugend" zur Unterstützung der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. heraus. Hierbei scheint es sich allerdings um einen Zufall zu handeln, denn zu sehen sind auf den Marken nicht etwa Lastkraftwagen, sondern historische Traktoren für die



80-plus-40-Cent-Marke mit dem Porsche Diesel Master als Motiv

Land- und Forstwirtschaft. Dargestellt sind der 1958 bis 1963 gebaute Porsche Diesel Master, ein Bergmann aus dem Jahre 1906, der als der älteste Traktor Deutschlands gilt, sowie der 1923 vorgestellte Lanz HP Knicklenker. Die Werte betragen 80 plus 40, 95 plus 45 sowie 155 plus 55 Cent. Ab kommenden Donnerstag, dem 5. August, ist die von Nadine Nill aus Mössingen gestaltete Sonderpostwertzeichen-Serie in den Verkaufsstellen der Deutschen Post AG erhältlich.

Manuel Ruoff

 $12\,$ Nr. 30 · 30. Juli 2021 MENSCH~&~ZEIT Preußische Allgemeine Zeitung

VON ERIK LOMMATZSCH

ass man von einem Unbekannten von vornherein mit "Du" anstatt – zumindest zunächst – mit "Sie" angesprochen wird, ist kein neues Phänomen. Da gab es schon immer das klassisch-schlechte Benehmen oder den bewusst-provokanten Regelverstoß. Studenten halten das "Sie" untereinander seit Jahrzehnten für unpassend. Auch die Bewohner des einen oder anderen spärlich besiedelten Landstrichs kultivieren das "Du" gegenüber dem Fremden.

In anderen Ländern sind die Dinge ohnehin anders, auch das weiß man. So erfahren die Leser der erfolgreichen Kriminalromane von Arnaldur Indriðason in einem Vorsatz: "In Island duzt heutzutage jeder jeden." Dies habe man in der Übersetzung beibehalten, womit offensichtlich Atmosphäre vermittelt werden soll. Der Gedanke an die Atmosphäre ist wohl auch maßgebend für die Präsentation des schwedischen Möbelhauses IKEA. Allerdings geht es hier nicht um die Vermittlung von Eigenheiten anderer Völker, sondern um den Umgang mit Geschäftspartnern. Das penetrante "Du" gegenüber dem Kunden wird in der Werbung intensiv gepflegt. Aktuell heißt es dort: "Schau dich doch gleich mal um!"

Peinliche Szenen im Café

Die Zeiten, in denen dies in Deutschland eine Art Alleinstellungsmerkmal des besagten Einrichtungshauses war, sind vorbei, nicht erst seit gestern. Immer mehr Unternehmen glauben, diejenigen, die sie für den Kauf ihrer Produkte gewinnen wollen, ungeniert-übergriffig mit "Du" anreden zu müssen. Übrigens, dem IKEA-Vorbild folgend, fast stets in Kleinschreibung. Genannt sei etwa der US-Konzern Starbucks, der Cafés betreibt. "Wir freuen uns auf euch!", sagt man dort und war auch schon immer ganz gut darin, das "Du" auf die Spitze zu treiben.

Etwa seinerzeit mit der wahrscheinlich von Werbefachleuten empfohlenen Verkaufsvariante, dass ein Mitarbeiter an der Theke den Kunden nach seinem Getränkewunsch fragte und anschließend nach seinem Namen. Dem Vornamen. Der wurde dann laut wiederholt und auf einem Pappbecher notiert. Ein weiterer Mitarbeiter befüllte den Pappbecher und rief, abermals laut durchs Lokal, den Vornamen, und der Kunde bekam das Getränk ausgehändigt. Dass die Angelegenheit nicht nur für einige ältere Herrschaften, die Starbucks einmal ausprobieren wollten, eine furchtbar peinliche Prozedur war und diese wahrscheinlich nie wieder einen Fuß über die Schwelle der Café-Kette gesetzt haben, scheint sich nicht merklich zulasten des Umsatzes niedergeschlagen zu haben. Das "Du" ist weiterhin Markenzeichen.



Vorreiter beim Duzen: Werbung des schwedischen Möbelhauses Ikea in der Nähe von Zürich

Foto: imago images/Andreas Haas

UMGANGSFORMEN

Alles per "Du" – Distanz und Respekt bleiben auf der Stecke

Immer mehr Unternehmen sprechen ihre Kunden in der Werbung plump-vertraulich an. Der Trend greift inzwischen sogar auf den Bankensektor über

Und es breitet sich aus, bei Weitem nicht nur bei Unternehmen, die vor allem an junger Kundschaft interessiert sind wie Starbucks, und Bekleidungsanbietern wie Zalando ("Lass dir Zeit bei deiner Auswahl") oder H&M ("Hallo, komme mit deiner eigenen Einkaufstasche und erhalte Conscious-Punkte" - hier wird gleich noch eine Tat für die Umwelt beworben). Auch eine Supermarktkette wie LIDL, die wohl das gesamte Spektrum der Bevölkerung im Blick haben dürfte ("LIDL ist immer für Dich da" – immerhin in seltener Großschreibung), Autohero ("Kauf dein Auto einfach online") oder Blume 2000 ("Entdecke unseren neuen Pflanzenshop") neigen zur plumpen "Du"-Anrede. Angeschlossen haben sich die gegenwärtig sehr verbreiteten Institutionen im Zuge von Corona ("Dein Testzentrum").

Städtische Einrichtungen wie die Berliner Verkehrsbetriebe gehen ebenfalls zur Vertraulichkeit mit dem Kunden über ("Auf unserer Webseite findest du alle In-

formationen ... so machen wir Berlin erfahrbar für dich"). Die Stellenanzeige eines Leipziger Immobilienentwicklers beginnt mit den Worten: "Dein neuer Job als Vermietungsmanager ..."

Besonders bedenklich stimmt, dass der Verzicht auf Formen inzwischen sogar den Bankensektor erreicht hat. Im persönlichen Gespräch weiß die Deutsche Kreditbank (DKB) zwar immer noch, was es mit dem "Sie" auf sich hat, aber bei allgemeinen oder werbenden Hinweisen ist das ad acta gelegt. "Du interessierst dich für die Börsentrends und Tipps für dein Depot?", wird der Kunde auf der Internetseite gefragt. Auf Nachfrage ist - via mutmaßlich vorgefertigtem Textbaustein - zu erfahren: "Auf unseren Social Media Kanälen sprechen wir unsere Kund*innen schon eine Weile mit 'du' an und haben dabei sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir wollen den Bedürfnissen von 4,6 Mio Kund*innen gerecht werden und haben uns daher nun für einen Mix aus 'du' &

"Sie' entschieden." Weitere Erläuterungen "für die Anpassung unserer Kommunikation" gibt es nicht. Dem Kunden, der die Dinge anders sieht, wird gedankt, man könne "individuelle Wünsche jedoch nicht berücksichtigen".

Letztlich geht es um Nivellierung

Was waren das für Zeiten, als Alfred Herrhausen, der legendäre Deutsche-Bank-Chef, der immer Wert darauf legte, Bankier und nicht Banker zu sein, seine künftige – zweite – Frau noch mit "Sie" ansprach, als er ihr verkündete, dass er entschlossen sei, sie zu heiraten? Reichlich 40 Jahre liegt das zurück. Es gab auch Zeiten, weniger lange her, als Studenten es ablehnten, vom Ansinnen eines jovialen Dozenten Gebrauch zu machen, ihn doch einfach mit "Du" anzusprechen, was er mit seinen Kursteilnehmern im Gegenzug natürlich auch zu machen gedachte.

Inzwischen ist eine erschreckende Infantilisierung, ein Niveauverlust, ein Bil-

dungsverlust eingetreten, ein Trend, der sich immer weiter verstärkt. Gepriesen wird das "Du" als Verständigung "auf Augenhöhe", bar jeden Bewusstseins dafür, dass insbesondere im beruflichen oder geschäftlichen Umgang im Fall von Uneinigkeit ein distanziertes "Sie" sehr zur Entspannung der Lage beitragen kann. Als Kunde fühlt man sich, angesprochen mit einem platten "Du", wenig ernst genommen, ganz zu schweigen von einer Bank, die zu Investitionen ermuntern möchte, die den Preis einer Packung Kaugummi doch nicht unwesentlich übersteigen. Und es stellt sich die Frage, wie das Ganze zu dem gegenwärtig überall zu vernehmenden Schrei nach "Respekt" passt.

Vor allem aber reihen sich diejenigen, die das allgemeine "Du" für "angesagt" halten und entsprechend fördern, bewusst oder unbewusst in eine politische Strömung, die nach Nivellierung sowie leistungs- und autoritätsfeindlicher Einebnung strebt.

PSYCHOLOGIE

Wenn falsche Erinnerungen eingetrichtert werden

Unser Gedächtnis mischt Vergangenes mit Eingebildeten. Das kann gefährliche Folgen haben

Immer mehr Menschen geben heutzutage an, in der Kindheit oder später sexuell missbraucht beziehungsweise belästigt worden zu sein oder unter Diskriminierung gelitten zu haben. Hieraus entstanden inzwischen sogar sozialpolitische Bewegungen wie MeToo und MeTwo. Dabei kann das autobiographische Gedächtnis, in dem die lebensgeschichtlich relevanten Erfahrungen gespeichert sind, durchaus trügen.

Wissenschaftler wie der israelischamerikanische Nobelpreisträger Daniel Kahneman meinen sogar, dass Erinnerungsfehler die Regel und keinesfalls die Ausnahme seien. Dies resultiere aus der Arbeitsweise unseres Gehirns. Und tatsächlich rufen wir Erinnerungen nicht wie Fotos, Filme oder Textseiten ab, sondern rekonstruieren sie aus diversen unbewusst festgehaltenen Erlebnisfragmenten, die je nach Situation zu einem vermeintlich stimmigen Ganzen zusammengefügt werden.

Fremde Erfahrungen übernommen

Dabei gehen aber jedes Mal Informationen über das real Geschehene verloren, während immer neue, eigentlich nicht dazugehörige Versatzstücke aus den Tiefen des Gedächtnisses auftauchen und plötzlich eine Rolle zu spielen beginnen. Das heißt, in unsere autobiographischen Erinnerungen kann auch Gelesenes, Gehör-

tes oder irgendwie Gesehenes einfließen – die Erfahrungen anderer werden so unsere eigenen. Manchmal vermag ein Außenstehender dies zu erkennen, wenn es immer wieder um dasselbe Ereignis geht und dessen Beschreibungen einander widersprechen.

Ansonsten ist es auch durchaus möglich, das autobiographische Gedächtnis zu manipulieren – beispielsweise, um Scheinerinnerungen an Missbrauch, rassische Diskriminierung oder ähnliches zu wecken. Dies konnte die US-amerikanische Psychologin Elizabeth Loftus in zahlreichen Experimenten nachweisen. Es genügte bereits, den Probanden zu erzählen, dass ein bestimmtes Ereignis in

ihrer Kindheit stattgefunden habe, und die "Erinnerung" daran setzte bei immerhin 25 Prozent der Versuchspersonen ein. Später steigerte die deutsch-kanadische Rechtspsychologin Julia Shaw diese Quote durch ein noch ausgefeilteres Vorgehen sogar bis auf 70 Prozent: So hoch lag der Anteil ihrer Probanden, welche glaubten, sich daran zu erinnern, in der Vergangenheit kriminelle Handlungen begangen zu haben, obwohl dies nicht stimmte.

Kritik an forschen Therapeuten

Eine wichtige Rolle bei der Erzeugung von Scheinerinnerungen spielt Vertrauen. Das sorgt dafür, dass die Suggestion des fiktiven Ereignisses glaubwürdiger ausfällt. Und das macht das Ganze so gefährlich. Im Regelfall vertrauen Patienten ihren Psychotherapeuten. Wenn diese nun meinen, die seelischen Probleme der Klienten resultierten aus traumatischen Erlebnissen in der Vergangenheit, dann versuchen sie oftmals, die Erinnerung daran zu wecken.

Wird dabei zu forsch agiert, ist die Katastrophe vorgegeben: Plötzlich stehen unschuldige Personen als Vergewaltiger oder Ähnliches da. Das führte inzwischen auch schon zu ersten Klagen gegen Psychotherapeuten wegen Unprofessionalität. Dabei weiß aber letztlich niemand, wie hoch die Dunkelziffer bei den Scheinerinnerungen liegt. W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung Gegründet 1950 Nr.30 · 30. Juli 2021

DEUTSCHE MINDERHEIT

"Einheit in der Vielfalt"

Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit veranstaltete ihre diesjährige Feier wieder im Freien

VON DAWID KAZANSKI

eder die Juli-Hitzewelle noch Corona durch-kreuzten die diesjährige Durchführung des "Tages der Nationalen und Ethnischen Minderheiten" der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit. Im vergangenen Jahr konnte die Veranstaltung wegen der Corona-Pandemie nur als Online-Wettbewerb durchgeführt werden.

Wie in den vergangenen Jahren fand die Feier im Freien, in der wunderschönen Seelandschaft der Kosakensiedlung Ataman in Allenstein, statt. Da das Ziel des Treffens ist, verschiedene Gruppen, aktive Vereine sowie Vertreter nationaler und ethnischer Minderheiten zusammenzubringen, ihr künstlerisches und publizistisches Werk zu präsentieren sowie ihren kulturellen Reichtum zu zeigen, wurden am 10. Juli Musik- und Tanzgruppen neben Künstlern aus verschiedenen Kulturkreisen eingeladen. Zu den Ehrengästen gehörte die Band Chanajki aus Białystok. Die Musikgruppe, die 2006 aus der Faszination für die Klezmer-Musik und zur Bewahrung jiddischer Musik, Lieder und Kompositionen gegründet wurde, stellte ihr breit gefächertes Repertoire vor.

Ein weiterer besonderer Gast der Veranstaltung war die Musikgruppe Horpyna, ein führender Vertreter der ukrainischen Musikszene in Polen. Seit 1999 entwickelte Horpyna ihren Stil vom traditionellen Folk über traditionelle Folklore bis hin zu eigenen Kompositionen mit folkloristisch-rockigem Charakter. Die Musiker brachten das Publikum in Stimmung, viele begannen sogar zu tanzen. Außerdem traten auf der Bühne die Vertreter der ukrainischen Minderheit Amelia Kuształa und Wiktor Piszczako, die Tanzgruppe Saga aus Bartenstein, der Chor der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit sowie die Tanz- und Gesangsgruppe "Tannen" der Deutschen Gesellschaft "Tannen" in Osterode auf.

Die Feier wurde durch die Anwesenheit des Stadtpräsidenten von Allenstein, Piotr



In der Kosakensiedlung Ataman: Auftritt des Chores der Neidenburger Gesellschaft Deutscher Minderheit

Foto: D.K.

Grzymowicz, gewürdigt, der in seiner Rede die Bedeutung der "Einheit in der Vielfalt" betonte: "Wir sind sehr froh, dass wir unsere Kulturen kennenlernen und uns wie Freunde unterhalten können, besonders in einer so schwierigen Zeit für uns alle. Wir wissen, wie wichtig Toleranz und der respektvolle Umgang mit den Ansichten anderer ist. Ich bin überzeugt, dass wir freundliche Beziehungen zueinander pflegen, miteinander zusammenarbeiten, Meinungen austauschen und Brücken zwischen den verschiedenen Bewohnern unserer Region bauen können."

Dem Stadtpräsidenten schloss sich der Vorsitzende des Ausschusses für Nationale und Ethnische Minderheiten des Woiwodschaftstags Ermland-Masuren, Jarosław Słoma, an, der auf die kulturellen und historischen Werte im Zusammenhang mit dem Aufbau einer besseren Zukunft hinwies: "In Ermland und Masuren ist es für

"Wenn wir wollen, dass die polnischen Bürger im Ausland gut behandelt werden, sollten wir auch die Vertreter der unter uns lebenden Minderheiten gut behandeln""

Jarosław SłomaAusschuss-Vorsitzender
für Minderheiten, Allenstein

uns selbstverständlich, unsere Traditionen zu pflegen. Wir erinnern uns an den Glauben und die Nationalität unserer Vorfahren. Anknüpfend an diese Tradition wollen wir die gemeinsame Zukunft gestalten. Wenn wir wollen, dass die polnischen Bürger im Ausland gut behandelt werden, sollten wir auch die Vertreter der unter uns lebenden Minderheiten gut behandeln."

Unter den prominenten Vertretern der Lokalbehörden und Ehrengästen befanden sich der Leiter des Woiwodschaftstags Ermland-Masuren, Wiktor Marek Leyk, die Vorsitzende des Internationalen Ausschusses, Teresa Astramowicz-Leyk, der ehemalige Stadtpräsident von Allenstein und Marschall der Woiwodschaft, Andrzej Ryński, sowie die Vertreter der Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen, Waldemar Malewski und Werner Schaffrin. Von der ökumenischen Atmosphäre, in welcher der Tag der nationalen Minderhei-

ten stattfand, zeugte das gemeinsame Vaterunser-Gebet, das von Pfarrer André Schmeier, dem Seelsorger der Deutschen Minderheit, und Łukasz Stachelek, dem Pfarrer der Evangelisch-Augsburgischen Gemeinde in Allenstein, geleitet wurde.

Die Geistlichen gaben den Versammelten ihren Segen und Pfarrer Stachelek fügte hinzu: "In der ökumenischen Bewegung gibt es einen Satz: Einheit in der Vielfalt. Mit diesen Worten können wir darauf verweisen, dass es sich trotz der vielen Unterschiede, die zwischen den Religionen bestehen, lohnt, danach zu suchen, was uns verbindet. Trotz der Tatsache, dass wir uns unterscheiden, können wir in vielen Dingen einig sein. So verschieden, so unterschiedlich, schaffen wir eine Einheit. Durch Einheit können wir uns gegenseitig Brüder und Schwestern sein."

In den Auftrittspausen der Bands konnten sich die Verbände und Organisationen nationaler und ethnischer Minderheiten vorstellen. Es wurden Stände vorbereitet, an denen jede dieser Gruppen die Möglichkeit bekam, ihre Bücher, Zeitschriften sowie Informationen über ihre Organisationen, Kunsthandwerk, Gerichte, Kostüme oder CDs anzubieten.

In diesem Jahr sorgte die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit als Organisatorin der Veranstaltung für eine Vielzahl von Attraktionen für die Jüngsten. Auf die Kinder warteten Stände mit Gesichtsbemalung, Seifenblasen, ein Luftballonzoo, der Besuch eines lebenden Maskottchens und viele andere Spiele. Daneben gab es für Jung und Alt eine kleine Ausstellung von Oldtimern.

Der diesjährige Tag der nationalen und ethnischen Minderheiten war möglich dank der finanziellen Unterstützung mehrerer Institutionen, nämlich dem Ministerium für Inneres und Verwaltung in Warschau, dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Familie und Soziales, dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Danzig sowie der Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen.

ALLENSTEIN

Umstrittenes Mahnmal soll Museum des Ortes werden

Ausstellung zur "Mythologisierung der Erinnerung" regt zum Nachdenken über die Rolle des Sowjetdenkmals an

Einen Monat lang wae auf dem Dunikowski-Platz in Allenstein eine Freiluftausstellung mit dem Titel "Denkmäler der Dankbarkeit - die Mythologisierung der Erinnerung" zu sehen. Ihre Hauptaufgabe war es, das Wissen über die Handlungen der Roten Armee im südlichen Ostpreußen im Jahr 1945 zu verbreiten. Die Ausstellung, die vom Wojciech-Kętrzyński-Nordinstitut in Zusammenarbeit mit der Polnischen Akademie der Wissenschaften vorbereitet worden war, befand sich in der Nähe des ehemaligen Denkmals der "Dankbarkeit gegenüber der Roten Armee", dessen Name Anfang der 1990er Jahre in "Denkmal der Befreiung des Ermlands und Masurens" geändert wurde.

Das umstrittene Mahnmal wurde im Jahr 1954 nach einem Entwurf von Xawery Dunikowski errichtet. Aufgrund seines künstlerischen Wertes ist es seit 1993 im Denkmalregister eingetragen, fällt also nicht unter das "Entkommunisierungsgesetz". Die Stadtverwaltung beauftragte deswegen einen Ausschuss mit der Auswertung zuverlässiger historischer Materialien, die in Form einer Dauerausstellung am Denkmal präsentiert werden



Im Zentrum von Allenstein: Tafeln erzählen die Geschichte des Denkmals Foto: D.K.

sollte. Diese wurde jedoch bis heute nicht eingerichtet. Das Nordinstitut zeigte deshalb eine zeitlich begrenzte Freiluftausstellung. Das Aufstellen von Ausstellungstafeln war eine Reaktion auf die Initiative der Gesellschaft Heiliges Ermland, die dazu aufgerufen hatte, das sogenannte Museum des Ortes auf dem Platz zu errichten, auf dem sich derzeit der große Parkplatz mit dem Mahnmal befindet.

Das Museum soll sich mit der Entstehung und der Geschichte der Schaffung des Denkmals der Dankbarkeit für die Rote Armee auseinandersetzen und mit der Rolle, die das Monument in der Volksrepublik Polen spielte und es soll zeigen, wie die "Befreiung", das heißt, die Eroberung Ostpreußens, durch die Rote Armee vonstatten ging. Zudem soll es an die Orte des Leidens des polnischen Volkes erinnern.

Die Ausstellung enthielt multimediale Elemente. Dank QR-Codes konnte man sich Dokumentarfilme und Propagandawochenschauen aus dieser Zeit ansehen. Begleitend zur Ausstellung wurde der Katal "Denkmäler der Dankbarkeit - Mythologisierung des Gedächtnisses" herausgegeben. Es scheint eine äußerst wichtige Initiative des Nordinstituts zu sein, weil sie zu einem Impuls für die Entscheidung werden kann, was mit diesem Ort geschehen soll. Nachdem alle Aktionen, die den Abriss des Mahnmals forderten, erschöpft waren, herrschte für lange Zeit Schweigen. Wegen fehlender Mittel hat die Stadtverwaltung nicht vor, den Platz zu erneuern, auf dem das Museum des Ortes errichtet werden soll. Einige kritische Stimmen hoffen, dass der Kulturminister, der nicht dbeabsichtigt, das Denkmal aus dem Denkmalregister zu streichen, die Kommunalverwaltung zumindest bei der Finanzierung des geplanten Museums unterstützen möge. D.K.

Lieber Papa, lieber Paul, lieber Opa, im Juli 1941

bist Du in Karwik, Kreis Johannisburg, Ostpreußen,

als Sohn des Kaufmanns Wilhelm Macht geboren.

ANZEIGE

Wir gratulieren...



Zum 102. Geburtstag

Curioni, Edith, geb. Worat, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. August

Zum 100. Geburtstag

Kurschat, Herta, geb. Augustin, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 31. Juli

Röbig, Erna, geb. Kattenberg, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 2. August

Zum 99. Geburtstag

Feuerer, Gerda, geb. Rinas, aus Treuburg, am 30. Juli

Reimers, Herta, geb. Kröhnert, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 1. August

Schmitter, Selma, geb. Sucht, aus Stucken, Kreis Elchniede-rung, am 1. August

Stahnke, Irmgard, geb. Redwanz, aus Lyck, Bismarckstraße 37, am 30. Juli

Zum 98. Geburtstag

Klemme, Erna, geb. Zitzewitz, aus Tykrehnen, Kreis Fischhausen, am 1. August

Tresp, Rosemarie, aus Glinken, Kreis Lyck, am 30. Juli

Zum 97. Geburtstag

Kremer, Ewald, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 3. August

Willuhn, Elisabeth, geb. Schramma, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 1. August

Zum 96. Geburtstag

Greiner, Lore, geb. Preuß, aus Lyck, Soldauer Weg 5, am 2. August Neumann, Carl Franz, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 3. Au-

Fischhausen, am 2. August

PAZ wirkt!

Zum 95. Geburtstag

Ahlbrecht, Charlotte, geb. Kulz, aus Milken, Kreis Lötzen, am 5. August

Nußberg, Kreis Lyck, am 3. Au-

Proechtel, Elga, geb. Bendzko, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 4. August

Prusak, Edith, geb. Gedack, aus Wehlau, am 31. Juli Wehlau, am 30. Juli

Zum 94. Geburtstag

Hoffmann, Irma, geb. Kattoll, aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 3. August

Meyer, Ruth, geb. Lojewski, aus Treuburg, am 4. August Oberg, Elfriede, geb. Schulz, aus

Jürgen, Kreis Treuburg, am 30. Juli Pautsch, Rosa, geb. Dietrich, aus

Inse, Kreis Elchniederung, am Zum 91. Geburtstag Peip, Elli, geb. Jedamzik, aus

Lyck, General-Busse-Straße 1, am 31. Juli Plikat, Ruth, geb. Nickel, aus

Treuburg, am 1. August Speicher, Käte, geb. Summek, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am

30. Juli Stolz, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August

Wilke, Ruth, geb. Braczko, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 1. Au-

Zum 93. Geburtstag

Melchert, Alice, geb. Ohlenholz, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 3. August

Puls, Hildegard, geb. Wissigkeit, aus Gallgarben, Kreis Fischhausen, am 30. Juli

Raski, Johanna, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 1. August

Roziewski, Heinz, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 3. August Schröder, Edith, geb. Bienderra, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am

Reuther, Elfriede, geb. Kreuzen- Auglitten, Kreis Lyck, am 31. Juli stein, aus Groß Hubnicken, Kreis Werner, Lore, geb. Sadowsky, aus Soffen, Kreis Lyck, am 1. August

Zum 92. Geburtstag

Bierfreund, Brunhilde, geb. Bytzek, aus Weidicken, Kreis Wehlau, felde, Kreis Lyck, am 31. Juli

am 5. August

Bode, Irene, geb. Naumann, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 4. August

Michel, Elfriede, geb. Klahr, aus Brasgalla, Eitel, aus Niosty, Soldau, Kreis Neidenburg, am 5. Au-

> Butanowitz, Erna, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. August

Fohs, Gerd, aus Tapiau, Kreis Kinne, Irmgard, geb. Buddrus,

aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 5. August Lissak, Betty, geb. Kreutzen-

stein, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 5. August Wiele, Ruth, geb. Schirrmann, aus Argendorf, Kreis Elchniede-

rung, am 30. Juli Woldeit, Ruth, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 31. Juli

Hartwig, Elfriede, geb. Froehlich, aus Mohrungen, am 31. Juli Holthaus, Margot, geb. Laukien, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am

Kleinschmidt, Martha, geb. Antke, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. August

Laupichler, Elisabeth, geb. Brockschmidt, Kreis Wehlau, am 2. August

Panskus, Rose-Marie, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am Scholz, Johanna, geb. Ballay, aus

Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 1. August Skorczyk, Jürgen, aus Preußisch

Eylau, am 3. August Stier, Traute, geb. Eigenfeldt, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniede-

rung, am 1. August Syperek, Horst, aus Wiesenhöhe. Kreis Treuburg, am 3. August Tyburcy, Melitta, aus Prostken,

Kreis Lyck, am 30. Juli Uhlke, Ursula, geb. Karpinski, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 2. Au-

Wiechmann, Hildegard, geb. Gollan, aus Groß Schöndamerau, Weber, Erika, geb. Keller, aus Kreis Ortelsburg, am 4. August

Zum 90. Geburtstag

Boock, Gerda, geb. Aukthun, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 3. Au-

Brosziewski, Heinz, aus Lübeck-

Conrad, Horst, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 4. August Karrasch, Erika, geb. Maletzki, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am

Koloska, Elfriede, geb. West-

Machander, Ilona, geb. Dobringski, aus Gut Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 3. Au-

Napiwotzki, Reinhold, aus Rog-

Pauloweit, Harry, aus Wehlau, am 2. August

Schauer, Helga, geb. Tiede, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniede-

Wunderlich, Waltraut, geb. Lange, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 29. Juli

Zum 85. Geburtstag

Beyer, Rosemarie, geb. Münchow, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Juli

Conradt, Siegfried, aus Conradswalde, Kreis Fischhausen, am 2. August

Leonhardt, Doris, geb. Riechert, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Juli

Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 3. August

winski, aus Lyck, am 2. Au-gust Müller, Siegfried, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 1. August

2. August

Parodat, Alfred, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 31. Juli Piasta, Oskar, aus Lyck, am 5. Au-

4. August

phal, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 4. August

gen, Kreis Neidenburg, am 1. Au-

rung, am 3. August

Weiss, Edith, geb. Mauer, aus Bergdorf, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. August

Behrend, Hedwig, geb. May, aus Jesau, Kreis Preußisch Eylau, am

Ludwig, Elly, geb. Kerlin, aus

Menden, Marianne, geb. Czer-

Neumann, Erwin, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am

Pidun, Werner, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 1. August Pistor, Ingrid, geb. Ludorf, aus 30. Juli Neumalken, Kreis Lyck, am Lorenz, Ingeborg Hedwig, geb. 30. Juli Rogowski, Arnold, aus Klein Las-

ken, Kreis Lyck, am 3. August Ruttkowski, Werner, aus Gardenau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli

5. August

Staege, Traute, geb. Kraffzik, aus Funken, Kreis Lötzen, am 1. Au-

Zu Deinem

80. Geburtstag

gratulieren wir Dir

ganz herzlich

und wünschen Dir

das Allerbeste.

Deine Kinder

Beate, Rüdiger sowie Udo

Ehefrau Ilse

und die Enkelkinder.

Tretzak, Kurt, aus Lyck, am Wichmann, Hiltraut, geb. Jor-

zik, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 2. August

Zum 80.Geburtstag

lau, am 30. Juli

Benecke, Margret, geb. Tulowitzki, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli

aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 4. August Gocht, Margret, geb. Gonschor-

rek, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 3. August Hermanns, Irene, geb. Schmodat, aus Pelkeninken, Kreis Weh-

Hoppe, Hans-Joachim, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 4. Au-

Klassen, Peter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. August Kreklau, Renate, geb. Bluhm, aus Schertingswalde, Kreis Mohrun-

gen, am 4. August Krüger, Käte, geb. Gruber, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am

Koschinski, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 4. August Ludzinski, Reinhard, aus Georgenthal, Kreis Mohrungen, am Lux, Dietmar, aus Ortelsburg, am

Paul Hacht

Metz, Inge, geb. Wohlgemuth, aus Liebwalde, Kreis Mohrungen, am 31. Juli

Meyer, Helga, geb. Kempka, aus Waldsee, Kreis Ortelsburg, am

Onnasch, Marianne, geb. Stadie, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. August Plewka, Siegfried, aus Saiden,

Kreis Treuburg, am 30. Juli Schröder, Adelheid, geb. Peterson, aus Heinrichswalde, Kreis Etsch, Monika, geb. Riemann, Elchniederung, am 30. Juli Tusch, Reinhard, aus Ramecks-

felde, Kreis Lyck, am 3. August Wunder, Monika, geb. Schubert, aus Königsberg, am 29. Juli

Zum 75. Geburtstag Bühse, Helga, Kreisgemeinschaft

Lötzen, am 5. August Dzimbritzki, Eckart, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 2. Au-



Zusendungen für die Ausgabe 32/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 32/2021 (Erstverkaufstag 13. August) bis spätestens Dienstag, den 3. August, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke Telefon (040) 4140080 E-Mail: selke@paz.de



Hinweis

Alle auf den Seiten "Glückwünsche" und "Heimat" abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widerspre-

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

24. bis 26. September: Ge-

Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen

schichtsseminar in Helmstedt 11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

nalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis) **5. November:** Arbeitstagung

der Landesgruppenvorsitzen-

16./17. Oktober: 13. Kommu-

den (geschlossener Teilnehmerkreis) 6./7. November: Ostpreußi-

sche Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) 7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/ lo/seminare.html



Gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit "Am 17. Juni 1991 wurde in Bonn der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Dass der Vertrag auch 30 Jahre später noch Bestand und Zukunft hat, zeigt das Treffen des LO-Sprechers Stephan Grigat (Bildmitte) mit dem Vorsitzenden der Kommission für ethnische und nationale Minderheiten beim Sejmik, Herrn Jarosław Słoma (2. v.l.). Am Gespräch über die erfolgreiche Zusammenarbeit und gute Beziehungen haben auch der Beauftragte des Marschalls in der Woiwodschaft Ermland und Masuren für nationale und ethnische Minderheiten, Herr Wiktor Marek Leyk (1. v.l.), der Vorsitzende des Verbands der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, Herr Heinrich Hoch (2. v.r.), und Alexander Grigat (1.v.r.) teilgenommen."

Foto: LO

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@ low-bayern.de, www.low-bayern.de

Monatstreffen

Hof – Zum ersten Mal nach acht Monaten konnte der Vorsitzende Christian Joachim die Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, im Vereinslokal begrüßen.

Die Freude über das Wiedersehen war zu hören und zu spüren. Sofort wurde im neuen Mitteilungsblatt geschmökert. In lebhaften Gesprächen brachte man sich auf den aktuellen Stand, fragte nach nicht Anwesenden und lauschte danach den Ausführungen des Vorsitzenden. Christian Joachim informierte über Vereinsinterna und erheiterte die Gesellschaft mit einem Ausschnitt aus "So zärtlich war Suleyken" von Siefried Lenz zum Thema Impfen. Kulturwart Bernd Hüttner stellte, ebenfalls im Hinblick auf das Impfen, als Prominenten des Monats den 1910 in Gradlitz geborenen Chirurgen und Schriftsteller Hans Graf von Lehndorff vor.

Nach zwei geselligen Stunden wurde beschlossen, in diesem Jahr die Sommerpause ausfallen zu lassen. Das nächste Treffen findet deshalb am Sonnabend, dem 7. August, um 15 Uhr in der Altdeutschen Bierstube in der Marienstraße statt. Gäste sind herzlich willkommen.

Prominente des Monats Juli

Hans Graf von Lehndorff

Bei der Monatsversammlung im Juli stellte Kulturwart Bernd Hüttner den Prominenten des Monats vor. Hans Graf von Lehndorff wurde am 13. April 1910 in Graditz als Sohn des dortigen Landstallmeisters Siegfried Graf von Lehndorff geboren. Ab 1922 lebte er auf dem Medizin in Genf, Paris, München, Königsberg und zuletzt in Berlin, wo er im Wintersemester 1936/37 seine Examensprüfung erfolgreich ablegte.

Nach einiger Zeit als Medizinalassistent in Berlin ging er als Assistenzarzt nach Insterburg nahe Trakehnen, wo er sich auf die Chirurgie spezialisierte. Dort wurde er auch Mitglied der Bekennenden Kirche, die sich dem Widerstand gegen Hitler verschrieben hatte. Die Einkesselung Königsbergs und die Eroberung der Stadt durch die Rote Armee im April 1945 erlebte er als Arzt im Wehrmachtslazarett. Anfang 1945 begann er auch mit den Aufzeichnungen für sein Ostpreußisches Tagebuch.

Im Oktober 1945 flüchtete Hans von Lehndorff in den polnischen Teil Ostpreußens, wo er bis zu seiner Ausweisung nach Westdeutschland 1947 illegal lebte und als Arzt arbeitete. Dort suchte er mit seiner Schwester Erna die Gräber seiner Familienangehörigen. Nur seinem Vater Graf Siegfried Lehndorff war 1945 die Flucht nach Westdeutschland geglückt, wo er 1956 starb. Seine Mutter und ein Bruder wurden auf der Flucht erschossen, zwei Brüder fielen im Krieg und Bruder Georg starb 1943 an einer Hirnblutung.

Ab 1947 lebte der Graf in Bad Godesberg. 1950 nahm er seinen Beruf als Arzt wieder auf. Er heira-

tete 1952 Margarethe Finck von Finckenstein, die ihn bei seiner Arbeit über viele Jahrzehnte un-terstützte und ihm zwei Kinder gebar.

Neben seiner Tätigkeit als Arzt und Schriftsteller gehörte Lehndorff ab 1949 dem Johanniterorden als Ehrenritter und ab 1952 als Rechtsritter an. Von 1954 bis 1962 führte er die Preußische Genossenschaft des Johanniterordens als Kommendator. Sein 1968 gedichtetes Lied "Komm in unsre stolze Welt" ist als Nr. 428 im Evangelischen Gesangbuch (EG) enthalten.

Nach langer schwerer Krankheit verstarb Hans Graf von Lehndorff wenige Monate nach seiner Ehefrau Margarethe am 4. September 1987 in Bad Godesberg. 2006 wurde eine Straße in Bonn nach ihm "Graf-Lehndorff-Straße" benannt.

Bekannt wurde Lehndorff besonders durch seinen Bericht "Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947", das er 1947 niederschrieb. Von dem 1961 zum ersten Mal erschienenen Buch gibt es inzwischen 21 Auflagen.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Heimatnachmittag

Bad Oldesloe/Tremsbüttel – Im Juli waren die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel zu Gast bei Landsmann Herbert Kranig in Tremsbüttel. Er hat von Boris Makarowski die Kassengeschäfte übernommen und stellte einen Kassenbericht vor.

Thema des Nachmittags war die Reichsstraße Nr. 1 von Aachen über Berlin nach Königsberg bis Eydtkuhnen – ab 19. November 1999 Bundesstraße Nr. 1, und zwar in ihrem ersten Abschnitt von Aa-Gestüt in Trakehnen. Er studierte chen bis Berlin. Sie ist eine uralte den Woche bei Herrn Legies, Tele-Handelsstraße aus dem Mittelalter. Zuerst waren es Trampelpfade, die zu Wegen wurden. Man musste Stellen finden, um die Mittelgebirge zu überqueren. Der im frühen 20. Jahrhundert aufkommende Autoverkehr erforderte eine Neuordnung des Straßensystems. So war die Fernstraße ab 1934 zur Reichsstraße Nr. 1 geworden, da die Verantwortung auf das Reich überging.

> Wir verlassen Aachen mit seinem 795-803 errichteten Dom, dessen neugotischer Glockenturm an den Turm des Königsberger Schlosses erinnert und kommen zum Gut Kniprath bei Monheim, dem Geburtsort von Winrich von Kniprode, der später als Hochmeister des Deutschen Ordens von 1351 bis 1382 auf der Marienburg regierte.

> So kommen wir nach Duisburg, der Patenstadt von Königsberg, mit dem größten Binnenhafen Europas. Im Hochspeicher ist das Landesarchiv untergebracht. In Hameln erinnern wir uns an den Rattenfänger, der in bunter Kleidung mit Trommeln und Flöten neue Siedler in osteuropäische Länder gebracht haben soll. Schon 1167 ist Hildesheim als Marktsiedlung nachgewiesen – eine Stadt der Handwerker, Händler und Bürger.

Weiter auf der R1 wird Braunschweig erreicht. Seine Ursprünge gehen zurück in das 9. Jahrhundert. Durch Heinrich den Löwen

(1129/30-1195) wurde es zu einem mächtigen Handelsplatz. Heute ist die Stadt Standort für Wissenschaft und Forschung. Unsere Reise geht weiter nach Wolfenbüttel, im 10. Jahrhundert am Fluss Oker gegründet. Lessing war hier als Bibliothekar tätig. Wolfsburg wurde als Stadt im Grünen gegründet, im Norden wurde das VW-Werk gegründet. Volkswagen ist heute ein Weltkonzern. Helmstedt kennen wir bis 1989 als innerdeutsche Grenzstadt, Marienborn war die Grenzübergangsstelle.

Wir erreichen Magdeburg, vor dem Krieg eine barocke Stadt, die sich in den letzten 30 Jahren gut entwickelt hat. Die alte R1 verlief durch die Stadtmitte, die heutige B1 geht nördlich an der Stadt vorbei. Brandenburg an der Havel sollte zunächst die Hauptstadt Preußens werden. Heute ist Brandenburg eine der schönsten Städte der Mark, reich an Tradition und Kultur. Die Residenz wurde dann Potsdam, unser nächstes Ziel der R1. Im Wege auf Berlin zu wird die Rı zu einer prächtigen Chaussee. Auf der R1 geht es dann weiter nach Norden. Die Teilnehmer verfolgten die Reiseroute mit großem Interesse und freuten sich auf die Weiterreise nach Königsberg und Eydtkuhnen. "Und die R1 ging doch am Grundstück meiner Großeltern vorbei", stellte eine Teilneh-Schluss merin am fest.

Veranstaltungen finden statt

Gisela Brauer

Flensburg - Der Vorstand der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V. freut sich, dass die Veranstaltung am 12. August wie geplant stattfinden kann, wenn auch unter Corona-Bestimmun-

14.30 Uhr: Kaffee und Kuchen Sportheim SV-Adelby (gegen Bezahlung)

16 Uhr: Orgelkonzert in der Kirche Adelby mit Sven Rösch (um eine Spende wird gebeten)

Anmeldung in der vorgehenfon (0461) 32006 oder Frau Kunde (0461) 91170.

Herzlichst Ihr Michael Weber

Neumünster - Nach so langer Corona-Pandemie ist nun wieder mit einigen Auflagen - eine Veranstaltung unserer Landsmannschaft möglich. Ja, jeder Ostpreuße braucht einen Landsmann zum "Auserzählen". Es gibt viel zu beschabbern, wir haben inzwischen viel erlebt und aus der Gruppenarbeit – Jahreshauptversammlung - wird auch berichtet.

Einige Corona-bedingte Regeln gibt es, die wir beachten müssen: Maskenpflicht bis zum Tisch, 30 bis 40 Personen im Raum sind zulässig mit Abstand an 10er Tischen. Jeder Teilnehmer kommt freiwillig und ist für sich selbst verantwortlich, die zweimalige Impfung oder ein gültiger Testnachweis mit Personalausweis ist erforderlich. Das Testzentrum in der Stadthalle kann genutzt werden. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen! Die Veranstaltung findet am Mittwoch, dem 11. August um 15 Uhr im Restaurant der Stadthalle am Kleinflecken, statt. Anmeldungen bitte bis zum 4. August 2021 unter Telefon (04321) 82314.

PAZ wirkt!



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. Gst.: Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Termin verschoben

Hamburg - Mittwoch, 1. September, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: kultureller Vortrag oder Autorenlesung. Das geplante Treffen vom 4. August muss leider verschoben werden. Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de

Heimatgruppe Sachsen

Zwickau – Sonnabend, 14. August, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Sommertreffen mit buntem Programm. Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.



Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 7913002. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft sensburg.de, Internet: www.kreis gemeinschaftsensburg.de

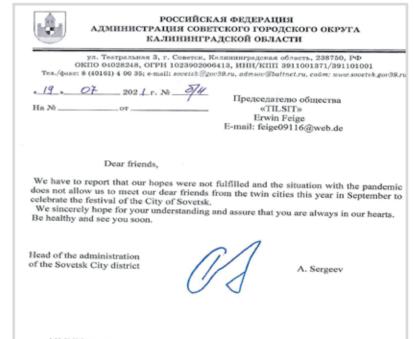
Kreistreffen muss ausfallen

Nachdem das Kreistreffen 2020 wegen Corona ausgefallen musste, trifft uns auch dieses Jahr dieses Schicksal Pandemie-bedingt wieder.

Corona sorgt nun für die zweite Absage in Folge. Eine Veranstaltung wie das Treffen im Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid lässt sich nicht kurzfristig planen. Dafür ist ein Vorlauf von mehreren Monaten nötig.

Außerdem wären die Zugangsbeschränkungen und Abstandsgebote von 1,50 Metern nicht das Treffen, das wir uns vorstellen.

Informationen finden Sie unter Internet: www.Kreisgemeinschaftsensburg.de



Absage der Tilsiter Stadtverwaltung: In äußerst freundschaftlichem Ton erklärt Andrej Sergejew der Stadtgemeinschaft die Situation



Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.

Stadtfest in Tilsit

Tilsiter Stadtfest auch im Jahre 2021 ohne die Gäste der Patengemeinschaften und -städte

Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. wurde kürzlich (mit E-Brief vom 19. Juli 2021 – siehe Foto) vom Leiter der Stadtverwaltung der Stadt Sowjetsk im Königsberger Gebiet, Andrej Sergejewitsch Sergejew zum bevorstehenden Stadtfest unserer Heimat- und Partnerstadt informiert.

Dem 1. Vorsitzenden unserer Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., Erwin Feige, wurde mit Herzenswärme verdeutlicht, dass man in dieser schwierigen Zeit der Quarantäne in ganz Europa eine ebenso schwierige Entscheidung zum Stadtfest Tilsit [Sowjetsk] zu fällen hatte.

"Wir müssen berichten, dass sich unsere Hoffnungen nicht erfüllt haben und die Situation mit der Pandemie es uns nicht erlaubt, unsere lieben Freunde aus den Partnerstädten dieses Jahr im September zu treffen, um das Festival der Stadt Sowjetsk zu feiern.

Wir hoffen aufrichtig auf Ihr Verständnis und versichern, dass Sie immer in unseren Herzen sind. Bleiben Sie gesund und bis

Wir wünschen – erst recht unter diesen Umständen – der Verwaltung und der Bevölkerung der Stadt Tilsit [Sowjetsk] alles Gute.

Wir erinnern uns, teilweise in der Erlebnisgeneration mit Tränen aufgenommen: Am 7. September 1946, also vor 75 Jahren, wurde unsere Heimatstadt "Tilsit - die Stadt ohne Gleichen" als zweite große Stadt im Königsberger Gebiet umbenannt und heißt seitdem Sowjetsk.

Hoffen wir auf Begegnungsmöglichkeiten spätestens zum Stadtfest 2022, wo die Stadt ihren städtebaulichen Fortschritt verbunden mit der Pflege ihrer kulturhistorischen Vergangenheit demonstrieren wird. Wir freuen uns auf die Begegnungen mit den russischen Bürgern und den ausländischen Gästen, die wiederum vom Geist des friedlichen Zusammenlebens der Völker und des freundschaftlichen Miteinanders geprägt sein mögen. Verbleiben wir also in gegenseitiger Achtung, Nähe und sich vertiefender Freundschaft.

Prof. Günter H. Hertel, Pressesprecher der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

Dittchenbühne

Vortrag von Kapitän

Brehm Am Mittwoch, dem 25. August, wird der 81-jährige Kapitän Richard Brehm ab 18 Uhr nicht nur von seinen eigenen Erfahrungen, sondern auch über interessante Entwicklungsstationen der Seefahrt berichten.

Forum Baltikum - Dittchenbühne e.V., Telefon (04121) 89710

ANZEIGE

Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, nur fern. Tot ist nur, wer vergessen ist.



Rudi Powilleit

* 16. Februar 1928

In tiefer Trauer Erna Powilleit geb. Hoch Erika Grandt Familie Carsten Grandt Familie Andreas Grandt sowie alle Anverwandten Bad Pyrmont-Hagen

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 29. Juli 2021, um 14.30 Uhr, in der Friedhofskapelle Bad Pyrmont-Hagen statt. Anschließend ist die Urnenbeisetzung.

Von Beileidsbekundungen während der Trauerfeier bitten wir abzusehen.

Bestattungsinstitut: U. und M. Frede, Bad Pyrmont, Tel. 05281 /8523

80 THESEN ZUR VERTREIBUNG

"Eine Hypothek für die Zukunft"

Der Völkerrechtler Alfred de Zayas und der Publizist Konrad Badenheuer beleuchten das Thema Vertreibung neu

VON WOLFGANG KAUFMANN

wischen 1944 und 1948 wurden 13 bis 14 Millionen Deutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben oder mussten diese fluchtartig verlassen. Dabei kamen vermutlich zwei Millionen Betroffene ums Leben - entweder sofort oder aufgrund der Spätfolgen. Diese unbestreitbare historische Tatsache ist in der Bundesrepublik mittlerweile fast schon in den Rang eines Tabuthemas aufgestiegen. Insofern sind Veröffentlichungen wie "80 Thesen zur Vertreibung. Aufarbeiten statt Verdrängen" ein gutes Mittel, um diesem verhängnisvollen Trend entgegenzuwirken. Als Verfasser der verdienstvollen Studie fungierten der renommierte US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas, der auch im UN-Menschenrechtsrat beziehungsweise der UN-Menschenrechtskommission mitwirkte, sowie der deutsche Publizist Konrad Badenheuer.

Alfred de Zayas legte bereits 1986 22 Thesen zur Vertreibung vor und ergänzte diese 2008 um weitere 28. Seine

> "Heimat ist ein Menschenrecht" De Zayas/Badenheuer These 29

nunmehr 80 Thesen untergliedern sich folgendermaßen: 28 stecken den Rahmen der historischen Fakten ab, 36 nehmen auf völkerrechtliche Normen Bezug und 16 enthalten weitergehende Schlussfolgerungen - auch und gerade für die Gegen-

Besonders hervorzuheben sind dabei folgende Thesen: Die Nummer 4 besagt, dass die deutsche Ostsiedlung zumeist ein friedlicher Prozess gewesen sei und sich oft im Konsens mit lokalen Herrschern oder sogar auf deren Initiative hin vollzogen habe, mithin also kaum als Eroberung angesehen werden könne. Der Nummer 13 folgend, sind "Flucht, Verschleppung und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges ... die weltweit größte demographische Umwälzung des zwanzigsten Jahrhunderts und eine der größten der Geschichte". Die Nummer 15 bezeichnet den Zweiten Weltkrieg als Anlass, aber keineswegs auch als Ursache der Vertreibungen. Die Nummer 23 enthält in ihrem Kern die Aussage, dass die Vertreibung "nicht ... gemäß den Potsdamer Vereinbarungen stattfand." Die Nummer 29: "Heimatrecht ist Menschenrecht." Die Nummer 35 konstatiert, dass "Vertreibungen, wie sie 1944 bis 1948 an den Deutschen verübt wurden, ... bereits nach dem damals gültigen Völkerrecht illegal und verbrecherisch" gewesen seien. Die Nummer 43: "Vertreibung und Verschleppung können auch den Tatbestand des Völkermordes erfüllen." Die Nummern 49, 51 und 52, besagen, dass "das Völkerrecht ... gleichermaßen für alle Menschen und Staaten"

gelte und die Opfer von Vertreibungen ein grundsätzliches Anrecht auf Wiedergutmachung, Rückkehr und Eigentumsrückgabe hätten. Die Nummer 53 sieht "die anhaltende Verharmlosung der Vertreibung der Deutschen durch Politiker, Medien und Geschichtsklitterer" als "eine zusätzliche Verletzung der Menschenwürde", die ihre Opfer geißelt. Die Num-

> "... der erzwungene Verlust der Heimat ist nie human"

> > De Zayas/Badenheuer These 64

mer 64 enthält die Aussage, dass es keine "milde" Form der Vertreibung geben könne, denn "der erzwungene Verlust der Heimat ist nie human", sondern das Ergebnis der Anwendung von "Terror". Die Nummer 65: Die unbewältigte Vertreibung bleibe "eine Hypothek für die Zukunft" der Europäischen Union. Die Nummer 70: "Es gibt keine Kollektivschuld." Die Nummern 76 und 78: "Viele Spätfolgen der Vertreibung der Deutschen müssen noch erforscht werden", und zwar sowohl interdisziplinärer als auch weit intensiver als bisher. Und zu guter Letzt die Nummern 79 und 80: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige ,ethnische Säuberungen' zu verhindern," wozu vor allem die Vereinten Nationen und die EU beitragen sollten - genauso wie übrigens auch zur Durchsetzung des Rechtes "aller Opfer von Vertreibungen ... auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung."

Wissenschaftliches Neuland

Im zweiten Teil des Buches "Zu Geschichte und Gegenwart der deutschen Vertriebenen" finden sich dann vier Aufsätze von Badenheuer. Der erste berichtet über die vermutlich etwa 410.000 Ost- und Sudetendeutschen, welche außerhalb ihrer Heimat an den Spätfolgen der Vertreibung gestorben sind - damit betritt Badenheuer übrigens wissenschaftliches Neuland. Der zweite Aufsatz handelt davon, wie die Vertriebenen in der deutschen Geschichtspolitik sukzessive und erschreckend "lautlos abgewickelt" wurden. Im dritten Aufsatz wiederum zieht Badenheuer eine kritische Bilanz von 70 Jahren Heimatpolitik der Vertriebenen. Dem folgt die vierte und letzte Ausarbeitung, in der es um die zumeist kaum bekannten Wiedergutmachungsbemühungen Ungarns, Estlands und Serbiens geht.

Der Dritte Teil des Buches enthält historische und neuzeitliche Dokumente zum Thema Vertreibung. Darunter auch das aufschlussreiche Telegramm des britischen Diplomaten Geoffrey Harrison an John Troutbeck, seines Zeichens Leiter der Deutschlandabteilung im Londoner Außenministerium, vom 1. August 1945. Aus der Depesche geht zum einen hervor, dass die Westalliierten keinerlei Maßnahmen planten, um sicherzustellen, dass die

Vertreibungen tatsächlich in der von ihnen auf dem Papier geforderten "ordnungsgemäßen und menschlichen Weise" erfolgten. Zum anderen ist in dem Telegramm auch nirgendwo von Vertreibungen zum Zwecke der Vergeltung für das Vorgehen der Nationalsozialisten die Rede. Vielmehr, so Harrison, würden es die Polen und Tschechen als "Erfüllung einer historischen Mission ansehen", wenn sie ihre Länder nun deutschenfrei machten. Dazu passen spätere Äußerungen, wie die des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benesch, mit der Vertreibung der Sudetendeutschen seien "die Fehler eines Jahrtausends" korrigiert

Prof. Dr. Dr. Alfred Maurice de Zay-

as hat im Jahre 2002 den Ostpreußischen Kulturpreis der Rubrik Wissenschaft von der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen bekommen.

Konrad Badenheuer war von 2008 bis 2011 Chefredakteur der Preußischen Allgemeinen Zeitung und ist geschäftsführender Gesellschafter des Verlags Inspiration Un Limited.

Internet: www.viul.de/home.html



Alfred de Zayas / Konrad Badenheuer: "80 Thesen zur Vertreibung. Aufarbeiten statt verdrängen", Verlag Inspiration Un Limited, London/Berlin 2019, gebunden, 216 Seiten, 14,90 Euro

Rätsel

ines rdteils		der Preise	zeigen (Hund)		ten be- treffend		kleidet	Adliger		Ansicht, Meinung	lebhaft		Zioriatto	Frau, Ge- mahlin		Atem		metall		Nutztier	Zahnwa
teif Jehen	•							unver- dientes Glück (ugs.)	-					West- teil der Nieder- lande	-						•
•					hoch- streben, sich türmen	-		(ugs.)			Klatsch, Tratsch	•		lunuo				Koran- kapitel		Fleiß, Beflis- senheit	
ihe- öbel- ick			Schrei- nerei	>										land- schaft- lich: Peitsche	•						
•					Unter- arm- knochen			Furcht- gefühl			in Kraft sein	früherer Name Thai- lands	•				brei- artige Speise		Gegen- stand, Sache		
mer, jeder t	Monats- name		Unter- einheit von Euro u. Dollar	•				muster- haft, voll- kommen	\					Edelgas		Berufs- sportler (Kurz- wort)	•				
ett- iel	•						An- zeigen- aufgeber	-								trainie- ren	•				
•							Salat- kraut			Nach- folger eines Mo- narchen		Fluss der Schweiz u. Frank- reichs	unbe- stimmter Artikel	•				leichter Wind			Kirchen musike
n nd t.)			eine Blume; ein Gewürz	>					Zeichen für Zenti- meter	süd- amerika- nischer Strauch	•		•							Dotter	
	Z 6 8	E 6 7 9 4	3 1 4			tauben- großer Sing- vogel	•					Hirsch- art			Aufschlag für ge- liehenes Geld	Haus- vorbau	•				
	t 8 7 6 1 6	9 Δ 6 7 8 ε				<u> </u>						•		steifes Sumpf- gras	früh	*					
	3 2 8 8 3	3 4 6 7 9 4 5 6 7 6 7 6 7 6 7 6 7 6 7 6 7	8 4 6 8 4 1			frz. Schau- spieler (Jean- Paul)		ungari- scher National- tanz	dt. Philo- soph (G. W. F.)		als Anlage zugefügt	•		V			enthalt- sam le- bender Mensch		Wald-, Raben- vogel		
L		1 8 8		uəttəlo		Holz- blas- instru- ment	-								Hand- arbeits- technik	-					
	, antor,	M .2 , 6m	. Panar I. Panar Toupet	kette: 1	siərX					vorsprin- gender Mauer- streifen	Abkür- zung für senior		Hart- schalen- frucht	•				US-Box- legende (Muham- mad)	-		
ʻwi	'әұэ	, 5. Psy	s el: 1. B Kraehe Befehl,	.⁴ ,xəfi	3. Ret	kleine Metall- schlinge	Riese			österrei- chische Gebirgs- kette	\ \				unan- ständi- ger Witz	Glieder- füßer, Krusten- tier	•				
1 - d	E 2 2	D N	T R E N			Märchen- figur der Brüder Grimm							Saatgut in die Erde bringen			eine Zahl		Halt, Unter- brechung		gefall- süchtig; ein- gebildet	
SE	0 S L E Z E Z	ND 2	6 R E T E S E E E E E E E E E E E E E E E E	So	ist's	<u> </u>								Neben- meer des Atlantiks	>						nordi- sche Währung: einheit
E H S	BEI	N A S	S K		htig:	Tiefebene v. Mittel- england			amerik. Autor (Edgar Allan)		Roll- körper	weib- liches Bühnen- fach	•				Drei- mann- kapelle	>			
I Ц В Е	3 Z	N D O C E H H B	E L M C R E K E	ИЕГ	0 I C	 								Wider- hall	-				chemi- sches Zeichen für Tellur	-	
E B B O	M A I G T N	S E B E I	K W I	E H C E N L E L R C E N L	S T E	Puppen- spiel- figur		rätsel- hafte Weis- sagung	•						kleiner Sprung (süd- deutsch)	•					
N	CEL BEDE HOF	BEI GE	CHFE	G E B	I E E	Entwick- lungs- richtung,	•					See in Schott- land	•		,		ein Europäer	•			

Sudoku

6			8	3	1		4	9
							2	
	4	3			7	5		
					2	6	7	
				8				
	8	1	တ					
		6	2			4	5	
	1							
8	2		4	9	3			7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

3

Diagonalrätsel

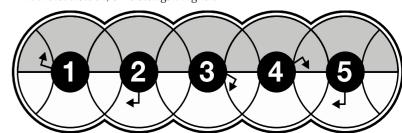
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Anweisungen.

- 1 Teil einer Pflanze
- 2 Neuordnung, Umgestaltung
- 3 Reizbewegung
- 4 Rabenvogel **5** Seele
- 6 von geringer Breite

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte leichte Sommerschuhe.

1 Staat in Mittelamerika, 2 Organist; Chorleiter, 3 Losung, Erkennungswort, 4 Haarersatzstück, 5 Leistungsfähigkeit



DOLANGEN

Gedenkjahr für die Vereinigung mit Litauen

Nach Volkszählung und Umfrage: Vor 100 Jahren wurde der baltische Staat Küstenanrainer

VON BODO BOST

n Polangen bei Memel wird anlässlich der Rückkehr des Küstenstreifens um das Seebad Polangen vor 100 Jahren, in Litauen ein eigenes Gedenkjahr gefeiert.

Ebenso wie Deutschland nach 1945 eine kleine Wiedervereinigung 1957 mit dem Saarland und 1990 eine große mit der Deutschen Demokratischen Republik feiern konnte, feierte auch die erste Republik Litauen nach 1919 zwei Vereinigungen - 1921 die kleine mit der Küstenregion Polangen und 1923 die große mit der Stadt und dem Land Memel. Der Gebietsaustausch um die Küstenregion um Polangen, der aus Litauen ein Küstenland machte, jährte sich vor wenigen Wochen zum 100. Mal und er wird mit einem Gedenkjahr feierlich begangen. Das dürfte ein Vorgeschmack darauf sein, wie der Staat Litauen den 100. Jahrestag der Annexion des Memelgebietes 2023 feiern wird.

Die meisten Litauer wissen heutzutage kaum noch, dass ihr Staat bei seiner Unabhängigkeit 1918 ein Binnenland war. Der 20 Kilometer breite Küstenstreifen zwischen dem Memelgebiet und dem Territorium von Lettland gehörte nach 1918 zuerst zum Staat Lettland. Erst am 31. März 1921 bekam der Staat Litauen durch einen Gebietsaustausch mit Lettland einen ersten Zugang zum Meer. Zum Auftakt des Gedenkens an den 100. Jahrestag gab es einen staatlichen Festakt, bei dem die Bürgermeister von Polangen, Šarūnas Vaitkus, und der der Nachbarstadt Memel, Vytautas Grubliauskas, teilnahmen.

Von Nimmersatt bis Heiligenau

Schon zur deutschen Ordenszeit war das Küstengebiet bei Polangen, das die Landverbindung zwischen den baltischen und pruzzischen Ordensgebieten ausmachte, umstritten und umkämpft. 1819 hatte der russische Zar Alexander I. den Bezirk Po-



Von der Posthalterin oder dem Restaurant in Nimmersatt mit dem Namen "Immersatt" ist auf dieser Postkarte keine Spur zu sehen: Grenzsäulen um 1905 zeigen die deutsch-russische Grenze an. Die Reste des preußischen Steins sollen heute im Memeler Skulpturenpark stehen

Foto: Bildarchiv Ostpreußen/Sammlung Bernhard Waldmann

langen von der Provinz Wilna getrennt und sie der Provinz Kurland mit der Hauptstadt Libau zugeordnet.

Diese Abtrennung geschah auf Wunsch der kurländischen Grundbesitzer, die große Ländereien in dieser Region besaßen. 100 Jahre später, 1918, als die Staaten Litauen und Lettland aus der Erbmasse des Zarenreiches hervorgingen, stellte sich die Frage, wo die Grenze dieser Staaten liegen solle. Die sprachlichen Verhältnisse waren nicht eindeutig, weil die beiden eng verwandten baltischen Sprachen Lettisch und Litauisch in den

1921

Litauen erhielt in diesem Jahr erstmals einen Zugang zum Meer

Grenzgebieten beider Länder in eine Mischsprache übergingen.

Nachdem Lettland seine Unabhängigkeit ausgerufen hatte, erklärte es sofort, dass die Staatsgrenze zu Litauen mit der Grenze des Kurlandes zusammenfallen müsse. Die Litauer beriefen sich hingegen auf historische und wirtschaftliche Argumente. Es wurde keine Einigung zwischen den beiden Ländern erzielt.

Seit dem Herbst 1918 hatte es ein Jahr lang keine stabilen Verhältnisse im Küstengebiet zwischen Memel und Kurland gegeben. Eine Zeit lang gab es deutsche, litauische und lettische Verwaltungen und Polizisten gleichzeitig. 1919 besetzten lettische Einheiten den gesamten Küstenabschnitt von Nimmersatt bis Heiligenau [Šventoji]. 1920 wurde Lord James Young

Simpson, Professor aus Edinburgh, zum Vorsitzenden einer Schiedskommission ernannt. Die Schiedskommission hatte fünf Mitglieder, bestehend aus zwei Vertretern aus jedem Land und dem britischen Vorsitzenden. Falls beide Parteien keine Einigung erzielten, hatte der Vorsitzende eine endgültige, nicht anfechtbare Entscheidung zu treffen.

Kommission traf Entscheidung

Die Kommission arbeitete vom 29. Dezember 1920 bis zum 20. März 1921. Ihre Mitglieder führten eine Volkszählung und eine Umfrage durch. Eine Mehrheit der Küstenbevölkerung entschied sich für Litauen. Mit der am 21. März 1921 durch Lord Simpson verkündeten endgültigen Entscheidung wurde die litauische Grenze zu Lettland am Meer 4,5 Kilometer nördlich von Heiligenau festgelegt und das Fischerdorf Nidden Lettland überlassen.

Am 30. März zogen sich die lettischen Zivil- und Militärbehörden, gemäß der Entscheidung der Schiedskommission, aus Polangen zurück. Ostpreußen war jetzt kein Nachbar von Lettland mehr. Am nächsten Tag fanden auf dem Birutė-Hügel große Feierlichkeiten statt. Dieses Datum wurde zu einem Feiertag für ganz Litauen, und James Y. Simpson wurde mit dem Gediminas-Orden ausgezeichnet, nach ihm wurde eine Straße in Polangen benannt. Mit der Rückgabe von Polangen bekam Lettland jedoch ein fast doppelt so großes Gebiet im Norden von Litauen als Ausgleich.

Die genaue Vermessung dieser Gebiete dauerte noch Jahre. Um den einstigen deutschen Grenzort Nimmersatt [Nemirseta], bekannt aus dem Spruch: "Nimmersatt und Immersatt, dort wo das Reich ein Ende hat", gibt es noch eine Besonderheit. Dieser einst nördlichste Ort Deutschlands gehörte bis 1989 zum Memelland. Er wurde jedoch infolge einer Gemeindereform nach der Entstehung der zweiten litauischen Republik in die Stadt Polangen eingemeindet.

OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

Der Zauber des Porzellans

Die Schriftstellerin Christine von Brühl liest aus ihrem neuen Familienroman

In ihrem neuen Buch "Schwäne in Weiß und Gold" begibt sich Christine von Brühl auf die Spuren ihrer Vorfahren, die sie an verschiedene Orte in Europa führten, unter anderem nach Dresden, Warschau, Wien, Königsberg, Allenstein und immer



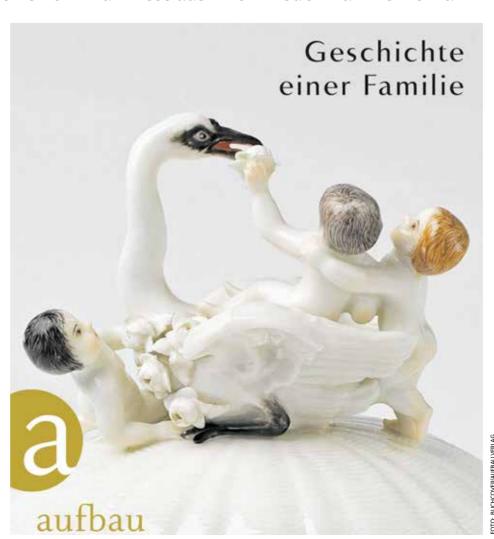
Einer der bekanntesten von Brühls: Heinrich Graf von Brühl war Minister bei August dem Starken und ab 1733 Direktor der Porzellanmanufaktur Meißen

wieder in die Meißner Porzellanmanufaktur. Vertreter der Brühls bekleideten hohe Ämter im Staatswesen, beim Militär und in der Diplomatie. Zu den bekanntesten gehört zweifelsohne Heinrich Graf von Brühl (1700-1763), Minister bei August dem Starken, dann Premier bei dessen Sohn und Nachfolger August III., ab 1733 Direktor der Porzellanmanufaktur Meißen.

In seinem Auftrag wurde das berühmte Schwanenservice angefertigt, das für einhundert Personen konzipiert wurde und mehr als 2200 Einzelteile umfasste. Alfred Graf von Brühl (1862–1922) war ein bekannter Jagdmaler und von 1916 bis 1919 Direktor der Kunstakademie Königsberg.

Der Großvater der Autorin, Georg Graf von Brühl (1882–1976), studierte Jura in Berlin, erhielt eine Stelle als Landrat in Allenstein und zog nach Ostpreußen.

Sein Sohn Dietrich Graf von Brühl (1925–2010) war ein deutscher Diplomat, Gesandter in der deutschen Botschaft in Warschau und Botschafter in Wien. "Diese Familie musste erfahren, wie sich fast alles, was über viele Jahrhunderte hinweg zu ihrem Selbstverständnis gehört hatte, in Scherben ging" schreibt Christine von



Brühl. Das Buch ist eine Erkundungsreise über die Zerbrechlichkeit von Ruhm und Besitz, den Zauber des Porzellans und die Kraft von Erinnerung.

Christine von Brühl, geboren 1962 in Ghana, studierte Slawistik, Geschichte und Philosophie in Lublin, Heidelberg und Wien. Nach Stationen bei "Die Zeit", "Sächsische Zeitung" und "Das Magazin" arbeitet sie heute als freischaffende Autorin. Mit ihrem Künstler-Ehemann und den beiden gemeinsamen Kindern lebt sie in einer Berliner Etagenwohnung und vereint ihre lange Familientradition gekonnt mit der Existenz einer zeitgenössischen Publizistin.

"Die Brühls – eine europäische Familie", Lesung mit Christine von Brühl, Mittwoch, 4. August um 18.30 Uhr, Eintritt: 6 Euro. Eine Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de.

• Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, Öffnungszeiten: dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,00 Euro, ermäßigt 4,00 Euro

SIEGFRIED PASSARGE

Der interdisziplinäre Geograph

Der Königsberger gilt als Begründer der Landschaftsgeographie

VON WOLFGANG KAUFMANN

tto Karl Siegfried Passarge, der am 28. November 1866 in Königsberg geboren wurde, zählt zu den bedeutendsten deutschen Geographen, ist heute aber weitestgehend vergessen. Der Sohn des Oberlandesgerichtsrates und Reiseschriftstellers Ludwig Passarge blieb in der Schule dreimal wegen Unterforderung sitzen, studierte dann jedoch von 1887 bis 1892 erfolgreich Geographie, Geologie und Medizin in Berlin, Jena und Freiburg: Er promovierte zunächst mit einer geologischen Arbeit und bestand das medizinische Staatsexamen. Zu seinen akademischen Lehrern gehörten unter anderem der prominente Evolutionstheoretiker Ernst Haeckel sowie der Geomorphologe und bekannte Asienforscher Ferdinand Freiherr von Richthofen. Dieser empfahl Passarge dabei ganz nachdrücklich: "Machen Sie etwas aus der Geographie!"

Natürliche Landschaften stehen im Mittelpunkt seiner Betrachtungen

Den ersten bedeutsamen Schritt in diese Richtung tat Passarge in den Jahren 1893 bis 1894. Aufgrund seiner Fächerkombination wurde er vom Auswärtigen Amt zu einer Expedition nach Kamerun eingeladen, die unter der Leitung von Edgar von Uechtritz-Steinkirch stand. Der Zweck des Unternehmens bestand darin, das Hochland von Adamaua im Norden der westafrikanischen Kolonie zu erkunden und Vorschläge für die künftige Grenzziehung zwischen den hier aufeinandertreffenden Interessensphären Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens einzureichen, welche sowohl die natürliche Landschaftsgliederung als auch die ethnischen Strukturen vor Ort berücksichtigten. Hierbei setzte Passarge auf Anhieb hohe wissenschaftliche Maßstäbe und erkannte wichtige Zusammenhänge zwischen Raum, Mensch, Kultur und Geschichte.



Siegfried Passarge war interdisziplinär unterwegs; als Mediziner, Geograph und Geologe hat er nicht nur Landkarten gezeichnet, sondern auch das Land vergleichend erkundet. Länderkunde war für Passarge eine "Aneinanderreihung der geographischen Teilwissenschaften", die Landschaftskunde hingegen betrachtete er als "Synthese der naturwissenschaftlichen Teilwissenschaften zu einer Einheit, das heißt ... eine Darstellung des gesamten Raumes, der Bühne, auf der Tier und Mensch sich bewegen", wie er in "Geographische Völkerkunde, 1934, schreibt. Eine andere Veröffentlichung von 1906 trägt den Titel "Buschmänner in der Kalahari" und erweitert seine Habilitation über die Kalahari: Buschmänner in Namibia entzünden ein Feuer Foto: shutterstock

Seine zweite Afrika-Expedition führte ihn von 1896 bis 1899 ins Ngami-Land im heutigen Botswana sowie die Transvaal-Republik und die nördliche Kalahari-Wüste. Im Anschluss an einen Vortrag auf dem 6. Internationalen Geographentag in London war Passarge von der Gesellschaft British West Charterland beauftragt worden, im südlichen Afrika nach Goldund Diamantenvorkommen zu suchen. Dort stieß er zwar auf keine nennenswerten Bodenschätze, erzielte aber erneut eine beachtliche wissenschaftliche Aus-

Dem folgten zwei weitere Kundfahrten: Die eine hatte 1901/02 das mittlere Orinoco-Gebiet in Venezuela zum Ziel und die andere 1906/07 die algerische Sahara. Seine vierte und letzte Expedition trat Passarge dabei bereits als Professor für Geographie der Universität Breslau an. Die Berufung auf den ehemaligen Lehrstuhl von Joseph Partsch fand 1905 statt, nachdem Passarge sich 1903 bei von Richthofen mit einer Arbeit über die Kalahari habilitiert hatte. 1908 wiederum wechselte der Ostpreuße dann in das gerade gegründete Hamburgische Kolonialinstitut, aus dem nach dem Ersten Weltkrieg das Geographische Seminar der Universität Hamburg hervorging. Seine Professur hier behielt Passarge bis zur Emeritierung im Jahre 1936.

Als akademischer Lehrer wurde Passarge zum Begründer der Landschaftsgeographie, welche die "natürlichen Landschaften" in den Vordergrund stellte, also jene Erdräume, die "in Orographie, Geologie, Geomorphologie, Klima, Bewässerung, Pflanzen- und Tierwelt ... in allen wesentlichen Punkten übereinstimmen." Mit diesem Ansatz wandte er sich

gegen die vor allem von dem Heidelberger Südamerika-Experten Alfred Hettner vertretene Länderkunde, die ihm als eine bloße "Aneinanderreihung der geographischen Teilwissenschaften" erschien. Dabei verstrickte sich Passarge oft in heftige wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit anderen Fachvertretern, die dem Ostpreußen einen "übergroßen Hang zum Klassifizieren und Systematisieren" sowie die mangelnde empirische Fundierung seiner Aussagen über die Charaktertypen beziehungsweise die Charakterentwicklung von Völkern in Abhängigkeit von der umgebenden Landschaft vorwarfen. Und dieser Mangel an empirischen Beweisen war tatsächlich die Achillesferse von Passarges Œuvre. Heute wird ihm deswegen sogar "Rassismus und Antisemitismus" unterstellt. Bei näherer Betrachtung scheint es freilich eher so, dass er versucht hatte, interdisziplinär zu denken und auch seine medizinischen Erfahrungen als Expeditionsarzt einfließen zu lassen, was letztlich aber in eine wissenschaftliche Sackgasse führte. Auf jeden Fall verzichteten die Nationalsozialisten auf Passarges Expertise und erteilten ihm nach der Emeritierung – im Gegensatz zur sonst üblichen Praxis - keine weiteren Lehraufträge.

Durch Bombentreffer verlor Passarge im Zweiten Weltkrieg seine Wohnung samt privater Bibliothek sowie aller Aufzeichnungen und Sammlungen. Daraufhin kehrte er nach Ostpreußen zurück, wo ihm der frühere Oberpräsident der Provinz Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe Obdach gewährte. Nach dessen Tod wechselte Passarge im August 1944 nach Grünberg in Schlesien und praktizierte dort trotz seines hohen Alters von 78 Jahren als Arzt, weil ein gravierender Mangel an Medizinern herrschte. Und auch später konnte Siegfried Passarge niemals in Untätigkeit verharren, bis er schließlich am 26. Juli 1958 vier Monate vor seinem 92. Geburtstag in Bremen starb.

LANDKARTEN

Endlich wissen, wo Klein Posemukel liegt

Blochplan hat zwei neue Landkarten zur Neumark im Programm und die Nord- wie Süd-Masurenkarte neu aufgelegt

auf dem Titel abgebildet, denn die land-

schaftlichen Reize der Neumark liegen ja

quasi in der östlichen Fortsetzung der

brandenburgischen Landschaft", erklärt

der Kartograph Bloch.

Jetzt darf man wieder reisen, und viele wollen und können es auch. Blochplan hat vier neue Karten herausgegeben, die die Reisewahl vielleicht erleichtern.

Es gibt zwei neue Neumark-Landkarten und die Süd-Masuren- und die Nord-Masuren-Karte wurden aktualisiert.

Mit der Neumark hat sich Dirk Bloch auf Neuland gewagt, doch ist sie - gerade für Berliner und Brandenburger - eine die beiden Karten auch als Ausflugskarten tituliert und bewusst einen See mit Bade-

wunderbare Ausflugsgegend, nicht nur für Kurz- und Tagesfahrten. "Deshalb hab ich möglichkeit beziehungsweise Kanufahrer

Mehrsprachige Ortsnamen "Der Begriff Neumark", führt Bloch weiter aus, "ist auch deswegen nicht so bekannt, weil die Gegend seit 1815 offiziell nicht mehr so heißt und dann eher als Ost-Brandenburg bezeichnet wurde, was ich aber heute für missverständlich halte. Drum hab ich wieder den alten und etwas ungenauen Begriff gewählt. Die ganz historische Neumark lag eigentlich nördlich

> Aber nun zu den Karten an sich. Sie sind einfach zu handhaben, enthalten Ortsnamen wie Klein Posemukel, Bomst, New York, Havannah oder die Ernst-Thälmann-Siedlung.

> der Warthe und gehört heute überwiegend zur Woiwodschaft Pommern." Er

> kündigt dabei gleich für den Winter 2022

eine Pommern-Karte an.

Der Kartograph vertritt die Ansicht, dass "man sich als deutsch sprechender Mensch nicht die Zunge verbiegen" muss und sich "ohne Regressansprüche im Hinterkopf einfach die praktischerweise vorhandenen deutschen Namen selbst kleinster Orte verwenden" kann, wenn man deutsch spricht. Deswegen findet der Reisende in den Blochplänen immer neben den Landessprachen auch die deutschen Namen. Für die Neumarkkarten stehen dann an Ortspunkten oft mehrere Namen, wie Mokrzec, Mokritz und (1939-1945) Steinhübel.

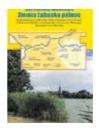
Eine ausführliche Legende

Eine ausführliche Legende gibt einen ersten Einblick in die Geschichte der Region,

9,95 Euro

das Ortsverzeichnis ist nach den deutschen Ortsnamen alphabetisch sortiert. Auf der Karte selbst sind Sehenswürdigkeiten, Ausflugsziele, Kanutouren, Radwege, Badestellen und Zeltplätze eingezeichnet. Christiane Rinser-Schrut

 Erläuterungstexte zu beiden Karten finden Sie unter www.blochplan.de. Bestellt werden können die Karten unter Telefon (030) 4495339 oder per E-Mail: info@ blochplan.de, zum Kartenpreis zahlt der Kunde die Versandkosten extra.



Dirk Bloch: "Neumark mittlerer Teil", Blochplan, Berlin 2021, gefalzt, Maßstab 1:100.000, 9,95 Euro



Dirk Bloch: "Nord-Masuren", Blochplan, 2. Auflage, Berlin 2021, gefalzt, Maßstab 1:100.000, 8,95 Euro



Nord-Masuren

Dirk Bloch: "Süd-Masuren", Blochplan, 2. Auflage, Berlin 2021, gefalzt, Maßstab 1:100.000, 8,95 Euro



liegt auf der Lagowe Seenplatte und ist dort der größte See und zugleich mit seinen vielen Armen ein Paradies für Wassersportler Foto: shutterstock

BERLIN-STETTIN

Was blieb vom Stettiner Bahnhof in Berlin?

Zur DDR-Zeit Geisterbahnhof – heute gehört seine Unterwelt zu den "Geheimnisvollen Orten"

VON WOLFGANG DAHLE

Die Eisenbahnstrecke zwischen Berlin, der Hauptstadt Preußens, und Stettin, Hauptstadt der Provinz Pommern mit dem Berlin nächstgelegenen Seehafen, wurde in den Jahren 1842 und 1843 von der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft (BStE) erbaut. Damals war die Strecke nur für Gütertransporte gedacht. Sie gehört damit zu den ältesten in der Geschichte der Eisenbahn in Deutschland. Stettin wurde deshalb auch als "Seehafen von Berlin" bezeichnet. Ab 1872 nutzte man die Strecke auch für Personenverkehr. Der Bahnhof war dafür nicht ausgelegt. Deshalb entstand der prachtvolle Bahnhof mit einer monumentalen Bahnhofshalle, die seinerzeit mit 1100 Quadratmetern die größte von Berlin war. Auf fünf Gleisen fuhren jetzt die Züge Richtung Norden.

erlin hatte bis in das vorige Jahrhundert noch etliche Kopfbahnhöfe im Fernverkehr, die außerhalb des Stadtzentrums endeten. So verschwanden beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg der Görlitzer, der Potsdamer und der Anhalter Bahnhof. Im Norden war es der bekannte Stettiner Bahnhof an der Invalidenstraße, der trotz starker Zerstörung seine Funktion noch bis in die 1950er Jahre innehatte. Heute kündet von diesem stolzen Bahngebäude kaum noch etwas.

Die große Zeit der Bahn

Nach dem Potsdamer und dem Anhalter Bahnhof wurde 1842 in Berlin der Stettiner Bahnhof eröffnet, der auf dem Gelände einer alten Scharfrichterei entstand. Auf dieser Strecke der Berliner Nordbahn verkehrten die Fern- und Eilzüge vorerst bis Angermünde und dann ab 1843 nach Stettin, auch bis Rostock und Stralsund und auch auf der anderen Seite nach Königsberg/Ostpreußen. Später wurde nach Plänen des Architekten Theodor August Stein ein neues Gebäude an der Invalidenstraße errichtet und 1876 dem Verkehr



Der prachtvolle Stettiner Bahnhof in Berlin um 1900, eingeweiht 1876: Der Bahnhof wurde im Krieg stark zerstört, 1952 stillgelegt und 1965 abgerissen

übergeben, seitdem gab es die Personenbeförderung für Reisen an die Ostsee.

Die Nordbahn weihte in Richtung Rostock auch das erste Teilstück bis Neubrandenburg über Neustrelitz 1877 ein und am 1. Juli 1886 kam der erste Schnellzug vom Berlin-Stettiner Bahnhof in Warnemünde an. Damals fuhren die gutgestellten Familien, hauptsächlich die Frauen mit ihren Kindern und Hausangestellten für die Sommermonate von diesem Bahnhof mit den zwei achteckigen Türmen am Portal in Richtung der Ostseebäder, so auch nach Swinemünde, wohin seit 1876 über Ducherow und die berühmte Karniner Brücke eine Bahnverbindung bestand.

Bis in die 1920er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als auf dieser Trasse auch die Nord-Südbahn der S-Bahn gebaut wurde, die am 8. August 1924 eröffnet wurde, herrschte hier auf den Bahnsteigen ein reger Verkehr und auf dem Vorplatz bestimmten Pferde- und Kraftdroschken sowie die Straßenbahn das Stadtbild. Bis 1945 verlief auch der internationale Zugverkehr Berlin-Kopenhagen über Rostock auf dieser Nordbahn-Strecke. Schmerzlich. Auf diesem Bahnhof kamen 1945 viele Flüchtlinge aus Pommern und Ostpreußen an. Der nahe der Berliner Sektorengrenze gelegene Stettiner Bahnhof, in dem in den ersten Nachkriegsjahren noch alle Fernzüge aus dem Norden der "SBZ" endeten, wurde 1950 in Nordbahnhof umbenannt. Der Personenverkehr wurde zwei Jahre später ganz eingestellt und der anliegende Güterbahnhof wurde nach dem Bau der Mauer, die über das Reichsbahngelände verlief, geschlossen, dem der Abriss der oberirdischen Anlagen bis 1965 folgte. Nach dem Mauerbau 1961 waren die ab hier beginnenden S-Bahnhöfe Richtung Zentrum nur noch Geisterbahnhöfe, die von der DDR-Reichsbahn betrieben wurden.

Tunnel im Geisterbahnhof

Ein Kuriosum war der nördlich gelegene Stettiner Tunnel, der unter den oberirdischen Gleisen von der Gartenstraße (West) zur Schwartzkopffstraße (Ost) führte und eine willkommene Abkürzung bedeutete. Dieser Tunnel existiert noch heute, zwar zugemauert, er wäre nach dem Bau der Mauer ein Fluchtobjekt gewesen. Zu Mauerzeiten war der S-Bahn Zugang östlich nur für die Westberliner

erreichbar. Jetzt ist in der Nähe des Bahnhofs die Bernauer Straße zu einem denkwürdigen Ort mit einem Dokumentationszentrum geworden, das auf die lange Teilung Berlins verweist. Der Stettiner Tunnel wird von einer Interessengruppe namens Berliner Unterwelten verwaltet.

Die S-Bahn verkehrt nach dem Mauerfall wieder in alle nördlichen Richtungen. Der schlichte Haupteingang mit einigen Nebengebäuden wird überragt von einem Turm mit dem S-Bahn Zeichen. Das Areal des früheren Geländes mit dem großen Empfangsgebäude bis zum Zweiten Weltkrieg nimmt heute eine moderne Bebauung ein.

Die Überbleibsel

Das gegenwärtig noch bestehende Gebäude des damaligen Vorortbahnhofs war einst westlich neben der großen Halle des Stettiner Fernbahnhofs angebaut worden, "Kleiner Stettiner" genannt, es ist als historisches Denkmal aus den Anfängen zu sehen. Erbaut wurde es nach den Plänen des Eisenbahnbauinspektors Armin Wegner. Heutzutage ist es eine Veranstaltungslokalität. Ab August 1924 verkehrte von hier aus der erste elektrisch betriebene S-Bahn-Zug Richtung Bernau.

Bereits im Jahr 2006 ließ der Berliner Senat den ehemaligen Bahnhofsvorplatz neu gestalten. Zwischen alten Bahngleisen, die in das neue Pflaster flächenbündig eingelassen wurden, sind einige Namen der ehemals durch die Stettiner Bahn erreichbaren Städte in Pommern und an der Ostsee - in ihrer deutschen und gegebenenfalls auch ihrer polnischen Form - in die Platzfläche eingeschrieben.

Heute fahren vom neuen Berliner Hauptbahnhof Züge über Angermünde wieder bis Stettin [Szczecin]. Die alte Strecke wird nach dem Verkehrswegeplan wieder für schnellere Verbindungen ausgebaut, denn nach dem Zweiten Weltkrieg und der neuen Grenze gab es hier nur einen sehr eingeschränkten Verkehr, der erst seit dem Eintritt Polens in die EU wieder forciert wurde.

Auf dem Gelände des früheren Stettiner Bahnhofs entstand 2011 das Stettiner Carré, dieser Komplex bildet in Deutschland den größten Bürostandort der Deutschen Bahn.

Schön, dass der aufmerksame Besucher auch heute noch Spuren des einst bedeutenden Bahnhofs mit der wichtigen Verbindung in Pommerns einstige Hauptstadt finden kann.



Das Empfangsgebäude des Vorortbahnhofs, damals auch "Kleiner Stettiner" genannt: Es überstand Krieg und DDR-Zeit und wurde 2011 umfassend saniert

AUF ALTEN WEGEN

Im Zeichen der Muschel

Sonntag, der 25. Juli – Der Jakobstag durch Pommern im Heiligen Jahr 2021



Den Jakobsweg verorten die Nicht-Pilger zumeist mit Santiago de Compostela in Galizien in Spanien. Das ist der vermeintliche Begräbnisort des biblischen Apostels Jakobus, dessen sterbliche Überreste in der 1211 eingeweihten Kathedrale von Santiago de Compostela aufbewahrt sein

Immer dann, wenn der 25. Juli, der Jakobstag, auf den Sonntag fällt, bezeichnet man das als "Heiliges Jahr". Es beginnt am 1. Januar, doch die "Heilige Pforte" wird erst am 25. Juli des betreffenden Jahres geöffnet, so ist es in diesem Jahr.

Doch unser Augenmerk soll nicht auf die berühmten Jakobswege gelenkt werden, sondern ganz speziell auf den, der

den Pilger oder auch den Wandernden durch Pommern führt. Er folgt zumeist den alten Handelsstraßen und der Wanderer lernt an den verschiedenen Stationen viel über die Historie des Landes. Im Übrigen gibt es überall Abzweigungen des Weges, die auch in andere Teile Pommerns führen.

2014 wurde nach vierjähriger Planungszeit die Revitalisierung des Küstenweges "Pomorska Droga sw Jakuba" abgeschlossen und mit EU-Geldern umgesetzt. Behilflich war von deutscher Seite die Planungsgruppe der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald. Es konnten die Erfahrungen aus den norddeutschen Wegeprojekten der "Via Baltica"

eingebracht werden. Ab 2015 übernahm man die Funktion als deutsche Kontaktstelle für den Pommerschen Jakobsweg.

Dieser ist 1134 Kilometer lang und führt von Crottingen [Kretinga], einst Grenzstadt zwischen Memelland und Litauen, über die Kurische Nehrung in den russischen Teil Ostpreußens nach Königsberg und weiter über Elbing, Danzig, durch die Kaschubische Schweiz mit Karthaus nach Lauenburg und weiter, der Küste folgend, über zahlreiche Stationen wie Leba, Stolpmünde, Stolp, Schlawe, Rügenwalde, Köslin, Kolberg, Treptow, Cammin nach Wollin. Dort verzweigt sich der Weg: Die südliche Route führt nach Stettin, dann auf der Via Imperii weiter nach Berlin, Leipzig und Nürnberg. Die westliche Route führt nach Swinemünde, dann auf der Via Baltica weiter nach Rostock, Lübeck, Hamburg, Bremen und Osnabrück.

Es sind nicht alle Stationen genannt, doch immer weist die Jakobsmuschel den Weg, gelb auf blauem Grund. Stationen sind zumeist Kirchen oder Gemeindehäuser. Es ist unbedingt empfehlenswert, einen Führer dabei zu haben. Auch ein Pilgerausweis ist sinnvoll. Damit hat man Zugang zu den Pilgerherbergen und erhält auch den Pilgerstempel als Nachweis für zurückgelegte Etappen. An den einzelnen Stationen sind die Stempel in Kirchen, Hotels, Pensionen, aber auch Touristeninformationen zu erhalten.

Es machen sich immer mehr Menschen auf den Pilgerpfad. Zumeist um zu sich selbst zu finden und um eine ganz besondere Herausforderung anzunehmen. Von einer aktiven Pilgerin aus Stade erfuhr ich einen interessanten Satz:

Man pilgert nach:

- Jerusalem um Christi willen
- Rom um Petri willen
- Compostela um seiner selbst willen.

Das trifft sicher auch auf die vielen Wege zu, die den Menschen ganz neue und bislang nicht gekannte Erfahrungen und Erlebnisse bringen. Brigitte Stramm

• Informationen: www.pilgern-im-norden. de/pommerscher-jakobusweg. Deutschsprachiger Pilgerführer: "Der Pommersche Jakobsweg", ISBN 978-83-937807-0-9. Die Deutsche Jakobus-Gesellschaft in Aachen (diese ist überkonfessionell) gibt wertvolle Informationen: www.deutsche-jakobusgesellschaft.de. Publikationen und Informationen: www.beate-steger.de

MELDUNG

Koserow, neue Seebrücke



7,4 Millionen Euro hat der Bau der kürzlich eröffneten, etwa 300 Meter in die Ostsee ragenden Seebrücke von Koserow gekostet. Es ist bereits die dritte. Die erste Seebrücke hatten in den 1940er Jahren Sturm und Eisgang zerstört. Die zweite, im Jahre 1993 erbaute Brücke, musste 2013 gesperrt werden. Das neue Schmuckstück von Koserow streckt sich wellenförmig in die Ostsee und hat am Ende eine Fläche für Veranstaltungen mit einem Glockenturm. Die "Glocken von Vineta" stammen von einer entweihten Kirche in Niedersachsen und wurden bereits geläutet. Der Sage nach soll Vineta vor Koserow untergegangen sein. Ein Schiffsanleger ermöglicht das Anlegen der Adler-Schiffe, die die anderen Usedomer Ostseebäder und Misdroy anlaufen. Erwin Rosenthal

"Solidarität ist keine mitteldeutsche Einbahnstraße"

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



"Für solche schönen Beiträge liebe ich die PAZ, danke!"

Chris Benthe, Dresden

Zum Thema: "Cammin - einst Herzogs- und Bischofssitz" (Nr. 28)



Ausgabe Nr. 28

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@ preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SOLITARITÄTSZUSCHLAG WEST

ZU: TAGE DES SCHRECKENS UND DER ERNÜCHTERUNG (NR. 29)

Es ist Wahlkampf und die Zeit, in der die Politiker wieder ihre Gummistiefel hervorziehen, um den von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Menschen ihre Anteilnahme zu bekunden. Sie sind "ganz bei ihnen". Auch der Kanzlerkandidat der Union, Armin Laschet, sowie der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Laschet ist in einer Szene, in der er sich vermutlich unbeobachtet fühlte, ein schwerer Fauxpas passiert. Er hat kurz gelacht. Steinmeier hat zwar auch gegrinst, aber der Bundespräsident ist in den Medien über jede Kritik erhaben. Der weitgehend unbeliebte Laschet sieht sich nun einem ähnlichen medialen Kesseltreiben ausgesetzt wie Annalena Baerbock.

Keine Frage: Angesichts der vielen Todesopfer und der verheerenden Verwüstungen verbietet es sich, öffentlich gute Laune zu zeigen. Manche Medien heben nun Bundeskanzlerin Angela Merkel als leuchtendes Beispiel hervor, wie sie mit betroffener Miene durch das Hochwasser stiefelt. Man könnte Laschet zugutehalten, dass er eine rheinische Frohnatur ist und Merkel ohnehin das ganze Jahr über kaum mit einem Lacher auskommt. Mit einem finsteren Blick wird man die Menschen kaum aufmuntern können.

Merkel scheint zu glauben, die ganze Last dieser Welt tragen zu müssen. Dabei hat sie in den vergangenen 16 Jahren nichts Entscheidendes auf den Weg gebracht, um diese Bürde zu mindern. Trotzdem ist sie, im Gegensatz zu den meisten anderen Spitzenpolitikern, über jegliche öffentliche Kritik erhaben. Auf die vollmundigen finanziellen Versprechen der Politiker angesichts der Hochwasserkatastrophe würde ich als betroffener Bürger wenig vertrauen.

Mein Vorschlag wäre, den Solidaritätszuschlag beizubehalten. Solidarität ist keine mitteldeutsche Einbahnstraße. Angesichts der zunehmenden Naturkatastrophen und den daraus resultierenden Bundeskanzler Helmut Kohl, "die Ideolo-

schweren Schäden könnte dieser künftig zielgerichtet verwendet werden.

Alfred Kastner, Weiden in der Oberpfalz

150 JAHRE ZU SPÄT

ZU: TAGE DES SCHRECKENS UND DER ERNÜCHTERUNG (NR. 29)

Dieser plötzliche Aktionismus, das "Klima" zu retten (nicht auch von den Verursachern selber?), nimmt langsam putzige Züge an. Dieses Mühlrad läuft so langsam, das hätte man sich besser vor der Industrialisierung des Planeten überlegen sollen, also zirka 150 Jahre und fast acht Milliarden Menschen eher. Übrigens: Eiszeiten und Dürren - hat es die nicht auch schon vor dem Automobil gegeben?

Jens Pauly, Düsseldorf

BERECHTIGTE KRITIK

ZU: WIE RADIKAL SIND NDR & CO.? (NR. 28)

"Es ist seit Jahren bekannt, dass es Journalisten gibt, die Bezüge zur Antifa hatten und möglicherweise noch haben", so Hans-Georg Maaßen. Was ist falsch an dieser Aussage? Neueste Umfragen haben ergeben, dass 90 Prozent der deutschen Journalisten im rot-rot-grünen Milieu stehen und entsprechend publizieren.

Zwei Beispiele: ZDF-Talkshow-Moderatorin Maybrit Illner studierte in den Jahren 1984 bis 1988 an der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität in Leipzig, welche der direkten Aufsicht der Abteilung "Agitation und Propaganda" des Ministeriums für Staatssicherheit unterstand. 1986 trat Illner in die SED ein, 1989 - gerade noch rechtzeitig - wieder aus. Seit 1992 "belehrt" sie uns im ZDF.

Karola Wille, Intendantin des MDR, hat eine Ausbildung und Karriere als Juristin in der DDR hinter sich und ließ die Bürger hinter Mauer und Stacheldraht bereits 1986 wissen, dass seit Herbst 1982, also der Regierungsübernahme durch gie und Politik des Revanchismus durch die herrschenden Kreise der BRD erheblich verstärkt" worden sei, denn "im politischen und ideologischen Arsenal der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals" nehme "der Revanchismus einen gewichtigen Platz ein" und sei "ein wesentlicher Faktor in der Strategie des Imperialismus".

Diese beiden Frauen gehören heute zu den wichtigsten Meinungsmachern der öffentlich-rechtlichen Medien Deutschlands, weitere Fälle dieser Art ließen sich mühelos anschließen. Hat Herr Maaßen da nicht recht mit seiner Kritik?

Wolfgang Reith, Neuss

KOPFLOSE FOLGEPOLITIK

ZU: SIND WEITERE PANDEMIEN UN-ABWENDBAR?" (NR. 23)

In den meisten Ländern werden in jedem Jahr Infektionskrankheiten, die sich rasch ausbreiten, registriert. Unabhängig vom Krankheitsbild können viele Menschen betroffen sein, die Anzahl der Betroffenen ist für Mediziner entscheidend, ob eine Pandemie, Epidemie oder Endemie vorliegt. Jede Influenza birgt das Risiko bei chronisch kranken oder älteren Menschen in sich, zu versterben.

Die durch Corona entfachte Panik machte nun die bis heute anhaltende kopflose Folgepolitik möglich. Der Umstand, dass hierzulande nur die Wissenschaftler des Robert-Koch-Instituts bei der Corona-Problematik Gehör fanden, ist in dieser Sache sehr befremdlich. Wissenschaftler mit Pandemie-Schwerpunkt, die in den öffentlich-rechtlichen Medien wie auch in der übrigen Presse nahezu systematisch totgeschwiegen werden, wurden von Seiten der Regierung ignoriert, obwohl beispielsweise Dr. Wolfgang Wodarg, der bereits vor mehr als zehn Jahren sowohl die Vogel- als auch die Schweinegrippe als medizinischen Fake entlarvt hatte, hier, neben dem Professor Dr. Sucharit Bhakdi, einen aufklärenden Beitrag hätten leisten können.

Wenn wir uns wieder der Ausgangsfrage nähern, ob weitere Pandemien unabwendbar sind, müssen wir nicht medizinisch in die Tiefe gehen. Mit einer Pandemie wird Politik leichtgemacht, denn Menschen widersprechen nicht aus Angst, sie gehorchen und lassen sich willig impfen, mehren sowohl den Wohlstand der Pharmaindustrie und bestimmter Vertreter der Politik und stimmen selbst der Einschränkung ihrer Grundrechte zu, wenn die Politik je nach Bedarf die Inzidenzwerte beliebig umformulieren kann.

Bei einem im Gesetz verankerten Inzidenzwert von unter 20 hatte der Bundestag festgestellt, dass wegen der Corona-Pandemie immer noch eine "epidemische Lage von nationaler Tragweite" besteht, und damit gilt das Gesetz bis Ende September, also kurz nach der Bundestagswahl. Wahlkampfveranstaltungen lassen sich so beliebig einengen und leisten der Willkür Vorschub oder könnten selbst die Wahl noch zeitlich verschieben.

Man darf sehr sicher sein, dass auch ohne festzustellende Übersterblichkeit ab jetzt immer wieder äußerst gefährliche neue Viren und Mutationen entdeckt werden, die unsere Politik in Bewegung halten, und damit sind weitere neue Pandemien (vielleicht nicht unbedingt in Schweden) natürlich unabwendbar.

Rudolf Neumann, Torsas/Schweden

SPÄTERE KRIEGSERKLÄRUNG

ZU: BEI KRIEGSAUSBRUCH FAST WEHRLOS (NR. 19)

Im Artikel heißt es zu Beginn, Russland habe am 28. Juli 1914 den Krieg an Österreich-Ungarn erklärt. Das trifft nicht zu: Am 28. Juli begann der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Die Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland wurden bis in den August fortgesetzt. Die Kriegserklärung von Österreich-Ungarn an Russland erfolgte durch eine am 5. August (oder früh am 6. August?) übergebene Note.

Andreas Wendel, Dreieich

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Vorname: Straße/Nr.: PLZ/Ort: Telefon: Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung

für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu

auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: Bank:

Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches **Schlemmerpaket**



Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes chen ostpreußischen Speisen aus typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in Königsberger Marzipan nicht.

Lassen Sie sich in die guten alten

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

MODEWELT

Der Koffermacher aus Paris

Louis Vuitton hat sich längst als Luxusmarke der Mode etabliert – Ihr Namensgeber wurde vor 200 Jahren geboren

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

in Name, ein Produkt, ein andauernder Welterfolg - das gilt außer für manche Uhren und Automarken nur für ganz wenige, weltweit führende Luxusmarken. Eine der ältesten und zugleich der erfolgreichsten ist das Label Louis Vuitton, das für seine hochpreisigen Handtaschen im typischen Louis-Vuitton-Look bekannt ist. Einmal im Leben eine Handtasche von Louis Vuitton besitzen, davon träumen auch heute noch Millionen Frauen und Mädchen in aller Welt.

An die Handtaschen-Klassiker in Oliv. Braun und Gold mit dem berühmten Muster mit dem "LV-Logo" anknüpfend, bringt das Pariser Unternehmen Louis Vuitton regelmäßig Vintage-Kreationen auf den Markt und erinnert damit an seine lange Tradition und Exklusivität. Außer Handtaschen, Kleinlederwaren und Accessoires umfasst das Sortiment der Marke Louis Vuitton auch trendiges Schuhwerk, Modelinien für Damen und Herren und vieles mehr, was markenbewusste Kunden interessiert.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit aber steht nach wie vor das Handtaschensegment. Für eine handgefertigte LV-Handtasche muss man 550 bis 5500 Euro ausgeben. Jedoch kann sich die Investition lohnen, da eine Designer-Handtasche von Louis Vuitton ihren Wert nicht verliert, wenn sie pfleglich behandelt wird. Beim Weiterverkauf in Second-Hand-Shops können sogar höhere Preise erzielt werden, da die Stückzahl der auf den Markt gebrachten Modelle jeweils begrenzt ist.

Packer am Hof von Napoleon III.

Was in den Louis-Vuitton-Geschäften nicht verkauft wird, geht zurück an den Pariser Hersteller und wird vernichtet. Damit wehrt sich das Unternehmen ebenso wie andere internationale Luxusgüter-Hersteller gegen die Verbreitung zahlloser billiger Imitate seiner exklusiven Produkte. 1987 fusionierte Louis Vuitton Malletier mit dem Spirituosenhersteller Moët Hennessy zum Luxusgüterkonzern LVMH Moët Hennessy – Louis Vuitton



Viel Platz für lebensnotwendige Alltagsdinge: Eine elegante Spaziergängerin mit Louis-Vuitton-Tasche

Foto: Mauritius

S.A. Dieser hält mittlerweile Rechte an 70 Marken aus verschiedenen Wirtschaftszweigen, die weltweit in rund 4600 Geschäften verkauft werden.

Vor 200 Jahren, am 4. August 1821, wurde der Firmengründer Louis Vuitton in Lons-le-Saunier, Region Franche-Comté, geboren. Mit 14 Jahren ging er zu Fuß nach Paris und lernte bei einem Täschner, Reisetruhen und später auch Koffer nach Kundenwunsch zu fertigen. Der talentierte junge Mann wurde oberster Packer der Kutschentruhen am Hof Napoléons III. Dabei erkannte er die Zweckhaftigkeit des Stapelns von Reisegepäcks.

1854 gründete der hochspezialisierte Handwerkskünstler in Paris unter dem Firmennamen Louis Vuitton Malletier (Malletier = Koffermacher) eine eigene Werkstatt und fertigte moderne Reisekoffer aus Leder mit flachen Deckeln. Die Rahmengerüste der Koffer bestanden aus

einer Holz-Metall-Konstruktion. Ab 1859 ließ Louis Vuitton seine hochwertigen Koffer in einer Werkstatt in Asnières nordwestlich von Paris von 20 Arbeitern herstellen. Im Jahr 1900 beschäftigte die Firma 100 Mitarbeiter. Bis 1914 stieg die Zahl auf 225 an.

Huldigung an den Japonismus

Von 1877 an verwendete Louis Vuitton anstatt des Leders ein beschichtetes, wasserdichtes und strapazierfähiges Segeltuch für seine Koffer und Reisetaschen, den Vorläufer des beschichteten Canvas aus Hanf oder Leinen. Das Material war leichter und robuster als Leder. Schon damals galten die Fabrikate von Louis Vuitton als Prämiumprodukte und wurden mit Exklusivität und Status ihrer Besitzer assoziiert.

1886 entwickelte Vuitton mit seinem Sohn und Nachfolger Georges Vuitton (1857-1936) ein neuartiges Einzelschlosssystem mit zwei Federverschlüssen, das noch heute in Gebrauch ist. 1896 kreierte George Vuitton das bekannte LV-Muster mit der Bezeichnung Monogram Canvas, bestehend aus stilisierten Blüten, was dem aufblühenden Japonismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts geschuldet war, in Kombination mit dem Monogramm "LV" als Hommage an den 1892 verstorbenen Vater.

Gedacht war diese Kennzeichnung der eigenen Waren als Maßnahme gegen Nachahmer und Konkurrenten. Mit der Schaffung des Logos entstand ein Kult, der bis heute als Kennzeichen für stilvollen Luxus gilt. Ebenfalls beliebt ist nach wie vor das bereits 1888 von Louis Vuitton eingeführte braunschwarze Karomuster.

Als die sperrigen Überseekoffer, herkömmlichen Taschen und Hutschachteln für lange Schiffsreisen Ende der 1950er

Jahre nicht mehr gefragt waren, verlegte sich das Pariser Geschäftshaus Louis Vuitton immer mehr auf die Herstellung von Handtaschen, Geldbeuteln und Brieftaschen aus Leder und Canvas. Bei dem Material Canvas handelt es sich heute um ein vinylbeschichtetes Baumwollgewebe, das widerstandsfähiger als Leder gegen Abrieb und Verschmutzungen ist.

Sehr beliebt in China

Seit den 1960er Jahren zelebriert das Unternehmen die Einführung neuer Handtaschen-Kreationen werbewirksam wie beispielsweise die 1966 auf den Markt gebrachte zylinderförmige Handtasche mit Querformat namens Papillon mit langen Henkeln, ein bis heute sehr begehrtes Modell. Die Marke entwickelte sich zu einem heiß begehrten Statussymbol und wird seit Jahrzehnten weltweit verkauft.

Jährlich präsentiert Louis Vuitton neue Modekollektionen und Handtaschenmodelle. Letztere werden entweder als gänzlich neue Designs oder als Neuinterpretationen ikonischer Modelle konzipiert. In dem inzwischen erweiterten Atelier in Asnières fertigen 170 Mitarbeiter die Handtaschen und Kleinlederwaren noch immer von Hand, darunter auch Sonderanfertigungen für internationale Kunden. Der Luxusgüterkonzern LVMH kann Jahr für Jahr mit guten Umsatz- und Gewinnzahlen aufwarten. In Asien, ohne Japan, wurden 2019 etwa 29 Prozent des Umsatzes erzielt. Nirgendwo auf der Welt sind die Produkte dieser Marke so beliebt wie in China.

Im Internethandel und einigen Second-Hand-Läden werden sogenannte "Preloved"-Markenartikel von Louis Vuitton angeboten. Ebenso wie bei einem Kauf im Urlaub ist dabei jedoch Vorsicht geboten, vor allem wenn die Ware zu auffällig günstigen Preisen angeboten wird. LV-Handtaschen zählen zu den am meisten nachgeahmten Produkten krimineller Fälscherbanden. Hergestellt werden sie in riesigen Fabriken in China, die ihre Aufträge jedoch überwiegend aus Europa erhalten. Manche Imitationen sind nur vom geübten Kennerauge von der teuren Markenware zu unterscheiden.

BADEKULTUR

Ein reinigendes Bad

Im Mittelalter tauchten jüdische Mitbürger in Mikwen ein – Einige dieser "Judenbäder" sollen Teil des Unesco-Welterbes werden

Vergangenes Wochenende entschied die UNESCO, dass die drei Kurbäder Bad Ems, Bad Kissingen und Baden-Baden sowie auch die Mathildenhöhe in Darmstadt neu in die Weltkulturerbeliste aufgenommen werden. Aus Deutschland nominiert waren daneben auch der Niedergermanische oder "Nassen Limes" und der Donaulimes sowie die jüdischen Stätten in Speyer, Mainz und Worms.

In Letzteren sind vor allem die Mikwen, tief im Untergrund befindliche Tauchbäder archäologische Besonderheiten. Wie diese Bäder heute anmuten, zeigt ein Gang in eine Mikwe im hessischen Friedberg. Dort muss man für den beschwerlichen Weg in den düsteren Untergrund abgehärtet sein. Es ist feucht und kalt, und fast schon ein wenig unheimlich. Und je weiter man nach unten auf den hohen Stufen vordringt, desto spärlicher gelangt das natürliche Licht aus dem runden Schacht, der von leuchtend grünen Farnen umrankt wird, nach unten in das Ungewisse.

Vor 760 Jahren war es für die jüdischen Frauen von Friedberg, zirka 30 Kilometer nördlich von Frankfurt am Main im Wetteraukreis gelegen, ein ganz normaler Weg, den sie aus Glaubensgründen



Tiefer Abgrund: Blick von oben auf die Mikwe in Friedberg

regelmäßig gingen: ein Mal im Monat, und

auch noch jeweils einen Monat vor ihrer Hochzeit, ebenso sechs Wochen nach der Geburt ihres Kindes.

Die rituelle Waschung mit dem "lebendigen Wasser" gehörte zu ihrem Alltag. In der Mikwe, das umgangssprachlich zum "Judenbad" wurde, tauchten die Frauen nach der üblichen häuslichen Körperpflege daher noch zusätzlich zu diesen Anlässen insgesamt drei Mal in einem natürlichen Brunnen mit fünf Meter Wassertiefe ein, erst danach galten sie als vollständig rein (koscher).

Ehrfürchtig verstummt man als Besucher, wenn man nach 25 Metern Tiefe angekommen ist, denn selbstverständlich ist es nach dem Lauf der deutschen Geschichte nicht, dass eine Monumental-Mikwe, die mit aufwendigen gotischen Stilelementen versehen wurde, in Deutschland überhaupt noch erhalten ist.

Ausgerechnet auf den SS-Reichsführer Heinrich Himmler, der einen gewissen Hang zum Okkultismus hatte, ist es zu zurückzuführen, dass die Mikwe von den

massiven Zerstörungen in der Reichspogromnacht verschont blieb. Himmler versprach sich von dem Wasser eine therapeutische Wirkung und gab eine Untersuchung bei Wilhelm Pfannenstiel, dem Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Marburg, in Auftrag. Der Professor konnte zwar keinerlei heilende Wirkung des Wassers nachweisen, riet Himmler aber dennoch dazu, das "wertvolle deutsche Kunstwerk" zu erhalten.

Und so taucht der Besucher die Hände ein letztes Mal in das unglaublich klare Wasser und tritt danach wieder den Aufstieg an. Zurück im Tageslicht der fast 30.000 Einwohner zählenden Kleinstadt weisen Straßennamen wie "Judengasse" und "Judenplacken" bereits auf die mittelalterliche Ansiedlung von Juden hin. Deren jahrhundertelang währendes Leben im Ort wurde am 9. November 1938 durch die "Reichskristallnacht" jäh zerstört. Am 10. November 1996 wurde an der Stelle, wo die Synagoge stand, eine Gedenkstätte eröffnet. Bettina Müller

Foto: pa

• FÜR SIE GELESEN

Spannung bis zum Schluss

Der Romanheld Cormoran Strike, ein britischer Ex-Army-Ermittler, der durch einen Bombenanschlag einen Unterschenkel verloren hat, eröffnete vor ein paar Jahren eine Detektei in London. In einem kleinen dunklen Londoner Büro grübelt er vor sich hin, bis eines Tages eine junge Sekretärin auftaucht und frischen Wind und Ordnung in die Detektei bringt, die attraktive Robin Ellacott. Im Laufe der Zeit steigert sich ihr Talent beim Ergreifen der Täter und den Nachforschungen, sodass Strike ihr die Position als Geschäftspartnerin anbietet. Cormoran und Robin entwickeln eine tiefe Freundschaft - mehr ist nicht drin, wenn sie weiter zusammenarbeiten wollen, so ihre Überzeugung.

In "Böses Blut" erhalten die beiden Detektive eine Anfrage, ob sie nicht das Verschwinden einer Ärztin vor 40 Jahren aufklären können. Sie haben wenig Hoffnung, einen so alten Fall lösen zu können. Nach Durchsicht der alten Unterlagen scheint der Fall völlig unklar. Sie suchen die damaligen Zeugen auf und befragen sie erneut. Der Fall scheint aussichtslos. Mit etwas Abstand und nach erneuter Durchsicht kommen sie dahinter, wo sich die Leiche befinden und wer der Täter sein könnte. War es der Ripper von Essex, der die Ärztin ermordet und entsorgt hatte? Er war zum Zeitpunkt des Verschwindens mit seinen grausamen Morden an jungen Frauen in England aktiv.

Neben langweiligen und täglichen Beschattungen anderer Fälle, Problemen mit zudringlichen Kollegen, einem Scheidungsverfahren und einem Trauerfall in der Familie werden die Emotionen von Strike und Robin sehr anschaulich geschildert. Man hat das Gefühl, mit dabei zu sein.

Zahlreiche Romanfiguren

Robert Galbraith, ein Pseudonym der weltberühmten Schriftstellerin J.K. Rowling, beschreibt auf 1195 Seiten einen Kriminalfall, ohne dass die Handlung abflacht. Allerdings ist es für den Leser etwas anstrengend, die Namen und Eigenschaften der vielen Personen zu behalten.

"Böses Blut" ist der 5. Band der "Cormoran Strike"-Reihe von Robert Galbraith. Die Kriminalfälle sind alle in sich abgeschlossen. Die Entwicklungen der beiden Ermittler Strike und Ellacott sind allerdings fortlaufend. So empfiehlt es sich, die vorherigen Bände "Der Ruf des Kuckucks", "Der Seidenspinner", "Die Ernte des Bösen" und "Weißer Tod" vorher zu lesen.

Rowling ist eine phantastische Schriftstellerin und jeder Roman von ihr ist lesenswert. Wer kein Fan von ihr ist, wird diesen Roman teilweise als ermüdend empfinden. Doch erweckt der Erzählstil den Eindruck, dass gerade durch die Detailliertheit gezeigt werden soll, dass Detektivarbeit mühselig, zeitraubend und anstrengend ist. Die besten Stellen sind immer noch die, in denen die verschiedenen Auffassungen geschildert werden und die Gefühlswelt der Detektive unabhängig voneinander offengelegt wird. Angela Selke



Robert Galbraith: "Böses Blut", Blanvalet Verlag, München 2020, gebunden, 1195 Seiten, 26 Euro

ZOOLOGIE



Der Zoologische Garten mit Aquarium im Westteil und der Tierpark im Ostteil der Stadt machen den ältesten Zoo in Deutschland einmalig. Die vorliegende Dokumentation zeigt eindrücklich seine Geschichte von den Anfängen im August 1844, während der Kriege, bis zu den neuen Herausforderungen von heute mit vielen Bildern, gut geschriebenen Texten, einem durchgängigen Zeitstrahl und einem umfangreichen Anhang. *CRS* Clemens Maier-Wolthausen/Andreas Knieriem (Hg.): "Hauptstadt der Tiere. Die Geschichte des ältesten deutschen Zoos", Ch. Links Verlag, Berlin 2019, gebunden, 280 Seiten, 30 Euro

ZEITGESCHICHTE

Ein Dichter trifft auf einen Denker

Der Schweizer Publizist Hans-Peter Kunisch beschreibt die wenigen Treffen zwischen Paul Celan und Martin Heidegger

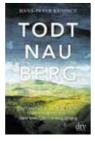
VON DIRK KLOSE

n der Nachkriegszeit gehörten der Dichter Paul Celan (1920-1970) und der Philosoph Martin Heidegger (1889-1976) zu den wichtigsten Stimmen in der jungen Bundesrepublik. Heideggers schon 1927 erschienenes Werk "Sein und Zeit" war vor und nach dem Krieg ein Bestseller, Celans Dichtungen gehören zum festen Kanon der Nachkriegsliteratur. Beide kannten und schätzten das Werk des anderen. Dabei konnten die Gegensätze nicht größer sein: Der berühmte und wegen seiner Verwicklungen in der NS-Zeit umstrittene Philosoph und der jüdische Schriftsteller aus Czernowitz, der beide Eltern im Holocaust verlor und selbst nur knapp überlebte, 1947 aus Rumänien floh und seit 1948 in Paris lebte.

Der Schweizer Publizist Hans-Peter Kunisch hat in einem minutiösen Bericht die vier Treffen der beiden und deren von Hochachtung und - bei Celan - auch Widerwillen geprägte Beziehung beschrieben. Die gegenseitige Wertschätzung, so Kunisch, resultierte aus beider Bemühen um eine ebenso klare wie dichterische Sprache. "Denkendes Dichten" hat Celan Heidegger attestiert, ähnliche Worte finden sich bei Heidegger. Zwei längere Begegnungen 1967 und 1968 hatten nahe Heideggers berühmter "Hütte" bei Todtnauberg im Schwarzwald stattgefunden. Zu der wohl von Celan erwarteten Aussprache über Heideggers Jahre nach 1933 kam es nicht. Das Gespräch blieb freundlich-unverbindlich. Enttäuscht war Celan, der wegen schwerer psychischer Probleme immer wieder eine Pariser Psychiatrie aufsuchen musste, wieder abgereist.

Vorausgeschickt sind Celans Jahre in Rumänien und erste wichtige Begegnungen im Westen, vor allem mit der Schriftstellerin Ingeborg Bachmann. Interpretiert werden mehrere berühmte Gedichte Celans, vor allem "Die Todesfuge" ("der Tod ist ein Meister aus Deutschland"). Der Autor geht auch auf andere Autoren in ihrer Bedeutung für Celan oder Heidegger ein: Hannah Arendt, Herbert Marcuse, Martin Buber oder Hugo Friedrich.

Kunisch beschreibt nicht nur beider Treffen, sondern auch das Umfeld von Celan während seiner Besuche und Lesungen in Freiburg, wo sich Wissenschaftler der Universität rührend um ihn bemühten. Er lässt viel Sympathie mit Celan und eine gewisse Distanz zu Heidegger erkennen. Literaturfreunde werden das Buch sicher mit Gewinn lesen. Dabei lernt man einen selbstbewussten, in sich ruhenden Heidegger kennen und mit Celan einen Autor, der sich am Ende der Welt nicht mehr gewachsen fühlte. Im April 1970 hat er seinem Leben selbst ein Ende gesetzt.



Hans-Peter Kunisch: "Todtnauberg. Die Geschichte von Paul Celan, Martin Heidegger und ihrer unmöglichen Begegnung", dtv Verlag, München 2020, 353 Seiten, 24 Euro

MEMELLAND

Alltägliches aus Ostpreußen

Lothar Rosenberg malt anhand überlieferter Erzählungen seines Onkels ein lebendiges Bild des Lebens der Vorkriegszeit im Land an der Memel

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

aleidoskopartig blickt Lothar Rosenberg in seinen beiden "Memellandgeschichten" auf die Landschaft, das Leben seiner Verwandtschaft in Ostpreußen und deren Nachbarn.

Der erste Teil "Aber Olga, du bist ja ganz aufgeruschelt" ist ein 120-seitiges Büchlein in sehr großer Schrift mit einigen Schwarz-Weiß-Zeichnungen. Man liest heraus, dass Rosenberg die Episoden von seinem Onkel erzählt bekommen hat. Dieses Gefühl erhält der Leser bei seiner Lektüre. Lothar Rosenberg will vom Memelland erzählen, zum Beispiel vom Wachtmeister, der seine Mütze verloren hat, oder dem Hirten, der in einer Wanderdüne eingesunken ist. Weil er mit viel Herz dabei ist, verzeiht man ihm auch den einen oder anderen kleinen Fehler.

Insgesamt finden sich in dem Buch 20 kurze Geschichten, die in der Zeit zwischen 1914 und 1945 sich so oder so ähnlich im Landkreis Memel, Heydekrug, Prökuls, Meeszeln, Wensken, Ramutten und Eydathen ereignet haben mögen. Der zweite Band "Memellandgeschichten (2). Um Haus und Hof" enthält ebenfalls Schwarz-Weiß-Zeichnungen, aber darüber hinaus auch noch einige Schwarz-Weiß-Fotografien, die dem Leser die Familie Wietzke und Rosenberg in den 15 Erzählungen näherbringen.

Alltagsgeschichte wird anhand der Lebensläufe von Erna Gehlhaar (1922 geboren) aus Rastenburg sowie Hugo (1914 geboren), Herbert (1924 geboren) und Hildegard (1915 geboren) Rosenberg in Meeszeln deutlich.

Im Gegensatz zum ersten enthält der zweite Band einen Anhang mit verwendeten Quellen und einigen Internetseiten, die zum Weiterlesen einladen. Außerdem enthält der Anhang ein Orts- sowie ein Namensregister. Ob diese Register bei dem 132-seitigen, groß geschriebenen sowie mit vielen Abbildungen und Fotografien angereicherten Text wirklich zum Einsatz kommen wird, bleibt jedem Leser selbst überlassen.

Lothar Rosenberg hat jedenfalls vorgemacht, wie die eigene Familiengeschichte auch für Nicht-Familienmitglieder zugänglich gemacht werden kann.



Lothar Rosenberg: "Memellandgeschichten. Aber Olga, du bist ja ganz aufgeruschelt", Rosenberg, 2006, ISBN 978-3-9805614-6-1, gebunden, 120 Seiten, 10 Euro



Lothar Rosenberg: "Memellandgeschichten (2). Um Haus und Hof, Dokumentation, Geschichten, Lebensläufe", Rosenberg, 2021, ISBN 978-39805614-6-4, gebunden, 132 Seiten, 12 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb **Katrin Glesius** Heisenbergstr. 10 97076 Würzburg Telefon 09 31 / 45 26 5035 Telefax 09 31 / 45 26 5036

Elisabeth Bangert

Nr. P A1688

Seniorenteller ohne Schnickschnack

Es gibt sie noch, "die Rezepte aus Omas Küche

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.



(80 Seiten im Großformat)

Seniorenteller ohne

Schnickschnack

€ 6,00

Schnickschnack

Gugelhupf ohne

Elisabeth Bangert **Guggelhupf ohne Schnickschnack** (80 Seiten im Großformat) Es gibt sie noch, "die Rezepte aus Omas Küche"

Der Gugelhupf ist ein Kuchenklassiker, der trotz seiner Schlichtheit eine Vielfalt an köstlichen Variationen ermöglicht. Mit diesem Band aus der beliebten Schnickschnack-Serie kann man ihn neu entdecken. Die Rezepte sind genau erklärt und einfach nachzubacken.

Kartoffelsalat ohne

Schnickschnack

onderpreis € 6,00

Elisabeth Bangert

Kartoffelsalat ohne Schnickschnack

Es gibt sie noch, "die Rezepte aus Omas Küche"



Elisabeth Bangert **Backen ohne Schnickschnack** Es gibt sie noch, "die Rezepte aus Omas Backstube

Ein selbst gebackener Kuchen ist die Krönung jeder Kaffeetafel! Die köstlichen Rezepte von früher stehlen so mancher aufwendigen Backkreation die Show. Und dank moderner Küchengeräte sind gedeckter Apfelkuchen, Rotweinkuchen oder Waffeln schnell, einfach und gelingsicher gebacken. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien. 80 Seiten im Großformat. Gebunden Nr. P A0952

Elisabeth Bangert

Blechkuchen ohne Schnickschnack (80 Seiten im Großformat) Es gibt sie noch, "die Rezepte aus Omas Küche"

Blechkuchen sind das pure Kuchenglück – frisch aus dem Ofen und verführerisch duftend! Die schönsten Rezepte aus Omas Backstube sind gefragt wie eh und je: Mit Rhabarberkuchen, Apfel-Rahmkuchen oder Johannisbeerbaiser bringen Sie das Gefühl von früher auf die Kaffeetafel. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die verschiedenen Teigsor-



Vielfältige Salatrezepte aus dem Grundnahrungsmittel Kartoffel – ganz Abwechslungsreiches, gesundes und leckeres Essen – das ist auch und gerade im Alter wichtig! Dabei sollte es nicht zu viel und vor allem nicht wie zu Omas Zeiten: einfach, deftig und unglaublich lecker. Traditionelle zu üppig sein ... Ob klassische Markklößchensuppe, gefüllte Zucchini und fantasievolle Rezepte zeigen, was alles in der Kartoffel steckt. Das oder Seelachs auf Gemüse: Die Gerichte aus Omas Rezeptesammlung bereichert jedes Salatbüffet und begeistert alle Kartoffelsalat-Fans. Gerade jetzt im Sommer ist ein Kartoffelsalat die perfekte Ergänzung – mit viel Gemüse, pflanzlichen Ölen und frisch zubereitet – sind jetzt genau das Richtige. Der Ratgeber informiert darüber, wie man den täglizum Grillen. (80 Seiten im Großformat) ten, die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien. chen Speiseplan an die altersgemäßen Bedürfnisse anpasst. Nr. P A1016 Gebunden Nr. P A1689 Gebunden 6,00€ Gebunden

(80 Seiten im Großformat)



Elisabeth Bangert Einmachen ohne Schnickschnack (80 Seiten im Großformat)

Es gibt sie noch, "die Rezepte aus Omas Küche" Zu den Erntezeiten sind Obst und Gemüse reichlich vorhanden oder preiswert zu kaufen. Dann lohnt es sich, Vorräte anzulegen. Mit Omas Wissen und Erfahrungsschatz werden herrlich schmeckende Marmeladen, Gelees und Sirups zubereitet, leckere Früchte und Gemüse eingekocht oder Kohl und Wurzelgemüse fermentiert. Aber auch Kuchen oder köstliche Suppen lassen sich hervorragend konservieren. Der Ratgeber informiert über alles, was beim Einmachen, Einkochen und Fermentieren beachtet werden muss.

Nr. P A1687 Gebunden 6,00€



Haff und Schilf

Russland

Manfred Quiring

Orientierung im

208 Seiten/Kartoniert

Russland

Riesenreich

Nr. P A1612

Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung Mit zahlreichen S/W-Fotos von Dr. Erich Krause. (Reprintausgabe) 76 Seiten

Nr. P A1180

Kartoniert

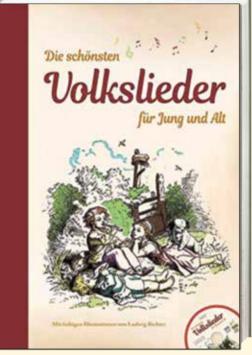
Manfred Quiring, seit über 30 Jahren journalistisch in Moskau tätig, schildert faktenreich, wie sich der Alltag des Riesenreiches in den letzten Jahren rasant gewandelt hat. Er beschreibt den Kontrast zwischen neuem Reichtum und verbreiteter Armut, zwischen Traditionalisten und westlich orientierten Reformern sowie zwischen der Metropole Moskau und der Provinz. Zugleich erklärt er aber auch, was man die "russische Seele" nennt, welche Rolle der Wodka im Zusammenhang mit Gastfreundschaft spielt und warum die russischen Frauen als die schönsten gelten. Anhand der reichen Anekdotenkultur des Landes macht er manches verständlich, was auf den ersten Blick eher Kopfschütteln auslöst. Seine Tipps und Erklärungen helfen all jenen, die das Land bereisen oder einfach besser verstehen wollen.



Theresa Graw Die Heimkehr der Störche

Die Gutsherrin-Saga Band 2 1952: Dora ist nach ihrer Vertreibung aus Ostpreußen mit ihrer Familie auf einem Hof in der Lüneburger Heide einquartiert worden. Die einstige Gutstochter ist von der Enge und den täglichen Reibereien mit der Bäuerin erdrückt. Sie träumt davon, Tierärztin zu werden und bricht für ein Studium auf nach Berlin. Dort bekommt sie Hinweise zum Verbleib ihrer großen Liebe Curt von Thorau, der seit Kriegsende als verschollen galt. Sie macht ihn schließlich in einem Stasigefängnis ausfindig und kämpft mit allen Mitteln um seine Freilassung. Doch während der Unruhen im Juni 53 gerät sie zwischen die Fronten und muss Hals über Kopf fliehen.

200 Seiten, zahlreiche Farb- und S/W-Abbildungen Nr. P A1693 Taschenbuch



Die schönsten Volkslieder für Jung und Alt

Wer ein Liederbuch für die ganze Familie sucht, der liegt mit dieser schön illustrierten Ausgabe genau richtig: Die schönsten Volksweisen laden zum gemeinsamen Singen ein.

Ob in der Familie, beim geselligen Zusammensein oder beim Wandern diese Lieder bringen Musik in den Alltag! Singen macht Spaß, sorgt für gute Laune und wirkt sich sogar positiv auf die Gesundheit aus! Diese Sammlung der bekanntesten und schönsten Volksweisen für die ganze Familie lädt zum gemeinsamen Singen ein. Sie enthält Lieder für jeden Anlass - von Frühlingsliedern über lustige Kinderlieder bis zu ruhigen Schlafliedern. Lassen Sie sich anstecken von der Kraft des gesungenen Wortes! 84 Lieder mit Text und Notensatz Mit nachkolorierten Original-Zeichnungen von Ludwig Richter.

Mit Audio-CD (78.48 Minuten Laufzeit) Nr. P A1692 12,95 € Gebunden



Harald Saul Ostpreußen

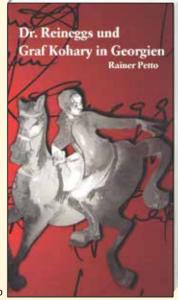
Das große Buch der Familienrezepte

Kaum etwas weckt die Bilder der Kindheit so sehr, wie der Name oder der Duft einer Lieblingsspeise aus der früheren Zeit. Vor einigen Jahren bat Harald Saul, Küchenmeister und Sammler von traditionellen Rezepten, im "Ostpreußenblatt" um die Zusendung von privaten Rezeptbüchern, Dokumenten und Erinnerungen aus der alten Zeit. Das Echo war überwältigend. Harald Saul kam in den Besitz von handgeschriebenen Aufzeichnungen, private Fotoalben wurden für ihn geöffnet und in zahlreichen Gesprächen haben ihm die Menschen ihre ganz persönlichen

9,99€

4.95 €

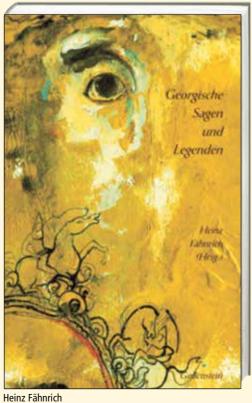
Geschichten erzählt. Format 17 x 23 cm. 224 Seiten Nr. P A1517 Gebunden



Dr. Reineggs und Graf Kohary in Georgien

Reineggs ist ein Student aus Sachsen, arm, aber ehrgeizig. Kohary ist ein ungarischer Graf und Gutsbesitzer mit Hang zum Theater (und zum Geldausgeben). Kohary und Reineggs haben sich wahrscheinlich 1770 in Wien kennengelernt. Kohary war damals Theaterpächter, und Reineggs an der Deutschen Bühne engagiert. Als studierter Mediziner tritt Reineggs als hilfsbereiter, liebenswürdiger Mann auf und ist überall sehr schnell ein gerngesehener Gast. Den anmaßenden Kohary dagegen sieht man bald lieber von hinten Diese beiden unterschiedlichen Typen reisen 1778 ins Königreich Georgien, um ihr Glück zu suchen. Ihrer beider Motto: "Wenn man nicht reist, lernt man die Welt nicht kennen..." Reineggs, der vom Grafen sagt, dass sich die Größe seiner Geburt nur in der Größe seines Appetits äußere, rät ihm: "Richten Sie sich nach den Gebräuchen des Landes, in dem Sie sich jeweils befinden, dann werden Sie nie Schwierigkeiten bekommen." Doch der Glanz des ungarischen Adligen verblasst schnell schon unterwegs und erst recht im Königreich, dagegen macht der einst arme Sachse in Georgien Karriere. Diese historische Reisebeschreibung hat Rainer Petto akribisch untersucht und ist dabei zu erstaunlichen Erkennt-

nissen gelangt. 250 Seiten Nr. P A1691 Gebunden



Georgische Sagen und Legenden

Die Sagenwelt der Georgier ist geprägt durch die Landschaften des Kaukasus und Südkaukasiens. Die alte und reiche Kultur Georgiens spiegelt sich wider in ihren Legenden zur Erschaffung der Welt, ob Prometheus, Vakhtang I. oder die heute noch verehrte Königin Tamar oder verborgene Kultstätten und Kirchen aus der frühesten Zeit der Christenheit. Dies alles hat bis auf den heutigen Tag eine Faszination bewahrt und ist von dem bekannten, vielfach ausgezeichneten Kaukasiologen Heinz Fähnrich liebevoll zusammengestellt worden. Ein spannendes Leseabenteuer erwartet sageninteressierte Leser jeglichen Alters. 328 Seiten.

5,00 € Nr. P A1690 Gebunden

Internet www.flechsigmedien.de 9,90 €



Horst Naujoks Vom Efeu der Erinnerung umrankt Erinnerungen an die Elchniede Mit zum Teil farbigen Fotos. 144 Seiten Nr. P A1181

and seine urwüchsige Landschaft

Wolfram Gieseler Der Elch und seine urwüchsige Landschaft Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostnreußen 1937–1945 111 Seiten Nr. P A1163 Kartoniert

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

orname	Name		
traße/Nr.		Telefon	
LZ/Ort			
atum	Unterschrift		



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb Katrin Glesius Heisenbergstr. 10 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/45 26 50 35 Telefax 09 31/ 45 26 50 36 Email flechsigmedien@web.de

BÜCHER ◆ KARTEN ◆ KALENDER ◆ FAHNEN/PINS ◆ DVD/CD ◆ SPIRITUOSEN ◆ MARZIPAN ◆ BERNSTEIN Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36 Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Ohne absolute politische Korrektheit ging es bei der Vorbereitung der Olympischen Spiele in Tokio nicht. Im Februar musste Ex-Premier Yoshiro Mori als Organisationschef zurücktreten, er war gegen eine höhere Frauenquote in Sportgremien und sagte, Frauen redeten zu viel. Kreativdirektor Hiroshi Sasaki ging im März, er hatte - kaum ernst gemeint - vorgeschlagen, ein bekanntes "Plus-Size-Model" im entsprechenden Kostüm als "Olympig" ("Olympiaschwein") bei der Eröffnung einschweben zu lassen. Der Musiker Keigo Oyamada, Künstlername Cornelius, musste seinen Auftritt dort absagen - er hatte in den 1990er Jahren ohne Bedauern erzählt, früher behinderte Mitschüler schikaniert zu haben. Noch unmittelbar vor Beginn räumte der Direktor der Feier, Kentaro Kobayashi seinen Platz. Kobayashi, der auch Komiker ist, wird vorgeworfen, er habe sich 1998 bei einem Auftritt unangemessen über den Holocaust geäußert. Wohl dem, der in seinem ganzen Leben niemals irgendeinen Blödsinn gere-Erik Lommatzsch det hat.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Knusper, knusper, knäuschen...

Warum ein Wort hinter einem Piepton verschwindet, und warum eine Kandidatin an Krümeln knabbert

VON KLAUS J. GROTH

ie hat es gesagt. Tatsächlich hat Annalena Baerbock wirklich das unsägliche Wort ausgesprochen, das mit einem großen N beginnt, mit einem kleinen rendet, dazwischen drei Buchstaben? Wirklich das schlimme Wort, das im politisch korrekten Vokabular nur mit größtmöglicher Distanz als das "N-wort" umschrieben wird? Hat sie wohl, denn warum sonst hätte sie sich für den schamlosen Gebrauch des unsagbaren Wortes in der Tacheles Arena entschuldigen sollen? So ganz genau werden wir das vorerst wohl nicht erfahren. Der Zentralrat der Juden wird das Gespräch erst zum 1. August freischalten. Ob er dann dem Flehen der Grünen um Streichung der Passage entsprochen hat, wird sich zeigen. Die Grünen haben schon mal die Deckung hochgezogen. Genau in dem Augenblick, in dem das Wort, das niemals ausgesprochen werden darf, ausgesprochen wird, erklingt ein Piepton. Aber leider, gesagt ist gesagt.

Annalena Baerbock hat sich entschuldigt für etwas, was jedem mit unzensiertem Sprachgebrauch hätte durchrutschen können. Nur leider hatte sie erst kürzlich Boris Palmer aus der gemeinsamen Partei rausschmeißen wollen, weil er genau dieses Wort ausgesprochen hatte.

Eigentlich sollten wir den alten Quark der Annalena Baerbock nicht wieder auftischen. Schließlich wissen wir, dass Annalena Baerbock an Pleiten, Pech und Pannen zu knabbern hat. Knabbern? Ja, knabbern. Das hat sie der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in einem Interview verraten. Selbstverständlich kam dort der alte Quark auch auf den Tisch: "Ihre Kandidatur ist bislang recht holperig verlaufen ..." wird das Thema eingeleitet. Nett ausgedrückt. Und falsch. Es war kein holpernder Start, es zeigten sich die Schleifspuren eines längeren Anlaufs. Antwort Baerbocks: "Wir betrachten selbstkritisch, was nicht gut gelaufen ist ...". Wieso wir? Haben andere den Lebenslauf geschönt? Haben andere vergessen, Einnahmen zu melden? Haben andere abgekupfert? Irgendwie schon.

Egal, niemand kann behaupten, die Kanzleramt-Auszubildende sei nicht selbstkritisch: "Aber natürlich knabbere ich am meisten an meinen Fehlern." Wie entzückend, Annalena knabbert! Niemand kann erwarten, dass sie in Sack und Asche geht. Nur sensible Naturen hätten sich in Grund und Boden ge-

schämt. Die Kandidatin aber wischt das weg wie Krümelmonster die Reste vom Knusperkeks. Einfach märchenhaft, wie bei Hänsel und Gretel: "Knusper, knusper knäuschen, wer knuspert an meinem Häuschen?" Die Kinder antworteten: "Der Wind, der Wind, das himmlische Kind."

Das "himmlische Kind" (der Wind, nicht Annalena Baerbock) könnte uns bald auf die Pelle rücken. Obwohl, das Zusammenspiel von Wind und Baerbock lässt das Problem erst richtig bedenklich werden. Der Kandidatin schwebt eine Verdreifachung der Windenergie vor. Zwei Prozent der Landfläche sollen mit Windrädern bestückt werden. Wollte man die zusammenstellen, reichte die Landfläche des Saarlandes nicht aus, es müsste das Saarland zweimal sein. Macht nichts, denn so Annalena Baerbock, es bleiben ja noch 98 Prozent für Mensch und Natur, "für unsere Städte, Dörfer, Kitas und Schulen". Womit alles aufgezählt wäre, was so angesagt ist. Zieht man dann die Städte, Dörfer, Schulen und Kitas von der verfügbaren Landfläche ab, dann bleibt leider nicht mehr viel Platz für die Natur im Land der grünen Naturfreude. Die "Windblockade" geht nur von der CDU aus, die Menschen aber wünschen nichts mehr als einen traumhaften Blick auf ein Meer von Windrädern, einen massenhaften Tod der Insekten im Sog der Rotoren.

Was, wenn Ihr Helfer ein Rechter wäre?

Nehmen wir mal an, Sie hatten einen ziemlich üblen Verkehrsunfall. Neben Ihnen stoppt ein Autofahrer und fragt, ob er helfen könne. Was machen Sie? Zunächst einmal fragen Sie nach seinem Impfausweis, das sollte selbstverständlich sein. Lassen Sie niemanden ohne zweite Impfung an sich heran. Besser noch, er kann einen tagesaktuellen Coronatest vorweisen. Wenn das in Ordnung ist, bleibt aber trotzdem weiter Vorsicht geboten. Fragen Sie unbedingt, wie Ihr Möchtegernhelfer politisch tickt. Das halten Sie für übertrieben? Ihre Entscheidung. Und was, wenn Ihr Helfer ein Rechter wäre? Würden Sie sich von so einem helfen lassen? Sagen Sie nicht, Sie seien nicht gewarnt worden. Den verheerenden Wassermassen in Rheinland-Pfalz folgte, wie zu lesen war, eine braune Flut von Rechtsextremen, Holocaustleugnern und Querdenkern. Ausführlich beschrieben Medien quer durch die Republik, wie sich diese braune Bande in einer Grundschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler festgesetzt hatte und ... die Folgen der Wassermassen sind viel schlimmer, als ein paar im Behördendickicht versandete Alarmmeldungen vermuten lassen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de ihre Netze auswarf, um in der Mitte der Gesellschaft zu fischen. Das angebliche Bemühen um Hilfe sei nur vorgeschoben, tatsächlich gehe es den Leuten um den Verschwörungsideologen Bodo Schiffmann darum, als "Kümmerer vor Ort" für sich zu werben. Wie gut, dass andere Katastrophentouristen aus der Politik in dieser Hinsicht vollkommen anders, absolut selbstlos, handeln.

Sie sehen, die Folgen der Wassermassen sind viel schlimmer, als ein paar im Behördendickicht versandete Alarmmeldungen vermuten lassen. Für deren Verschwinden auf dem langen Weg vom ersten Alarm des europäischen Hochwassersystems "EFAS" bis in den kleinsten Eifel-Weiler gibt es Erklärungen im Übermaß. Amtlich wird bestätigt, dass alles gut und perfekt war, nur leider, leider wurden die Frühwarnungen in der nachgeordneten Amtsstube verschlampt. Und weil es hinter jeder nachgeordneten Amtsstube eine weitere nachgeordnete Amtsstube gibt, endete, was auf europäischer Ebene begann, schließlich beim Hausmeister. Hätte der die Sirene heulen lassen, hätten einige Leute nur nasse Füße bekommen. Weil aber die schöne neue Welt digital ist und alles andere Schrott von gestern, wurden die Sirenen verschrottet. Die Aktion hat einst viel Geld gekostet. Der Fortschritt muss uns das wert sein, der digitale insbesondere. Wenn dann ein paar ältere Semester auf der Strecke bleiben, weil sie die digitale Welt nicht mehr verstehen, dann ist das bedauerlich. Und das mit den Sirenen kann man sich ja nochmal überlegen. Neue Sirenen klingen sowieso viel melodischer.

Am Impfzwang, der keiner sein soll, beißen sich derweil Politiker die Zähne aus. Nachdem es nicht ausreichte, mit der Spritze hinter Impfmuffeln herzulaufen, Impfen to go, Impfen in der Shisha-Bar, am Kiosk, in der Club-Szene bei der langen Nacht des Impfens, nachdem das alles nicht den erwarteten Erfolg hatte, wird jetzt die nächste Stufe gezündet: Vorzugsbehandlung für Geimpfte. Der Chef des Kanzleramtes trägt befürwortend vor, was seine Kanzlerin vermutlich denkt, der Kanzlerkandidat der selben Partei widerspricht heftig. Der gleiche Meinungsstreit in den anderen Parteien. Sozialdemokraten dafür, Sozialdemokraten dagegen, Grüne dafür, Grüne dagegen. Einig dürften sich allerdings alle in einem Punkt sein: die (verdiente) Extrawurst für Geimpfte wird am Ende kostengünstiger sein als Geldgeschenke für halsstarrige Impfmuffel.

STIMMEN ZUR ZEIT

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) äußerte sich im BILD online-Talk "Die richtigen Fragen" (25. Juli) unter anderem über den Zusammenhang von Massenmigration und Zunahme von Gewaltkriminalität:

"Es hat sich mittlerweile überall herumgesprochen, dass diese massiven Migrationsbewegungen von Menschen aus ganz anderen Kulturkreisen, die teilweise schlecht oder gar nicht ausgebildet sind, zu massiven Problemen in Europa geführt haben. Schauen Sie sich die Sicherheitssituation in einigen französischen Vorstädten an, was wir in Belgien und in anderen Ländern immer wieder erleben mussten und auch in Österreich. (...) Vor Kurzem haben mehrere junge afghanische Männer ein 13-jähriges Mädchen unter Drogen gesetzt, vergewaltigt, ermordet und dann wie eine Sache abgelegt. Man darf nie den Fehler machen, alle über einen Kamm zu scheren. Aber es stimmt, dass wir mit vielen, die aus Afghanistan, Tschetschenien und anderen Teilen der Welt gekommen sind, aus ganz anderen Systemen und Kulturkreisen, massive Probleme haben."

Die FOCUS online-Kolumnistin Sara Sievert blickt am Ende der Ära Merkel auf das Verhältnis der Kanzlerin zu ihrer Partei:

"Nach 31 Jahren CDU und achtzehn Jahren Parteivorsitz, ist die Bundeskanzlerin ihrer Partei fern. Das war schon einmal so: 1989, kurz bevor sie Mitglied wurde. ,Ich gehe in die Politik', hatte die junge Physikerin damals zu ihren Kolleginnen gesagt. Wohin genau, war unklar. Nur wohin nicht, das wusste sie: "Mit der CDU will ich nichts zu tun haben", sagte Merkel damals überzeugt. So überzeugt, dass sie sogar erst bei der SPD anklopfte. Man möge sich vorstellen, was daraus hätte werden können. Aber es sollte nicht sein. Der Laden war ihr zu chaotisch und das Duzen nicht geheuer. Über Umwege wurden es also doch die Christdemokraten. (...) Man könnte sagen: Sie kam, sie sah, sie veränderte. Merkel machte aus der CDU ihre ganz eigene Partei."

Jahrzehntelang war die Moderatorin Simone Standl ein beliebtes Gesicht im Programm des WDR, 17 Jahre moderierte sie die Sendung "Lokalzeit". Zu ihrer plötzlichen Entlassung sagte sie zur "BILD am SONNTAG" (25.7.):

"Der WDR will sich krampfhaft neu aufstellen und diverser werden. Und das kommt bei den Zuschauern, vor allem den Stammguckern über 50, überhaupt nicht gut an. Das geht manchmal sogar so weit, dass die Zuschauerzuschriften an die Redaktion vor lauter Wut leicht rassistische Züge bekommen – was natürlich absolut indiskutabel und falsch ist. Aber aus Sicht dieser Zuschauer werden wir deutschen Moderatoren nach und nach ausgewechselt, weil wir keinen Migrationshintergrund haben. Ich glaube, dieses krampfhafte Alles-irgendwie-neu-Machen geht total am Zuschauerherz vorbei."

"Es wäre besser gewesen, man hätte ihn (den Euro) nie eingeführt. Die Staaten haben sich in der Zentralisierungs- und Integrationseuphorie der 1990er Jahre in eine Ecke manövriert, aus der sie nur schwer wieder herauskommen."

Der Soziologe **Wolfgang Streeck** im Interview mit dem "Spiegel" (17. Juli)